

d'Lëtzebuerger **Land**

WIRTSCHAFT

Unabhängige Wochenzeitung für Politik,
Wirtschaft und Kultur

#40 64. Jahrgang 6. Oktober 2017



5 453000 174663



1 7 0 4 0

3,50€

#FakeNews?

Erziehungsminister Claude Meisch (DP) steht unter Druck: Jetzt wird sich zeigen, ob er die Umsetzung seiner Reformen im Griff hat

Unfading Splendor

L'Association luxembourgeoise des fonds d'investissement descend à Londres pour promouvoir un modèle d'affaires ébranlé

Politische Risikoverteilung

Der Minister möchte einen Konsens zum Wohnungsbau herstellen. Doch schon im Gemeindewahlkampf waren die wenigstens Parteien bereit, Haus- und Grundbesitzern zu nahe zu treten

Foto: Sven Becker

Minister Marc Hansen (DP) will einen parteiübergreifenden Konsens zum Wohnungsbau schaffen. Doch schon im Gemeindewahlkampf waren die wenigsten Parteien bereit, Besitzern zu nahe zu treten

Politische Risikoverteilung

Peter Feist

Wohnungsbaupolitik gemeinsam mit den Gemeinden? „Da bin ich insgesamt positiv“, sagt Minister Marc Hansen (DP). „Auch kleine Gemeinden sagen: Wir müssen!“ Und er erinnert sich, wie er Anfang 2016 über Land tourte, Schöffenräte und Beamte aus kommunalen Verwaltungen traf. „Dabei kam viel Positives heraus. Sind nach den Gemeindewahlen die neuen Schöffenräte aufgestellt, wiederhole ich die Tour Anfang 2018.“

Dabei hätte Marc Hansen durchaus Grund, mit den Gemeinden unzufrieden zu sein. Vor drei Wochen übergab er dem parlamentarischen Wohnungsbau-Ausschuss ein politisches „Synthesedokument“. Es zählt unter anderem die Instrumente zur Ankerbelegung des Wohnungsbaus auf und inwiefern die Gemeinden sie nutzen. Die meisten Instrumente stehen in dem 2008 verabschiedeten *Pacte logement*-Gesetz. Durch das Gesetz sollten Staat und Gemeinden in einer gemeinsamen „nationalen Anstrengung“ das Wohnungsangebot steigern und die Grundstückspreise senken. Aber viele der 105 Gemeinden nutzen die Instrumente nicht (siehe: „Laut *Pacte logement*“).

Bis Mitte September hatten nur zehn von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch gemacht und erwarben Bauland, das den Besitzer wechseln sollte. Acht Gemeinden hatten eine Taxe auf leerstehende Wohnungen beziehungsweise ungenutztes Bauland eingeführt. In zwölf liegt der Grundsteuerhebesatz B6 auf Wohnungen bei 801 bis 1 500 Prozent. Enteignungen im allgemeinen Interesse zur Durchsetzung kommunaler Flächenplanungen werden laut dem Synthesedokument „nicht täglich“ vorgenommen. Ein kommunales Baugebot, falls Bauland nicht bebaut wird, wurde „noch nie“ verhängt. „Grundstücksreserven“ zu bilden, indem in einer Gemeinde eine Zone zur Grundstücksreservezone erklärt, dies durch ministeriellen Erlass bestätigt wird, die betreffenden Terrains dann erworben oder enteignet werden, hat bisher nur der Fonds du Logement drei Mal versucht. Er darf das neben den Gemeinden tun. Auf ein *remembrement urbain* zur Gewinnung zusammenhängender Parzellen wurde bisher „sehr wenig“ zurückgegriffen.

Bei weitem nicht in jeder Gemeinde, fährt der Bericht fort, wurden oder werden Bauvorhaben realisiert, die so groß sind, dass dabei anteilig „erschwinglicher Wohnraum“ geschaffen werden muss (siehe Karte). Öffentlichen Wohnraum in Erbpacht vergeben Gemeinden erst „seit kurzem“. Staatliche Beihilfen zum Bau „erschwinglicher Wohnungen“ für den Verkauf oder die Vermietung und Subventionen zum Erwerb von Bauland dafür nahmen zwischen 2011 und 2016 nur 56 Gemeinden in Anspruch. Überdies sank in den Jahren 2015 und 2016 der „Output“ der Gemeinden im Rahmen dieser Projekte, nachdem er bis 2014 ständig zugenommen hatte: Damals lag er bei 2 273 Wohneinheiten, 2015 bei 2 126 und 2016 bei 2 114.

Und dann wäre da noch das „Baulückenprogramm“, das der Wohnungsbauminister 2015 ausgerufen hatte. Damit sollen sich „zügig“ 957 Hektar Bauland mobilisieren lassen, die nach Erhebungen des Forschungsinstituts Liser schnell bebaubar wären. Weil nur sieben Prozent davon oder 62 Hektar in öffentlichem Besitz sind, ist einer Kartografie, die über das *Geoportal* zugänglich ist, der genaue Standort der Baulücken zu entnehmen. Die Gemeinden sollen, so der Plan, den Kontakt mit den Privatbesitzern suchen und sie zur Bebauung „sensibilisieren“. Zuvor aber ist es nötig, dass die in der Kartografie ausgewiesenen Baulücken von den Gemeinden „validiert“ werden. Nur 30 haben das bisher getan. Und „trotz mehrfacher Ermahnung“ seitens des Ministeriums hat noch keine Gemeinde ein „Feedback“ über den Verlauf der Gespräche mit den Grundstücksbesitzern und über ihre Sensibilisierungsanstrengungen übermittelt.

„Wenn die Gemeinden nicht mitziehen, hat das Baulückenprogramm es natürlich schwer“, sagt der

Wohnungsbauminister lakonisch. Das Ministerium habe die Gemeindeverantwortlichen mit Konferenzen geschult und ihnen Experten vermittelt. Aber dann spielt Marc Hansen die Bedeutung des Baulückenprogramms herunter: Es sei „nur ein Instrument“. Es als Projekt aufzufassen, das durchgezogen werde, hieße es „falsch zu verstehen“.

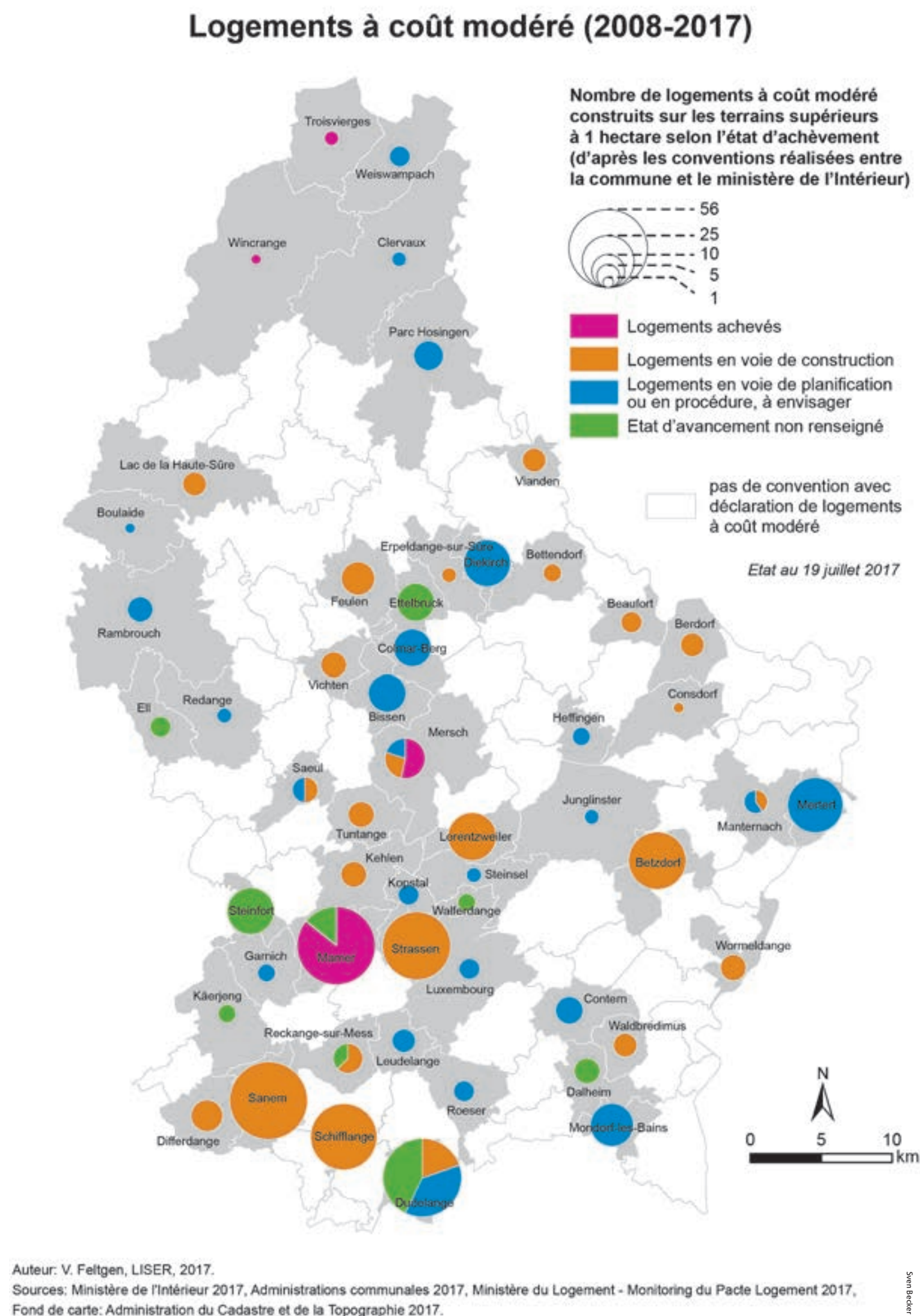
Das ist eine ziemlich erstaunliche Erklärung, denn das Baulückenprogramm war vor zwei Jahren als großer Wurf angekündigt worden. Ende 2014 hatte die Regierung die noch unter CSV-Regie ausgearbeiteten vier *Plans sectoriels* zur Landesplanung wegen allerhand verfassungsrechtlicher Bedenken zurückziehen müssen, darunter auch den *Plan sectoriel*

logement. Er sah insbesondere vor, mit 25 „projets d'envergure“ auf der grünen Wiese massiv neuen Wohnraum zu schaffen. Die Grundstücke dafür befanden sich entweder schon in öffentlichem Besitz oder sollten durch den Staat, die Gemeinden oder die beiden öffentlichen Bauträger Fonds du Logement und Société nationale des habitations à bon

marqué (SNHBM) erworben werden können. Die DP-LSAP-Grüne-Regierung entschied, „die meisten“ Großvorhaben „fallen zu lassen“, weil so viele Erweiterungen der kommunalen Bauperimeter vor allem den Grünen, aber auch der DP zu weit gingen. „In erster Linie“ sollten deshalb Baulücken geschlossen werden. Aber nur Déi Gréng konnten sich vorstellen, das viele Lückenland in Privatbesitz über das „Vorkaufsrecht für die öffentliche Hand oder Enteignungen im allgemeinen Interesse“ zu mobilisieren, wie Landesplanungsminister François Bausch erklärte (*d'Land*, 27.02.2015). DP und LSAP waren dagegen, die wichtigste Oppositionspartei ebenfalls. So wurde die Idee geboren, die Baulückenbesitzer zu „sensibilisieren“. Und damit die Gemeinden zu betrauen.

Dass dies nun Probleme zu bereiten scheint, ist nur eine Wiederholung des schon jahrzehntelangen wohnungsbaupolitischen Pingpong-Spiels zwischen nationaler und kommunaler Ebene. Wenn Bauland sich überwiegend in Privathand befindet, stößt Wohnungsbaupolitik schnell an Besitzerinteressen. Das war auch im Oktober 2008 so, als das *Pacte logement*-Gesetz verabschiedet wurde, um acht Monate vor den Kammerwahlen 2009 die Kritiken an der Wohnungsbaupolitik der CSV zum Schweigen zu bringen. Dass der Besteckkasten aus Zwangsinstrumenten – vom Vorkaufsrecht bis hin zu den Leerstandstaxen – tatsächlich breite Anwendung finden würde, glaubte damals niemand wirklich. Denn wieso sollten sich Kommunalpolitiker trauen, ihren Wählern etwas zuzumuten, wovon die große Politik auf Landesebene zurückgeschreckt war und die neuen Instrumente lieber den Gemeinden als politische Option übergab?

Deshalb verwundert es nicht, dass die Courage der Gemeinden nicht weit reicht. Und dass zum Beispiel jene, die eine Leerstands- oder eine Brachlandtaxe eingeführt haben, froh sind, wenn sie mit den Wohnungs- und Grundbesitzern ins Gespräch kommen, die ihre Wohnung doch vermieten und die Taxe nie eingetrieben werden muss, wie etwa Diekirch (*d'Land*, 15.04.2016). Oder dass die Bürgermeister von Roeser und Winseler, den beiden Gemeinden, die sich als letzte eine solche Taxe gegeben haben, vermutlich wegen des Gemeindewahlkampfes die Anfrage, wie die Taxe bei ihnen vor Ort funktioniert, unbeantwortet lassen. Oder dass in Esch/Alzette, der mit Abstand größten „Taxen-Gemeinde“, erst ab Anfang kommenden Jahres



Übersicht über Gemeinden mit größeren Bauprojekten, durch die obligatorisch auch ein Anteil „erschwinglichen Wohnraums“ geschaffen werden muss

Die Zwangsinstrumente aus dem *Pacte logement*-Gesetz setzen bisher nur wenige Gemeinden ein. Nicht viel anders war das auch gedacht, als das Gesetz 2008 verabschiedet wurde



Stadtviertel *Nonnewisen* in Esch/Alzette: Gemeinde und Fonds du Logment schaffen hier gemeinsam erschwinglichen Wohnraum

Steuerbescheide verschickt werden, weil der Wohnungsleerstand noch nicht überall erfasst ist und noch endgültig geklärt werden muss, wann von „Leerstand“ die Rede sein kann. „Wir dürfen juristisch nicht angreifbar sein“, sagt die Escher Bürgermeisterin Vera Spautz (LSAP). Das Beispiel der Stadt Luxemburg, wo noch unter Bürgermeister Paul Helminger die Zweckentfremdung von Wohnraum für Gewerbe Zwecke erhoben wurde und der Verwaltungsgerichtshof die Nutzung dieser Daten untersagte, habe „gezeigt, wie schnell der kleinste Fehler sich auswirken kann“, so Vera Spautz.

Die Frage ist nur, ob Luxemburg es sich weiter leisten kann, dass die große Politik heikle Entscheidungen den Gemeinden überlässt und die in den Schöffenräten Verantwortlichen nicht selten auch Abgeordnete sind und im Parlament Entscheidungen mittragen, von denen sie wissen, dass sie die in ihrer Gemeinde nie anwenden würden. Wahrscheinlich kann Luxemburg sich das schon lange nicht mehr leisten. Denn Wirtschaft und Einwohnerzahl wachsen so stark, dass einerseits das Wohnungsangebot hinten und vorne nicht reicht und die Preise für Kauf und Miete immer weiter steigen, andererseits gerade jetzt, in Niedrigzinszeiten, die Investition „in Stein“ das Einfachste und Lukrativste ist, was jemand, der genug Geld hat, tun kann. In einem Gespräch mit dem *Radio 100,7* berichtete Gilles Hempel, der Geschäftsführer der Sozial-Vermietungsagentur AIS, vor zwei Wochen, es gebe Banken, die ihren Kunden nahelegen, in eine Mietwohnung zu investieren und sie einfach leer stehen zu lassen.

Aber gleichzeitig kann nicht nur das Angebot an Wohnungen die Nachfrage noch immer nicht decken – weil das Jahrzehntlang so war, sammelte sich bis Ende 2014 ein kumuliertes Defizit von 32 087 Wohneinheiten an, wie das Observatoire de l'habitat dieses Jahr schrieb. Wie die Leute stattdessen unterkommen, ist nicht bekannt, aber bekannt ist, dass die letzte Wohnungsbaubedarfsprognose, die das Statistikinstitut Staterc 2011 anstellte, den Bedarf weit unterschätzte. Sie ging davon aus, die Einwohnerzahl werde im Jahr 2030 bei 646 740 liegen. Am 1. Januar 2017 aber war sie schon bei 590 667 angelangt und innerhalb von zwölf Monaten um 14 418 oder ungefähr ein Mal die Bevölkerungs-

Die CSV vermutet hinter der Konsenssuche des Wohnungsbauministers einen Versuch, vor den Kammerwahlen das politische Risiko um den Wohnungsbau gleichmäßig über dem Parlament zu verteilen

kerung Hesperingens gewachsen. Noch dieses Jahr will das Staterc seine Bedarfsprognose aktualisieren.

So gesehen, ist es einsichtig, dass der Wohnungsbauminister mit seinem Synthesericht und den nicht gerade erfreulichen Bilanzen darin eine Debatte anstoßen will, die einen „nationalen, parteiübergreifenden Konsens“ schaffen soll. Voraussichtlich im Januar soll sie stattfinden. Marc Hansen hat den Vorstoß aufgegriffen, den LSAP-Fraktionspräsident Alex Bodry im Frühjahr machte, als er meinte, die Enteignung im öffentlichen Interesse müsse als „letztes Mittel“ erhalten bleiben und auch angewandt werden können. Worauf CSV-Fraktionspräsident Claude Wiesel die LSAP in einem Brief einlud, über „politisch delikate Punkte“ zu sprechen. Als Marc Hansen das erfuhr, riss er die Initiative an sich und forderte alle Fraktionen und Gruppen im Parlament zur Debatte auf. Zur Vorbereitung stehen auf den letzten zwei Seiten des Berichts 14 Fragen an die Fraktionen: Ob sie für oder gegen „verdichteteres“ Bauen, für oder gegen eine Ausweitung des kommunalen Bauperimeters, für oder gegen eine Mietpreisbremse, für oder gegen Enteignungen im öffentlichen Interesse und unter welchen Bedingungen sind, und so fort. „Im Parlament werfen manche Abgeordnete Enteignungen in den Raum, andere gedeckelte Mieten, aber dann tut sich nichts. Ich will, dass sich etwas tut“, erklärt Marc Hansen.

Allerdings ist es alles andere als sicher, dass seine eigene Partei wollen könnte, dass sich viel tut. Das *Pacte logement*-Gesetz hielt die DP 2008, wie die Unternehmensverbände und die Handelskammer, für eine verfassungswidrige Beschränkung der Gemeindeautonomie. Als Maggy Nagel noch Wohnungsbauministerin war, rechnete sie den Gemeinden im Februar 2014 vor, innerhalb von fünf Jahren lediglich für 7 300 Wohneinheiten gesorgt, aber 203,5 Millionen Euro kassiert zu haben. Hansens Erklärungen von der „insgesamt positiven Zusammenarbeit“ mit den Gemeinden sind ein anderer Diskurs als der seiner Vorgängerin – aber auch er fragt sich, wie es sein kann, dass nur rund die Hälfte aller Gemeinden die staatlichen Beihilfenprogramme nutzt, die je nach Wohnungstyp bis zu hundert Prozent betragen können. Die DP-Kammerfraktion wiederum scheint, geht es um Wohnungsbau, vor allem auf weitere Verkürzung der Genehmigungsprozeduren zu setzen. Fraktionspräsident Eugène Berger fragte sich auf einer Pressekonferenz vergangene Woche, „ob wir wirklich jede Blume und jede Fledermaus dreimal zählen müssen, ehe wir eine Baugenehmigung erteilen“.

Um herauszufinden, ob diese Haltung reicht als Programmatik im Angesicht der Wahlen nächstes Jahr, könnte die Konsultationsdebatte natür-

lich hilfreich sein. Der nationale Konsens könnte dann eine Kritik an der DP-Wohnungsbaupolitik zerstreuen, wie der *Pacte logement* vor neun Jahren den an der CSV. Marc Lies, der wohnungsbaupolitische Sprecher der CSV-Fraktion, findet die „Herangehensweise“ des Wohnungsbauministers, debattieren zu wollen, „ein bisschen komisch“ und vermutet, damit solle „das politische Risiko im Wohnungsbau gleichmäßig über dem Parlament verteilt“ werden. Dabei sei es eigentlich an der Regierung, „Ideen zu liefern“.

Aber es besteht auch die Möglichkeit, dass weder in der großen Debatte noch danach viel geschieht. Dass Maßnahmen zur Mobilisierung von Bauland

und Leerstand oder zur Begrenzung von Mieten, was Besitzern weh täte, kaum zu erwarten sind – darauf deutete zum Beispiel hin, wie sich in einer Diskussionsrunde im *Radio 100,7* Vertreter aller Parteien äußerten. Die ihnen provokatorisch gestellte Frage, ob sie zum einen eine Deckelung der Mieten befürworteten, zum anderen eine Zwangsverpachtung nicht genutzten Baulands, beantworteten die Vertreter von CSV, DP und ADR mit einem klaren Nein, der von déi Lénk mit Ja und die von LSAP und Grünen mit vielen Worten, die man eher mit Nein als Ja verstehen konnte.

Gut möglich, dass die Mehrheit der Abgeordneten am Ende darin übereinstimmt, dass endlich

die lächerlich niedrige kommunale Grundsteuer reformiert gehöre, was seit 2003 Konsens ist, aber seither noch nicht ernsthaft versucht wurde. Die von einigen Gemeinden seit dem Inkrafttreten des *Pacte logement* angehobenen lokalen Hebesätze führen selbst dann nicht zu deutlichen Belastungen, wenn sie 1 500 Prozent auf Wohnraum betragen; da müssten schon Sätze von 10 000 Prozent oder mehr her. Innenminister Dan Kersch (LSAP) hat anscheinend eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die konsequenter auf die Grundsteuerreform hinarbeitet als die unter seinem CSV-Vorgänger Jean-Marie Halsdorf. Die Reform wäre aber derart kompliziert, dass womöglich erst die übernächste Regierung sie vornehmen könnte.

WIELT WIELEN EGALITÉIT, WELL...

ET MÉI SPAASS MÉCHT, WELL ET MÉI KREATIV ASS, A WELL ET ZU BESSERE RESULTATER FÉIERT

RIDDO OP FIR ÄR MEENUNG

Pierre Mangers
Management-Beroder bei E&Y



LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Ministère de l'Égalité des chances

Leitartikel

Vom schlanken zum ausgehungerten Staat

Michèle Sinner

Auch das noch. Ohnehin stand das Finanzministerium vergangene Woche im Verdacht, den Einsatz verpasst zu haben, um sich gegen die Reformvorschläge der EU-Kommission für die Aufsicht der Investmentfonds zu wehren. Gemäß der Strategie des *good cop/bad cop*, nach der sich die Regierung nicht vor Verhandlungen die Hände schmutzig macht, hatte sie den Berufsverbänden Alfi und ABBL im Konsultationsprozess die Aufgabe überlassen, die nationalen Interessen zu vertreten. Als aber vom Inhalt des Kommissionsvorschlags, der im schlimmsten aller Fälle zur einer innereuropäischen Verlagerung des Fondsgeschäfts aus Luxemburg führen könnte, sowohl die Berufsverbände wie das Ministerium überrascht wurden, erweckte das nicht den Eindruck, als ob Finanzminister Pierre Gramegna (DP) und seine Beamten Herren der Lage seien (*d'Land*, 37/2017).

Nur Tage später flatterte eine Verwarnung ins Haus. Der EU-Kommission geht es in Luxemburg nicht schnell genug mit der Umsetzung der aktualisierten Mifid-Richtlinie voran, die den Wertpapierhandel regelt. Dabei hat Luxemburg auch die vierte Anti-Geldwäscherichtlinie noch nicht umgesetzt, die eigentlich vergangenen Juni in Kraft trat. Das untergräbt die Bemühungen Pierre Gramegna, Luxemburg im Ausland als tipptopp sauberes Land zu präsentieren, frei von Steuerflüchtlingen und anderen zwie-

lichtigen Gestalten. Die Richtlinie, mit der die EU den Zugang zu Bankdienstleistungen neu regelte, hat Luxemburg mit fast einem Jahr Verspätung umgesetzt. Die Liste der Banken, die gesetzlich verpflichtet sind, jedem ein Konto zu eröffnen, der danach fragt, wurde erst letzte Woche veröffentlicht.

Auch in der Vergangenheit hinkte Luxemburg bei der Umsetzung von Richtlinien hinterher. Neu ist, dass es dabei nicht um den Bau von Kläranlagen und anderen, in den Augen vieler, frivolen Luxusartikel geht. Sondern um die Regeln, die bestimmen, wie der wichtigste Wirtschaftssektor im Land arbeitet: die Finanzbranche. Da galt bisher immer der Leitspruch: „Die Direktive und nichts als die Direktive.“ Und das möglichst zügig. Denn dass die Fondsbranche überhaupt florieren konnte, darüber herrscht Konsens, ist vor allem darauf zurückzuführen, dass sich Luxemburg mit der Umsetzung der Richtlinie beeilte und sich dadurch einen (bisher) nie eingeholten Vorsprung verschaffte.

Dem *Land* sagte der ehemalige CSSF-Direktor Jean Guill kürzlich, in den vergangenen Jahren habe sich der Trend verstärkt, laut dem die Gesetzentwürfe von Geschäftsanwälten vorbereitet würden. So dass sich die Indizien dafür mehren, dass im Finanzministerium akuter Personalmangel herrscht. Das ist eher Luc Friedens (CSV) Schuld als die seines

Nachfolgers. Frieden wollte beim Sparen immer mit gutem Beispiel vorangehen und stellte im eigenen Haus nicht ein. Er hielt auch die vom Finanzministerium abhängigen Verwaltungen an der kurzen Leine. Regelmäßig wiesen die Einregistrierungsbehörde oder das Steueramt in ihren Jahresberichten mehr oder weniger deutlich auf die ständig steigende Arbeitslast hin. Dass mit Gramegna's Einzug ins Finanzministerium mehrere hohe Beamte gingen, verschärfte ein bestehendes Problem dahingehend, dass (auch in Brüssel) gut vernetzte Leute fehlen. Durch Pensionierungen ging Erfahrung verloren.

Diese Lücke ist nicht auf die Schnelle zu schließen. Nicht mit der Rekrutierung von Angestellten aus dem Privatsektor, die erst lernen müssen, wie die Geschäfte des Staates und die in Brüssel geführt werden. Und anscheinend nicht mit jungen Mitarbeitern, die sich die Karriereleiter hocharbeiten. Denn den Zulassungstest für den Staatsdienst schafften in den vergangenen Runden von 245 Kandidaten nur 77, keiner davon mit Auszeichnung. Im Bereich Finanzen gab es nur einen erfolgreichen Kandidaten. So fehlen einem Schlüsselministerium die personellen Mittel, um die souveränen Interessen zu verteidigen, beziehungsweise um zu entscheiden, worin diese bestehen, bevor es zu spät ist. Das Beispiel der Fondsverwaltung zeigt, dass dies sich auch für jene rächt, die via Arbeitgeberverbände am lautesten nach schlankem Staat und Privatisierung rufen.

Zwar verhinderte *RTL* im letzten Augenblick das Streitgespräch zwischen der hauptstädtischen Dauerbürgermeisterin und dem kommunalpolitisch unerfahrenen CSV-Kandidaten. Trotzdem finden am Sonntag von acht bis 14 Uhr in 105 Gemeinden Wahlen statt, wobei es meist um Wohnungsbau, Kinderbetreuung und Straßenverkehr geht. Als parteipolitisch unabhängige Zeitung veröffentlicht das *Lëtzebuurger Land* am nächsten Freitag eine ausführliche Beilage, in der die Wahlergebnisse in den Gemeinden erklärt, die Koalitionsmöglichkeiten untersucht, das Kräfteverhältnis zwischen den Parteien bewertet und die Auswirkungen auf die Kammerwahlen nächstes Jahr abgeschätzt werden. rh.

Sven Becker



blog

Personalien

Personalien

Soziales

Politik

Umwelt

Soziales

Claude Wagner,

Ingenieur für Raumplanung im Wohnungsbauministerium, hat als Verwaltungsratspräsident des Fonds du Logement demissioniert. Das Gremium war mitsamt dem Präsidentenposten erst zum 1. Juli durch ein neues Gesetz über den Wohnungsbaufonds geschaffen worden. Gründe für Wagners Rücktritt wollte das Wohnungsbauministerium auf Anfrage keine nennen. pf

Stéphane Pallage,

Dekan der École des sciences de la gestion in Montreal, wurde nach einem Bericht von *Radio 100,7* vom Conseil de gouvernance der Universität als neuer Rektor ausgewählt. Der 49-jährige Belgier soll Rainer Klump ersetzen, der im Mai nach Vorwürfen zurücktrat, er könne nicht haushalten. Stéphane Pallage war dagegen 2001 Koautor einer Studie *Why Banning the Worst Forms of Child Labour Would Hurt Poor Countries*, die die wirtschaftliche Effizienz von Kinderarbeit als nützliche Investition von Eltern in Humankapital vorrechnete. (Foto: Taxcoop). rh.



André Kemmer,

ehemaliger Geheimdienstagent, muss demnächst mit seinem früheren Direktor Marco Mille und Ex-Kollege Fränk Schneider wegen illegalen Abhörens rund um den 2012 aufgeflogenen Geheimdienstskandal vor Gericht. Vielleicht hat er Angst, dass er der Kleine ist, der gehängt werden soll. Jedenfalls veröffentlichte er am Samstag im Eigenverlag *Bommeleer inside. Analyse- und Thesenbuch zur spektakulärsten Staatsaffäre Luxemburgs* (History-book Productions, 256 S., 29,50 Euro). Er zählt „47 Indizien“ auf, größtenteils Presseberichte, die er jeweils kommentiert, um am Ende zu einer „große[n] Hypothese“ zu gelangen, die Marco Mille mit Kemmers Unterstützung so ähnlich 2007 den damaligen CSV-Minister Jean-Claude Juncker und Luc Frieden sowie 2013 dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss vorgelegt hatte (*d'Land*, 14.6.2013): Die militärisch organisierte und mit „Insiderwissen“ ermöglichte Terrorwelt der Achtzigerjahre sei ein „Nato-Manöver in Zeiten des Ost-West-Konfliktes“ gewesen, samt Gladio aka Stay Behind aka De Plang. Die „ganze Vorgehensweise sollte den Russen simulieren, der eingefallen ist“ (S. 144). Das alles auf Befehl „der obersten Stelle der Nato“ und mit Duldung der Regierungschefs. Als Mille und Kemmer Juncker und Frieden informiert hätten, dass sie diesem Staatsgeheimnis auf der Spur seien, habe Staatsanwalt Roby Biver rasch die beiden BMG-Gendarmen angeklagt, die bis zur Unterbrechung des *Bommeleer*-Prozesses 2014 vor Gericht standen. Noch zwei Kleine, die gehängt werden sollen. rh.

Zahnreform



Die OGBL-nahe Patientevertriebung verlangt, die Gebührenordnung für die Zahnärzte schnellstens zu überarbeiten. 2015 habe ein Zahnarzt seinen Patienten Leistungen von durchschnittlich 319 000 Euro in Rechnung gestellt, die CNS aber nur 184 000 Euro rückerstattet. Schon vor zehn Jahren habe ein französischer Experte eine neue Gebührenordnung ausgearbeitet. Sie sei aber „in der Schublade verschwunden“, weil verschiedene Zahnärzte „enorme Beträge“ hätten verlieren können, so René Pizzaferrri, Präsident der Patientevertriebung. Auf der demnächst stattfindenden Krankenkassen-Quadrupartie soll die Forderung vom OGBL wiederholt werden. Die zurzeit „gesunde“ Finanzlage der CNS solle auch genutzt werden, um Augen-Laserbehandlungen zu bezahlen, die Kosten für „Alternativmedizin“ zurückzuerstatten oder eine *Maison médicale* im Osten des Landes einzurichten. pf

Landesplanung und wohnen

Fraktionssprecher Eugène Berger war nach der *Journée parlementaire* der DP vergangene Woche sicher, dass noch keine Regierungskoalition binnen vier Jahren so viel geleistet habe wie die jetzige. Haushaltsberichterstatteerin Joëlle Elvinger freute sich darüber, wie gut es der Wirtschaft derzeit gehen und dass „die Staatsfinanzen wieder gesund“ seien. Der am kommenden Mittwoch hinterlegte Entwurf des Staatshaushalt für 2018 werde wieder hohe Investitionen in die Mobilität und die Bildung vorsehen. Die Grünen wollen das letzte Jahr der Legislaturperiode vor allem nutzen, um sich mit Landesplanung, Energiepolitik und Digitalisierung zu beschäftigen, hieß es am Dienstag. Unter den ihren Wählern besonders wichtigen gesellschaftspolitischen Reformen sollen noch die Gesetze über Ehescheidung, den Jugendschutz und den Strafvollzug verabschiedet werden. Die CSV bedauerte dagegen am Mittwoch laut Spitzenkandidat Claude Wiseler das vom Erziehungsminister gestiftete Chaos zu Beginn des neuen Schuljahrs. Vor allem wollte die Partei sich nun mit der Landesplanung, der Wohnungsnot und der parlamentarischen Rifkin-Debatte im November beschäftigen. LSAP-Fraktionssprecher Alex Bodry forderte die CSV aber am Donnerstag auf, mit ihrer Schwarzmalerei aufzuhören. Er kündigte für Januar nächsten Jahres eine beratende Debatte im Parlament über Wohnungspolitik an. rh.

Mit Daten wachsen?

Nachdem Blanche Weber, Präsidentin des Mouvement écologique, schon vor zwei Wochen auf dem Oekofoire-Nachfolger „Oekofestival“ erklärt hatte, Datenzentren dürften nicht zum „neuen Tanktourismus“ Luxemburgs werden, fragt der Méco sich in einer diese Woche verbreiteten Erklärung, worin „der reelle volkswirtschaftliche Mehrwert“ eines Google-Datenzentrums bestünde. Sorgen bereite, dass Luxemburg sich innerhalb der EU Plänen widersetzt, Internetfirmen auf ihrem Umsatz zu besteuern, und dass es für Datenzentren durch niedrige Strompreise attraktiv sein will. Sollte Google tatsächlich eine große Serverfarm bauen wollen, müsse geklärt sein, wie sie mit garantiert grünem Strom versorgt würde und ob der Kühlwasserbedarf der Anlage Auswirkungen auf die Trinkwasserversorgung in der Umgebung hätte. pf



Wir auch!

Nachdem Wohnungsbauminister Marc Hansen (DP) und Sozialminister Romain Schneider (LSAP) vergangenen Freitag ein „Pilotprojekt“ zur Finanzierung preiswerter Mietwohnungen durch den Kompensationsfonds der Pensionskasse vorgestellt haben, fühlt die Chambre immobilière (CIGDL) sich verschaukelt: Das Vorhaben sei „eine schlechte Kopie“ eines Konzepts, das man schon 2012 vorgelegt habe, klagt der Lobbyverband der Immobilienwirtschaft. Dadurch sollte der Privatsektor Wohnungen schaffen, deren Mietpreis höchstens drei Viertel des Marktpreises betragen sollte und die dem Mieter nach zehn Jahren eine Option zum Kauf der Wohnung böten. Ganz ohne staatliche Subventionen sollten innerhalb von zehn Jahren 18 000 Mietwohnungen entstehen. Dies über die Rentenreserve zu erreichen, sei kaum denkbar, denn der Investitionsaufwand betrüge mehr als vier Milliarden Euro und würde ein Viertel der Rentenreserve bei deren aktuellem Stand verzehren. „Was wir vorgeschlagen haben, ist kein Promotorenmodell, sondern eines von Vermietungsgesellschaften“, sagte CIGDL-Präsident Jean-Paul Scheuren dem *Land*. „Es ist ein komplett anderes Betriebsmodell, mit anderen Eigenmitteln, Risiken und deshalb auch anderen Margen.“ Es interessiere nicht jeden Unternehmer, „es gibt aber genug, für die das Sinn macht“. Leider sei nach einer Unterredung 2015 mit dem Wohnungsbauministerium nichts mehr passiert. Dabei, bemerkt die CIGDL in einer am Mittwoch verschickten Pressemitteilung, sei Marc Hansen „doch ein liberaler Minister“. pf

Erziehungsminister Claude Meisch (DP) steht unter Druck: Jetzt wird sich zeigen, ob er die Umsetzung seiner Reformen im Griff hat

Alles #FakeNews?



Bildungsreformen brauchen reichlich Zeit zur Umsetzung, Umgewöhnung und Einarbeitung

Ines Kurschat

Die Absage kam über den Verteiler der Regierung. Ein Grund wurde nicht genannt. Die Pressekonferenz am Montag hätte der Startschuss für die 20-Gratisstunden-Sprachförderung pro Woche sein soll, Herzstück von Meischs Bildungsoffensive. Einige Telefonate später wird präzisiert: Nicht der Start, sondern nur die Pressevorstellung sei abgesagt. Claude Sevenig, Leiterin der Abteilung Kindheit und Betreuung im Erziehungsministerium, stellt klar: Alles gehe seinen geplanten Gang. Der Presetermin sei um eine Woche verschoben worden, weil der Minister ihn nicht mit dem Konflikt um die Erzieher der *Éducation différenciée* vermischen wolle.

Deren Personalvertreter hatten am Dienstag in den Sitz der Gewerkschaft SEW-OGBL eingeladen. Vorausgegangen war ein Bericht von *RTL*, in dem der falsche Eindruck entstand, 180 Erzieherinnen würden aus der *Édiff* abgezogen, um Personallücken in der Grundschule zu stopfen. Eine Falschmeldung, wie der Minister über *Twitter* (#FakeNews) und dann per Presseerklärung mitteilte: Die 169 Erzieher würden arbeiten wie bisher, nur eben unter Aufsicht der neuen Regionaldirektionen.

„Aufruhr“ in der *Édiff*

Die Falschinfo verbreitete sich deshalb wie ein Lauffeuer, weil sie genährt wird von der Angst, *Édiff*-Erzieher, Psychologen und Sonderpädagogen könnten entgegen ihrem Auftrag für andere Aufgaben eingesetzt werden. Bisher ist aber nur ein Fall bekannt, in dem ein Direktor eine Erzieherin der *Édiff* gefragt haben soll, eine Schulpause zu beaufsichtigen. Weil die *Équipes de soutien des élèves à besoins éducatifs particuliers ou spécifiques* (vormals *Équipes multiprofessionnelles*) ab sofort den Regionaldirektionen unterstellt seien, obwohl die Reform der *Édiff* noch aussteht, könnten solche Anfragen häufiger kommen. Die Sorge bestehe, „in den Koeffizient hingedrückt zu werden“, so Patrick Arendt vom SEW. Darum pochten die Erzieher auch so auf ihre „Unabhängigkeit“.

Ihr Elf-Punkte-Forderungskatalog geht noch weiter. Darin lehnt das *Édiff*-Personal unter anderem eine Dienstaufsicht durch die Regelschule nicht nur jetzt, sondern grundsätzlich ab. In der Vergangenheit gab es viel Kompetenzgerangel zwischen *Édiff* und Inspektoren um den Einsatz der *Équipes*. Um Ressourcen für Inklusion freizumachen, wollte er die *Édiff*, „so nahe wie möglich bei der Schule“, sagte Meisch im *RTL-Journal* am Dienstag. Er habe den Erziehern der *Édiff* fünf weitere Treffen angeboten. Auch soll darüber nachgedacht werden, erfahrenes *Édiff*-Personal an den Regionaldirektionen zu beteiligen und Erziehern später vielleicht einen gewissen Vorrang bei der Wahl zu geben, ob sie in einer Sonder- oder einer Regelschule tätig sein wollen.

Die Gewerkschaftsvertreter hatten Meisch vorgeworfen, sie in einer „Nacht- und Nebelaktion“ vor vollendete Tatsachen gestellt zu haben. Die ministerielle Anweisung stammt vom 22. August, das entsprechende Gesetz hatte das Parlament vor der

Was die Themen Sprachförderung, *Éducation différenciée* und Lehrermangel verbindet: Bei allen gibt es Unzufriedenheit, Informationsdefizite und auch Planungsunsicherheiten

Sommerpause verabschiedet. Vielleicht haben die Vertreter den Termin verpasst. Oder im Reigen der Reformen den Überblick verloren. Denn das ist es, was die drei Themen, Sprachförderung, *Édiff* und Lehrermangel verbindet: Es herrscht teils ein sehr unterschiedlicher Informationsstand.

Dass die Sonderschulen reformiert werden, steht im Koalitionsprogramm. Minister Meisch bekräftigte gegenüber *RTL* sein Anliegen, er plane eine „Riesenreform“. Die *Édiff*-Vertreter warnen indes, mit einer Einbindung der *Édiff* in die Regelschule würden Sonderschulen zu „Restschulen“ deklassiert. Wie sich diese Argumentation mit dem in der UN-Behindertenrechtskonvention verbrieften Recht auf schulische Inklusion verträgt, darauf gingen die Personalvertreter am Dienstag nicht ein. Auch ihr Beharren auf „Unabhängigkeit“, um „Anwalt der Kinder“ sein zu können, ist insofern wackelig, als sie heute der *Édiff* unterstehen. Ihr wiederum werfen Behinderte vor, nicht genügend für die Inklusion zu tun. Durch Meischs Reform, so ihre Kritik, die von Bildungsforschern der Uni Luxemburg geteilt wird, würden die Sonderschulen nicht abgeschafft, sondern in Kompetenzzentren umbenannt und sogar ausgebaut.

Personalnot unterschätzt

Seit September im Amt sind außer den 15 Regionaldirektionen 60 der von Meisch versprochenen 150 Speziallehrer, die sich um Kinder mit besonderen Bedürfnissen kümmern sollen. Sie verschärfen die angespannte Personallage zusätzlich. Die größte Lehrergewerkschaft SNE hatte offenbar selbst darauf gedrängt, 70 der 150 bereits in diesem Jahr zu besetzen. „Zu einem zu hohen Preis“, wie Patrick Arendt vom SEW kritisiert. Minister Meisch beharrt darauf, es falle kein Unterricht aus, aber der SEW berichtet von gekürzten Förderstunden. Viele Lehrer arbeiteten „am Limit“, so Arendt. Andere seien für Projekte und den neuen *Stage* freigestellt. Das ist wichtig für die pädagogische Entwicklung,

sie fehlen aber im Unterricht. Noch hat die Grip-pewelle nicht begonnen. Wie viele Überstunden geleistet werden, um Lächer zu stopfen, wie viele pensionierte Lehrer nun zurückkehren oder Erzieher aus den *Maisons relais* zur Hausaufgabenhilfe und Aufsicht abgestellt werden, um kranke Kollegen zu ersetzen, ist unklar: Das Ministerium hat keine Zahlen zu seinen Sofortmaßnahmen veröffentlicht.

Das heizt Spekulationen an, zumal das Problem tiefer liegt und nicht erst seit diesem Jahr besteht. Im Bericht zum Planungsentwurf des Personalbedarfs in der Grundschule für 2017/18 bis 2021/2022 vom April, der dem *Land* vorliegt, ist der höhere Personalbedarf durch internationale öffentliche Schulangebote, Stunden für Schulentwicklung, für die Förderung von Lernschwachen und Flüchtlingskindern berücksichtigt. Der stark rückläufige Trend bei den Neueinstellungen hingegen nicht: Die Schere, große Nachfrage nach Lehrern auf der einen, sinkende Bewerberzahlen auf der anderen Seite, öffnet sich immer mehr. Auch die Mutterschafts- und Elternurlaube im stark feminisierten Lehrkörper zehren: 2015/16 entsprach der diesbezügliche Ausfall allein 4 940 Wochenstunden. Auf-fangen müssen ihn die *Chargés des cours*, deren Un-mut über die zunehmende Belastung wächst und die sich laut SEW wohl auch bald zu Wort melden.

Mehr schlechte Nachrichten kann der Minister vor den Wahlen aber partout nicht gebrauchen. Denn auch wenn er mit dem Finger auf die Beamten weist und ein Audit für sein eigenes Ministerium angekündigt hat: Als Dienstherr trägt Claude Meisch die Verantwortung für die Organisation. Und erst recht dafür, dass seine Reformen mit ausreichend Ressourcen versehen und umgesetzt werden, ohne den Normalbetrieb zu viel zu stören. Immer mehr deutet darauf hin, dass der Minister und seine Berater die Anpassungskraft und Belastbarkeit des Systems in ihrem Reformeifer überschätzt haben könnten. Viele Lehrer hatten sich erst an die Änderungen durch die Grundschulreform von 2009 gewöhnt, Neuerungen bedeuten veränderte Gewohnheiten, das bringt Stress. Bildungsforscher betonen, ein guter Unterricht sei das A und O der Schulentwicklung. Meisch hat viel in Strukturen und Expertenstellen investiert. In den Klassen kommt indes weniger an. Ein Szenario, vor dem der reformskeptische SEW stets gewarnt hatte, der sich nun bestätigt sieht. Das immerhin hat Claude Meisch verstanden, als er den SEW und die *Édiff*-Vertreter diese Woche rasch zum Krisentreffen einlud.

Ausgestanden ist die Schlitterpartie damit nicht. Denn in der non-formalen Bildung kündigt sich die nächste Krise an. Mit der Umsetzung der Qualitätsanforderungen tun sich konventionierte Betreiber weniger schwer. Für die Privaten sind höhere Betreuungsschlüssel, mehr Raum, strengere Sicherheitsvorkehrungen, mehr Weiterbildung, Mehrsprachigkeit jedoch mit teils erheblichen Investitionen und Reorganisationen verbunden. Übergangsfristen verschaffen etwas Luft, aber ändern nichts an der Herausforderung.

Im Kinderbetreuungsbereich ist es fast noch schwieriger, den Überblick über all die Gesetze und Normen zu behalten. Es gibt Betreiber, die, je nachdem, wann sie ihre Zulassung erhalten haben, nach unterschiedlichen Vorschriften funktionieren. Die kleinen unter ihnen, zumal die Tageseltern, die ebenfalls zum Stichtatum 2. Oktober Qualitätsverbesserungen umsetzen und im Gegenzug dafür leicht höhere Zuschüsse bekommen sollen, tun sich mit der Umsetzung am schwersten (*d'Land* vom 29.9.). Vor allem die Androhung verschärfter Kontrollen sorgt für Nervosität. „Niemand wird von heute auf morgen die Zulassung verlieren, wenn er noch nicht ganz umgestellt hat“, beruhigt Claude Sevenig vom Ministerium. Sie weist auf weitere substanzielle staatliche Zuschüsse hin, die Kindertagesstätten für die 20-Gratisstunden-Sprachförderung erhalten.

Nächstes Problem: Kinderbetreuung?

Doch obwohl das Ministerium Weiterbildungen und Informationsveranstaltungen organisiert hat, hat es offenbar auch hier die Aufnahmekapazität überschätzt, respektive Termine zu knapp an-gesetzt: Die Informationsveranstaltungen zur neuen

Berechnung der *Chèques-service* für die Gemeinden finden erst in der dritten Oktoberwoche statt. Auf einem Informationsabend, den das *Land* kürzlich besuchte, gab eine Beamtin als Sprachanforderung für Tageseltern das Niveau B2 nach dem Europäischen Sprachenreferenzrahmen an, obwohl es A2 und damit deutlich niedriger ist. Ein kleiner Lapsus sicher, aber solche widersprüchlichen Aussagen, Gerüchte und Fehlinterpretationen führen dazu, dass die Stimmung bei vielen Akteuren im Kinderbetreuungsbereich eher von Unsicherheit und Sorgen geprägt, denn gelassen ist.

Denn Ende Oktober muss alles sitzen, wenn nach der neuen Tariftabelle berechnet und Ende November erste Rechnungen an Tausende Haushalte geschickt werden. Technisch sei das eine knifflige Aufgabe, so die Sorge von Betreibern, bei der es zu Fehlern kommen könnte. Vom *Land* gefragt, sagte der Sprecher des Gemeindefonds Sigi, das sich um die Programmierung zur Abrechnung der *Chèques-service* kümmert, ohne grünes Licht vom Erziehungsministerium keine Auskunft geben zu dürfen. Deren Beamte sind formell: Probleme mit der Software seien ihnen keine bekannt.



Lors de sa visite en Albanie et en Macédoine cette semaine, le ministre des Affaires étrangères Jean Asselborn (LSAP) s'est engagé pour la rapide intégration européenne des pays du Balkan

Dans le jardin de l'Europe

Josée hansen

Les symboles sont importants pour faire État. De cela, Nicola Gruevski, le Premier ministre conservateur de l'Ancienne république yougoslave de Macédoine (ARYM) jusqu'en 2016, avait parfaitement conscience. Son projet *Skopje 2014*, entamé en 2010, devait donner une image plus classique et majestueuse à la capitale. Une vingtaine de bâtiments néo-classiques, dont plusieurs ponts au-dessus du Vardar, et une quarantaine de monuments surdimensionnés de héros supposés de l'histoire du pays ont été construits en très peu de temps afin de signifier la grandeur et la fierté nationales du pays.

« Je suis convaincu que la paix en Europe ne peut être durablement établie que si nous faisons entrer tous les pays de Balkans dans l'Union européenne ! »
Jean Asselborn

Kotsias afin de trouver une issue à cette foutue question du nom qui bloque tout.

Après avoir visité le Kosovo, la Serbie et le Monténégro fin mars de cette année, Jean Asselborn a fait un déplacement en Albanie et en ARYM en début de cette semaine. Il vient en une sorte d'ambassadeur de bonne volonté de l'Europe, signifiant l'importance qu'accorderait l'UE à une région qui se trouve « dans le jardin de l'Europe » comme il l'affirme, et qui est essentielle pour stabiliser le continent. « Je suis convaincu que la paix en Europe ne peut être durablement établie que si nous faisons entrer *tous* les pays de

lions d'habitants) pour montrer patte blanche : ce mois d'octobre commence un processus de « vetting », de contrôle approfondi de la morale des 800 juges du pays, « dont beaucoup sont excessivement riches – et ils ne le sont pas devenus en travaillant » insiste Jean Asselborn. Cette analyse de la déontologie et de l'indépendance du système judiciaire se fait sous le regard d'experts étrangers et sera la première phase de la modernisation de l'État. La lutte contre la corruption, la criminalité organisée ou la culture du cannabis – l'Albanie est devenue une plaque tournante du trafic de drogue – seront les prochains pas. En juin de cette année, le parti socialiste alba-

ses interlocuteurs et écrira en plus une lettre leur demandant d'intervenir sur ces points.

Néanmoins, le chômage reste élevé, autour de vingt pour cent dans la région, la moyenne d'âge est basse, une trentaine d'années ; la pyramide des âges est la plus large dans la tranche des quinze-24 ans en Albanie – et ça se voit dans la rue, à Tirana. Sans perspectives, et sans obligation de visas pour l'espace Schengen depuis 2010, beaucoup de jeunes Albanais ont tenté leur chance en Europe occidentale ces dernières années surtout, 226 d'entre eux ont posé une demande de protection internationale en 2016



Jean Asselborn mardi à Tirana, en tête-à-tête avec son homologue Ditmir Bushati (photo 1+3), avec le Président de la République Ilir Meta (photo 5) et en séance de travail en Albanie ; le musée national de Tirana avec une mosaïque remontant à l'époque communiste (photo 4). Mercredi : avec Nikola Dimitrov, ministre des Affaires étrangères de Macédoine (photos 7+8), scènes de rue dans ce qui semble être un décor de cinéma à Skopje (de gauche à droite et de haut en bas)

Adamat (prénom changé par la rédaction), que nous avons rencontré tard mardi soir sur la place Macedonia, ne décolère pas devant l'ineptie et le prix de l'entreprise. « Regardez ce bâtiment, il est en papier-mâché ! » s'exclame-t-il dans un allemand courant (il travaille en Allemagne), avant de pointer vers les sculptures, surtout celle du « guerrier sur son cheval » montrant Alexandre le grand, qui fait quinze mètres de haut sur une colonne en marbre qui en fait dix. Adamat ne décolère pas, parce que cette ville Potemkine a coûté 700 millions d'euros au contribuable dans un pays où le salaire social minimum est de 193 euros par mois. Lui est de la minorité albanaise, un quart de la population du pays, qui vit dans le Skopje historique, de l'autre côté du pont de pierre remontant au Moyen-Âge.

Cette rencontre nocturne révèle à elle seule toute la complexité de la situation macédonienne : la pauvreté du pays, la mégalomanie et le repli nationaliste du gouvernement Gruevski, le ras-le-bol des minorités... Après une longue crise politique, qui a culminé dans la mise à jour d'une gigantesque affaire d'écoutes téléphoniques (20 000 personnes surveillées), des élections anticipées ont eu lieu en décembre 2016. Le président Ivanov toutefois refusait de nommer Zoran Zaev du parti social-démocrate formateur d'un gouvernement avec les partis de la minorité albanaise. Puis des représentants du parti conservateur VMRO-DPMNE prirent d'assaut le parlement en avril 2017, blessant une centaine de personnes, afin d'empêcher l'élection d'un président issu de la coalition de Zaev. La violence de ce geste marqua

le coup d'arrêt de la crise, sous la pression de la communauté internationale, ouvrant la voie vers l'investiture du gouvernement Zaev en mai de cette année. Désormais, c'est donc un gouvernement fait de « quadras en marche », comme les Bettel, Michel, Macron en Europe occidentale, qui règne sur l'ARYM, des jeunes leaders dynamiques qui veulent reprendre le dialogue avec les instances internationales là où le gouvernement nationaliste l'avait interrompu.

« Vous savez, Winston Churchill a dit que les Balkans créaient plus d'histoire qu'ils ne pouvaient en digérer », affirme Nicola Dimitrov, ministre des Affaires étrangères, impeccable dans son costume étroit et ses airs de Javier Bardem devant la presse mercredi. « Nous voulons être comme les pays européens et devons donc atteindre leurs standards démocratiques. Notre histoire actuelle est une histoire d'espoir, contre celle de la peur et de l'isolement ». L'ARYM, un peu plus de deux millions d'habitants, indépendante depuis 1991, est depuis 2005 candidate à une adhésion à l'Union européenne (et à l'Otan depuis 1999), mais toutes les négociations butèrent en premier sur la question du nom du pays, la Grèce s'opposant à ce qu'il s'appelle comme la Macédoine, région grecque. « C'était le bon moment de venir maintenant, explique peu après le ministre des Affaires étrangères Jean Asselborn (LSAP), je crois que le blocage est fini, le gouvernement fait désormais des pas dans la bonne direction. » Après leur déjeuner commun, Nikola Dimitrov devait partir pour Thessalonique, où il avait rendez-vous avec son homologue grec Nikola

Balkans dans l'Union européenne ! » estima-t-il même devant son homologue albanais Ditmir Bushati mardi. Qui remercia expressément Jean Asselborn, « my friend Jean », pour le soutien du grand-duché à une adhésion rapide de son pays à l'UE. Car pour les deux pays, l'Albanie et l'ARYM, qui sont parmi les plus pauvres du continent, cette éternelle attente d'une hypothétique adhésion est frustrante ; seules la Slovaquie (2004) et la Croatie (2013) ont réussi ce pas jusqu'ici. « Je ne suis pas venu pour défendre des politiques politiques, dira d'ailleurs Jean Asselborn, je suis ici pour défendre des principes ».

Et ces principes, il les aligna à chaque occasion : discussions en tête-à-tête avec ses homologues des deux pays, les représentants des parlements (y compris de l'opposition), Premier ministre ou Présidents : il faut que vous atteigniez les standards démocratiques européens, les efforts entamés ces derniers mois sont importants, si vous continuez dans cette direction, le Luxembourg soutiendra la reprise des négociations d'adhésion d'ici 2018. Là où l'ARYM a encore comme défis une désescalation de ses relations avec la Grèce, une meilleure prise en compte des droits des minorités (en reconnaissant l'albanais comme langue nationale par exemple), le rétablissement de la liberté des médias ou la libéralisation de ses marchés, les efforts à entreprendre par l'Albanie sont autrement plus importants.

Ditmir Bushati sait les attentes de l'Europe vis-à-vis de son pays, explique les efforts entrepris par Tirana (capitale d'un pays de presque trois mil-

lions d'habitants) pour montrer patte blanche : ce mois d'octobre commence un processus de « vetting », de contrôle approfondi de la morale des 800 juges du pays, « dont beaucoup sont excessivement riches – et ils ne le sont pas devenus en travaillant » insiste Jean Asselborn. Cette analyse de la déontologie et de l'indépendance du système judiciaire se fait sous le regard d'experts étrangers et sera la première phase de la modernisation de l'État. La lutte contre la corruption, la criminalité organisée ou la culture du cannabis – l'Albanie est devenue une plaque tournante du trafic de drogue – seront les prochains pas. En juin de cette année, le parti socialiste alba-

Car tout cet enthousiasme de modernisation – qui se voit dans les capitales, où des tours extravagantes construites par des architectes de renom s'implantent n'importe où et n'importe comment dans une flore sauvage faite de petites maisons, de bâtiments publics et de commerces improvisés – prouve aussi l'engouement d'investisseurs étrangers pour ces pays nouvellement ouverts. Côté économie luxembourgeoise, Jan de Nul, spécialisé en travaux maritimes et de dragage, participe à la construction de la Transadriatic Pipeline pour un budget de trente millions d'euros en Albanie, présence concrète qui encourage les deux gouvernements à signer un traité de non-double imposition d'ici la fin de l'année. Un tel traité existe depuis juillet 2013 avec la Macédoine, où le groupe Arcecor-Mittal est présent avec une usine employant 500 personnes. Le sidérurgiste a demandé au ministère de faire remonter ses doléances jusqu'à la tête de l'État macédonien : prix de l'électricité, du gaz et de l'eau prohibitifs, réseaux de transports défaillants... Jean Asselborn en a fait part à

au grand-duché, le deuxième plus grand groupe derrière les ressortissants syriens cette année-là, avec très peu de chances de se voir accorder le statut (trois attributions du statut de Genève en trois ans, 17 protections subsidiaires). En règle générale, les Albanais sont considérés comme des ressortissants d'un pays sûr, candidat à l'adhésion à l'UE, donc leurs demandes passent la « procédure ultra-accelérée ». Jean Asselborn, qui est également ministre de l'Immigration et de l'Asile, a de nouveau demandé à son homologue Ditmir Bushati de faire en sorte que ces demandes considérées comme abusives soient enrayerées. Tirana a déjà opéré plusieurs vols charters à partir de Bruxelles pour rapatrier ses ressortissants déboutés du droit d'asile en Belgique, aux Pays-Bas et au Luxembourg. Et Ditmir Bushati a promis devant la presse que son pays faisait tous les efforts possibles pour éviter ces départs – a fortiori ceux de mineurs non-accompagnés, un phénomène qui s'est amplifié ces derniers mois et a alarmé les autorités européennes. « Mais vous savez, dit le ministre albanais des Affaires européennes et étrangères, la différence entre le salaire moyen en Europe et celui des Balkans est tellement énorme... » La diaspora albanaise est de plus de trois millions de personnes, plus d'Albanais vivent en dehors de l'Albanie que dans le pays. En juillet à Trieste, en Italie, l'Albanie, la Bosnie, le Kosovo, la Macédoine, le Monténégro et la Serbie se sont à nouveau vus pour travailler sur leur projet de marché commun, qui stabiliserait l'économie de toute la région. « Vous venez de la nuit vers la lumière ! » s'enthousiasma Jean Asselborn à chaque entrevue de son voyage.

La France dans l’UE

Le retour du lyrisme européen



Emmanuel Macron et Angela Merkel au sommet européen à Tallin, vendredi 29 septembre

Emmanuel Defoulouy, Paris

Emmanuel Macron veut sortir l’Europe de « la glaciation » et « la rendre au peuple ». Après son allocution d’Athènes, le 7 septembre devant l’Acropole, dans laquelle il avait affiché sa conviction que le meilleur niveau d’exercice de la souveraineté n’était plus seulement national mais européen, le président français a consacré un deuxième grand discours à l’Europe, mardi 26 septembre à la Sorbonne, pour passer cette fois aux propositions pratiques.

Aussi foisonnant que lyrique, le chef de l’État a présenté sa vision de l’UE à dix ans en multipliant les idées, dans à peu près tous les domaines. Qu’on en juge : défense (force commune d’intervention, budget, doctrine partagée), sécurité (académie européenne du renseignement, parquet antiterroriste), migrations (office européen de l’asile, connexion des fichiers, police aux frontières européennes), développement (taxe sur les transactions financières), écologie (taxe carbone aux frontières), numérique (taxation des « Gafa », agence pour l’innovation), commerce (procureur commercial, notamment pour sanctionner « sans délai toute pratique déloyale »). Mais aussi « convergence sociale et fiscale » (nouvelle directive sur le détachement des travailleurs, respect d’une « fourchette de taux pour l’impôt sur les sociétés » sous peine de perdre les fonds de cohésion, salaires minimums dans chaque pays, niveaux de cotisations moins disparates), agriculture (réforme de la PAC), éducation (extension d’Erasmus au-delà du monde étudiant) ou encore institutions (Commission réduite à quinze membres, listes transnationales pour l’élection des eurodéputés : les 73 sièges laissés vacants par le Brexit en 2019, puis la moitié du Parlement en 2024)... Sans oublier un geste envers l’Allemagne : l’invitation à signer un nouveau traité de l’Élysée le 22 janvier prochain, 45 ans après celui entre de Gaulle et Adenauer.

Dans un premier temps, un peu sonnés par ce flot d’idées, les observateurs ont eu tendance à entonner « la France est de retour en Europe », « voici un ambitieux discours de relance de la construction européenne », comme le pays n’en avait plus connu depuis François Mitterrand... Et puis après diges-

Le hic, c’est que non seulement le nord et l’est du continent sont peu enclins aux idées de Macron, mais le cœur de l’UE guère plus

tion, réflexion, plusieurs remarques ont émergé. D’abord, ce qu’il n’y avait pas : l’approfondissement de la zone euro. Macron a bien souhaité un « budget plus fort pour la zone euro », alimenté notamment par la taxe numérique, il n’a pas fait mention d’un Parlement de la zone, et encore moins de dettes mutualisées ou de transferts financiers. Quant aux attributions d’un possible ministre des Finances, elles sont restées très vagues.

C’est que les élections allemandes sont passées par là. Dimanche 24 septembre, au cours d’une soirée de grandes contrariétés, le président a non seulement connu un coup d’arrêt pour ses troupes aux élections du Sénat en France, mais la CDU et le SPD ont été sanctionnés en Allemagne par des scores historiquement bas, au profit de l’AfD et des libéraux, dont le leader Christian Lindner déteste les idées françaises sur leuro. Macron a donc choisi deux jours plus tard de ménager Merkel, qui va devoir bâtir avec le FDP et les Verts une coalition compliquée. Alors que l’économiste Thomas Piketty pensait que Berlin ne pourrait pas éviter d’accepter un débat sur la démocratisation de la zone euro... Paris ne va peut-être même pas le lui demander.

Ensuite, à force de ménager la chèvre et le chou sur les périmètres de l’UE, en « assumant une Europe

à plusieurs vitesses » mais sans blâmer les Vingt-Sept pour ne pas se mettre à dos les pays de l’Est, le président a surtout été... très flou. Et on relèvera au passage qu’on peut continuer à se payer de mots sur la « convergence sociale », la réalité est opposée, puisque les salaires entre l’Est et l’Ouest ne convergent plus : depuis 2008, l’écart s’est creusé¹.

Le message subliminal serait-il alors celui d’une Europe des frontières ? C’est en tout cas ce que voudrait croire Paul Magnette, l’ex-président PS de Wallonie, en relevant les choix (taxes aux frontières, commerce, sécurité...) d’où pourraient émerger une souveraineté européenne renforcée. Le hic est que non seulement le nord et l’est du continent y sont peu enclins, mais le cœur de l’UE guère plus. Dans son discours sur « l’état de l’Union », le 13 septembre à Strasbourg, Jean-Claude Juncker s’est réjoui d’une relance tous azimuts du libre-échange (avec le Japon, le Mexique, Mercosur, demain avec l’Australie et la Nouvelle-Zélande...) et il a évoqué un élargissement de l’UE à l’ensemble des Balkans (Albanie, Kosovo, Serbie, Macédoine, Monténégro). Connaissant le FDP et sa politique des années 2009–2013, on peut penser que ces priorités seront aussi celles du prochain gouvernement allemand².

Que restera-t-il donc du discours à la Sorbonne ? Sans doute la priorité donnée à la défense. Mais nombre d’autres mesures sont bloquées depuis des mois sinon des années (harmonisation fiscale, TTF, règles d’accueil, parquet antiterroriste) et il a finalement reçu un accueil poli des Vingt-Sept. On en saura plus une fois la coalition formée à Berlin.

¹ « L’Europe de l’Est piégée dans un modèle à bas coûts salariaux », Florence Autret, *La Tribune*, 9 mai 2017, et « UE : les salaires entre les pays de l’Est et de l’Ouest ne convergent plus », Robert Van Apeldoorn, *Trends-Tendances*, 25 septembre 2017.

² « Macron, Sisyphe européen », tribune de Paul Magnette dans *Le Monde*, 1^{er} octobre 2017, et « Avenir de l’UE : Juncker (et Merkel) en désaccord avec Macron », Jean Quatremer, *Libération*, 14 septembre 2017.



Plus de profondeur

Découvrez le Lëtzebuurger Land en vous abonnant gratuitement durant un mois.

land@land.lu
www.land.lu
téléphone 485757-1

Deutschland und Europa

Koalitionäre der Karibik

Martin Theobald, Berlin

Zugegeben: Im zurückliegenden Bundestagswahlkampf hat Europa kaum eine Rolle gespielt. Deutschland war viel zu sehr mit sich selbst. Nun erwarten die etablierten Parteien die Landtagswahl in Niedersachsen am nächsten Samstag, um sich dann endlich wieder dem Regieren zu widmen. Das Land stimmt sich derweil auf eine Jamaika-Koalition ein. Das bedeutet aber auch Koalitionsverhandlungen, die lange andauern und schwierig sein werden, denn zu sehr sind die vier Parteien – in alphabetischer Reihenfolge: CDU, CSU, FDP und Grüne – darauf bedacht, die eigene Wähler nicht bereits im Prozess der Regierungsbildung zu verprellen. Dass Europa jedoch ein wichtiges Thema bei den Koalitionsverhandlungen sein wird, dafür hat der französische Präsident Emmanuel Macron mit seiner europapolitischen Grundsatzrede gesorgt, kaum dass die Bundestagswahl vorüber war.

Die Christdemokraten und Christsozialen setzen in ihren europapolitischen Positionen auf eine enge Zusammenarbeit zwischen Paris und Berlin. Der deutsch-französische Motor der Europäischen Union soll das Bündnis aus seiner derzeitigen Sinnkrise führen. Dazu hieß es bereits im gemeinsamen Wahlprogramm: „Wir sind bereit, mit der neuen französischen Regierung die Euro-Zone schrittweise weiterzuentwickeln, zum Beispiel mit der Schaffung eines eigenen Währungsfonds.“ Die Vergemeinschaftung der Schulden wird jedoch ausgeschlossen. Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit soll solidarisch gelöst werden. Aber all das nur, „wenn gemeinsam vereinbarte Regeln wie der Stabilitätspakt eingehalten werden.“ Im Verhältnis zur Türkei setzt die Union auf eine Vertiefung der Beziehungen. „Eine Vollmitgliedschaft der Türkei lehnen wir aber ab, weil sie die Voraussetzungen für einen Beitritt nicht erfüllt.“ Einem Europäische Verteidigungsunion und einem Europäischer Verteidigungsfonds stehen CDU und CSU aufgeschlossen gegenüber.

Das Credo der Freien Demokraten und gleichzeitig Mahnung an die übrigen EU-Staaten: Regeln müssen eingehalten werden

Die Liberalen haben in ihrem Wahlkampf auf den einfachen Slogan „Trendwende“ gesetzt. In der Europapolitik bedeute dies: weg „von Niedrigzinspolitik, Investitionsstau und der Vergemeinschaftung der Schulden hin zu Eigenverantwortung, soliden Staatsfinanzen und Wachstum.“ Sie lehnen einen europäischen Finanzausgleich jedweder Ausgestaltung ab. Das Credo der FDP und gleichzeitig Mahnung an die übrigen EU-Staaten: „Regeln müssen eingehalten werden.“ Nach Wunsch der Partei soll eine unabhängige EU-Institution geschaffen werden, die wirksam über die Einhaltung der Regeln der Währungsunion wacht. Die Freien Demokraten verstehen die EU in erster Linie als ökonomisches Projekt. In Punkten zur Weiterentwicklung der Union halten sie sich zurück: Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sollten beendet werden und die europäische Integration würde durch ein „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“ vereinfacht.

„Ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten darf nicht der Standardmodus, muss aber möglich sein“, heißt es hingegen bei den Grünen. Ihre Forderungen: Der Euro-Rettungsschirm ESM soll in einen Europäischen Währungsfonds umgewandelt werden, der durch das Europaparlament kontrolliert wird. In den Beziehungen der EU zur Türkei sei eine „grundlegende Neuvermessung“ der Beziehungen nötig. Weitere Verhandlungen soll es erst dann geben, „wenn die Türkei die Kehrtwende zurück zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vollzieht“. In der gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik möchten die Grünen sich für eine verstärkte Zusammenarbeit und „Integration der Streitkräfte“ einsetzen. In Paris sehen sie einen „kraftvollen Partner für Reformen in Europa.“ Macron habe zu Recht ein Ende der Sparpolitik und eine große europäische Investitionsoffensive gefordert.

Zwischen den möglichen Koalitionären in einem Jamaika-Bündnis gehen die Vorstellungen zu Europa weit auseinander. Zwar lobt Bundeskanzlerin Merkel Macron für dessen europapolitische Initiative, doch darf nicht übersehen werden, dass Merkel mit der Maastricht-Union fremdelt. Die EU in ihrer westeuropäischen Prägung ist nicht ihr Ding, eine Vertiefung der Union wird es mit ihr sicherlich nicht geben. Sie stimmt mit Macron darüber ein, dass an Europa weiter gearbeitet werden müsse. Mehr aber auch nicht. In den Koalitionsverhandlungen wird sie sich die Schnittmenge entweder mit den Grünen oder mit der FDP suchen, um den kleinsten gemeinsamen Nenner zu finden.

Dennoch werden sich die europaskeptischen Liberalen nur schwerlich durchsetzen können, wenn es etwa um den europäischen Währungsfonds geht, den sich Grüne und Christdemokraten vorstellen können. Die FDP muss in punkto Europa Kompromisse machen, die Grüne Abstriche. Eine gemeinsame Verantwortung der Finanzpolitik der EU-Mitgliedsstaaten wird vor allen Dingen am Widerstand der FDP scheitern. Für die Koalitionsverhandlungen bedeutet das: Es wäre im Sinne der Europäischen Union, wenn sich die Grünen in vielen Punkten durchsetzen könnten. Die FDP wird sich dem entgegenstellen. Die Union wird dabei Konflikte vermeiden und Entscheidungen verzögern. Damit ist es nicht unwahrscheinlich, dass künftig nicht Angela Merkel, sondern Emmanuel Macron die Führungsrolle in der EU zufallen wird.

.....

1975

ticker

.....

.....

Alle sollen innovieren



In Luxemburg geht es innovativer zu, als es manche Rankings erscheinen lassen. Zu diesem Schluss kommt die Stiftung Idea der Handelskammer. Zwar sei der Anteil des Privatsektors an den Aufwendungen für Forschung und Entwicklung am BIP seit den Krisen-jahren gesunken und lag 2015 bei nur 0,67 BIP-Prozent. Damit rangierte Luxemburg auf Platz 17 unter den 28 EU-Staaten; der EU-Durchschnitt des BIP-Anteils der privaten R&D betrug 1,3 Prozent. Allerdings konzentrieren sich die Forschungs- und Entwick-lungsinvestitionen in bestimmten Bereichen. Vor allem in der Industrie, wo sie 7,2 Prozent zum Mehrwert beitrugen. Das ist der fünftbeste Wert hinter Finnland (11,4%), Schweden (10,7%), Deutschland (8,3%) und Österreich (7,5%). Der öffentliche Sektor, vor allem die Universität und die drei Forschungsinstitute List, LIH und Liser vereinten 2015 0,64 BIP-Prozent der Forschungsausgaben auf sich. Öffentlicher und Privatsektor zusammengekommen sind das 1,31 Prozent und nur rund halb so viel wie die 2,3 bis 2,6 Prozent, die Luxemburg sich als Ziel im Rahmen des Pro-gramms Europe 2020 gesetzt hat. Idea plädiert deshalb dafür, öffentlichen und privaten Sektor noch stärker miteinan-der in prioritären Projekten zu verzah-nen und eine „Innovationsstrategie“ aufzustellen, was 2015 auch die OECD Luxemburg empfohlen hatte. Die Beihilfen des Wirtschaftsministeriums, so Idea, sollten gezielter auf bestimmte Gebiete gelenkt werden, und die öffentliche Forschung, vor allem die Universität, sollte weniger staatliche Zuwendungen in Form jährlicher Block Grants erhalten, sondern ihre Mittel in stärkerem Maße „kompetitiv“ und projektgebunden akquirieren. pf

Punktlandung

Die jährliche Inflationsrate lag vergan-genen Monat bei 1,8 Prozent. Das war

etwas niedriger als im August und entspricht zeimlich genau der Defini-tion von Preisstabilität der Europäi-schen Zentralbank. Im September gingen laut Stateg vor allem die Preise für Pauschalreisen zurück (-7,6 Prozent), für Flugtickets (-9,6 Prozent) sowie die von Lebensmitteln und Möbeln. Im Gegenzug stiegen die Enschreibgebühren für verschiedene private Ausbildungsangebote. Diesel, Benzin und Heizöl waren im Septem-ber teurer als im August. Das Kulturan-gebot wurde ebenfalls teurer, die Preise für Kino-, Theater-, und Konzertkarten stiegen im Vergleich zum August um 2,4 Prozent. ms

Lighter touch ?

Cela fait des mois que les autorités de supervision et le gouvernement luxembourgeois se défendent contre le reproche de pactiser avec Londres en favorisant l’installation de sociétés à substance minimale au Grand-Duché pour ainsi contourner les suites du Brexit (lire également ci-contre). Les succès du Luxembourg, qui avait fait le plein dans le secteur des assurances (AIG, RSA, FM Global, Hiscox, RSA Insurance, CNA Hardy, Liberty Specialty Markets, Tokio Marine), a rendu suspicieux les régulateurs européens. Les assureurs, eux, met-taient en avant la géographie (« cen-trale »), la langue (anglophilie du régulateur national) et la politique (conservativement libérale). Or, dans l’édition actuelle de *Paperjam*, Jean-Mi-chel Pacaud, « insurance leader » chez EY Luxembourg, met en avant une autre raison : « la flexibilité et la réactivité » du Commissariat aux assurances (CAA). Le régulateur aurait une « vision accommodante par rapport à l’outsourcing. » Aïe-aïe ; voilà justement ce qu’il ne fallait pas dire. Car cela semble confirmer l’analyse du *Financial Times* qui écrivait fin juin : « Some insurers have been keen to keep as much as possible in London, and staff the new EU business with only a small number of people. Luxembourg has been more accommodating in this regard, say people in the industry. » bt

Electro-scooter

D’ici quelques semaines, Luxembourg produira des scooters électriques, haut de gamme (prix annoncé : 8 690 euros le scooter). Ce mardi, à Foetz, le

ministre de l’Économie, Etienne Schneider, a pu inaugurer la nouvelle fabrique de la start-up Ujet, dont l’actionnaire principal est le groupe russe Oscial. Alors que l’Asie est de loin le plus grand consommateur (les mobylettes classiques ont simplement été interdites dans les principales villes chinoises), Ujet visera d’abord les villes européennes riches que sont Barcelone, Milan, Paris, Monaco et Luxembourg. Les mobylettes commenceront à être livrés début 2018. Une quarantaine de salariés travailleront dans l’usine. bt



Millionenbußgeld für Amazon

Die EU-Kommission will, dass Luxemburg von Amazon 250 Millionen Euro zurückfor-dert. Fast drei Jahre, nachdem die EU-Wettbewerbsbehörden ihre Untersuchung einleiteten, sind sie zum Schluss gekommen, dass durch den Steuervorbescheid, den Amazon 2003 in Luxemburg erhalten hatte und der 2011 verlängert wurde, drei Viertel der Gewinne Amazons unbesteuert blieben. So habe Amazon viermal weniger Steuern zahlen müssen als andere Luxemburger Gesellschaften, was in den Augen der EU-Wettbewerbsbehörden einer illegalen Staatbeihilfe entspricht. Die EU-Kommission untersuchte das Geschäftsgebaren und die Steuerpraktiken von Amazon zwischen 2003 und 2014. Amazon EU Sàrl war in dieser Zeit die Firma, über die das operative Geschäft in Europa geleitet wurde und in der deshalb die Gewinne eingingen. Darüber hinaus gab es die Holding Amazon Europe Holding Technologies. Sie kassierte von Amazon EU Sàrl über ein durch den Steuervorbescheid abgesegnetes Kostenteilungsabkommen Lizenzgebühren vom operativen Tochterunternehmen Amazon EU. Durch diese Lizenzgebühren sanken die zu versteuern-den Gewinne der operativen Einheit und die Einnahmen der Holding stiegen. Amazon Europe Holding Technologies war ein so genanntes „steuertransparentes“ Unternehmen, das zusammen mit seinen Eigentümern – Amazon in den USA – besteuert wird. Da in den USA aber im Ausland erwirtschaftete Gewinne nicht versteuert werden müssen, so lange sie wieder im Ausland investiert werden, konnte Amazon in der Holding die Gewinne ansammeln.

Die EU-Kommission, deren Entscheidung im Detail noch nicht veröffentlicht ist, argumentierte am Mittwoch, die verrechneten Lizenzgebühren zwischen dem opera-tiven Betrieb und der Holding seien zu hoch gewesen. Ein Rechenbeispiel: Betrug der Gewinn bei Amazon EU 100, überwies sie 91 an die Holding und versteuerte 9. Von den 91 überwies die Holding dann 45 in die USA und sparte den Rest an. Im März dieses Jahres entschied der US-Richter Albert G. Lauber im Streit zwischen Amazon und den US-Steuerbehörden, die ebenfalls anzweifelten, dass Amazon genug Steuern zu Hause bezahlt hat und für die Jahre 2005 und 2006 über 234 Millionen Dollar nachzahlen müsse (unter <https://www.ustaxcourt.gov/UsTcInOp/OpinionViewer.aspx?ID=11148> kann das 200 Seiten Urteil nachgelesen werden, das Zeugenaussagen zur Transferpreisproblematik zwischen Amazon und den Luxemburger Einheiten beinhaltet). Er gab Amazon größtenteils Recht und sagt in seinem Urteil über die Holding sogar: „Amazon Luxembourg was by no means a shell company. Beginning in May 2006 it played a meaningful role in expanding Amazon’s existing business in Germany, the UK, and France and extending Amazon’s reach elsewhere in Europe.“ Dennoch ergibt sich auf Basis der in diesem Urteil festgehaltenen Raten (gegen das die US-Steuerbehörden in Berufung gehen wollen) für die EU-Kommission, dass die Holding laut Rechenbeispiel 64 in die USA hätte überweisen müssen. Und da sie keine andere wirkliche wirtschaftliche Aktivität hatte, hätte ihr die operative Firma Amazon EU ihr deshalb auch nicht wirklich etwas darüber hinaus überweisen dürfen.

Im Frühjahr 2016 baute Amazon seine Firmenstruktur um. Die Holding Amazon Europe Holding Technologies gibt es nicht mehr, sie wurde mit Amazon Core Europe fusioniert und aus dem Firmenregister gestrichen. Amazon Core Europe verfügte vergangenes Jahr über ein Firmenskapital und Reserven von 3,5 Milliarden Euro, verbuchte einen Gewinn von 219,9 Millionen Euro und wies Ausgaben für Lizenzge-bühren von 720 Millionen Euro aus. Amazon Core Europe weist Steuergutschriften von 21 Millionen Euro aus. Zwar ist das Bußgeld kleiner ausgefallen, als sich viele dies nach dem Rekordbußgeld für Apple erwartet hatten. Dennoch dürfte die Entscheidung der Kommission erstens die Diskussion innerhalb Europas, wie die Strafen zwischen Mitgliedstaaten aufgeteilt werden sollen, anfeuern. Amazon und das Finanzministe-rium reagierten mit wenigen Sätzen auf die Entscheidung, um sich alle Rechte vorzube-halten. Derzeit untersucht die EU-Kommission noch die Luxemburger Steuer-vorbescheide von McDonalds und von Engie. Vor zwei Jahren hatte sie Luxemburg angeordnet, von Fiat Finance zwischen 20 und 30 Millionen Euro Steuern nachzufor-dern. Fiat und Luxemburg haben gegen die Entscheidung beim Europäischen Gericht Berufung eingelegt. Ein Datum für die Anhörung gibt es laut Finanzministerium nicht. Amazon müsse wie Fiat das Bußgeld auf ein Sonderkonto einzahlen, bis alle Prozedu-ren abgeschlossen sind, bestätigte ein Sprecher des Finanzministeriums dem *Land*. Die EU-Kommission will Irland vor Gericht nehmen, weil die Republik von Apple die verordneten 13 Milliarden Euro Steuernachzahlungen bisher nicht eingetrieben hat. ms

L’Alfi descend à Londres pour promouvoir un modèle d’affaires ébranlé

Unfading Splendor

Bernard Thomas

In the heat of the conflict Ce mardi matin, un peu après huit heures, un administrateur de fonds londonien s’amusait avec un yo-yo – un gadget distribué par un prestataire de services luxembourgeois –, répétant à qui voulait l’entendre que c’était « un simulateur de marché ». L’Alfi invitait à sa conférence « Leading Edge » à Westminster dans le vénérable Church House, entre St James’s Park et le Parlement britannique. Les principales interventions se tenaient dans un grand hall circulaire revêtu de boiseries en chêne et surplombé d’une coupole en verre. Le long de la courbe, en lettres dorées, on pouvait y lire : « Holy is the True Light, and passing wonderful, lending radiance to them that endured in the heat of the conflict. From Christ they inherit a home of unfading splendor, wherein they rejoice with gladness evermore. » C’est donc dans ce cadre qu’on pouvait écouter ce mardi une intervention intitulée « A day in the life of a risk manager in Luxembourg ».

Speed dating La moitié de l’auditoire était arrivée sur un des sept vols quotidiens qui relient le Findel à Londres-City. La place financière avait envoyé la deuxième garde. Parmi les participants, on ne trouvait ni de fonctionnaire de la CSSF, ni de représentant de Luxembourg pour finance, ni de *managing partner* d’une des Big Four, ni d’avocat-star de l’industrie comme Claude Kremer (Arendt), Jacques Elvinger (Elvinger-Hoss) ou Freddy Brausch (Linklaters). Les autorités luxembourgeoises étaient représentées par Christophe Zeeb, le nouveau conseiller juridique à l’ambassade à Londres, discrètement assis à une des tables. (En 2014, il avait suivi Pierre Gramegna de la Chambre de commerce au ministère des Finances, où il devait remplacer Sarah Khabirpour comme nouvel homme de confiance. Il a rejoint le ministère des Affaires étrangères il y a trois mois.) Les Luxembourgeois rencontraient une cinquantaine de professionnels londoniens, auxquels s’ajoutaient quelques Suisses, Américains et un administrateur basé dans les Îles Caïman.

Les participants anglais sont pour la plupart des habitués de ce genre d’événement de promotion. En mai, Guernsey Finance avait tenu sa conférence annuelle à Londres ; en novembre, ce sera au tour d’Irish Funds d’amadouer les clients londoniens. Ces juridictions actives dans la domiciliation et la distribution des fonds d’investissement, mettent toutes les mêmes points sur l’ordre du jour de leurs conférences : « Brexit » et « substance ». La finalité de l’événement se matérialisait aux pauses café et au déjeuner ambulatorio où on servait du poulet aux épinards et de la lasagne poisseuse. La conférence se muait alors en session de *speed-dating* professionnel ; avec l’échange de cartes de visite comme gage d’un réseautage réussi.

« Vous allez vous sentir comme à un congrès d’ornithologie », m’avait-on prévenu. Car, à l’inverse de la traditionnelle « roadshow » londonienne de l’Alfi – cette messe de l’industrie des fonds qui peut réunir jusqu’à un millier de participants –, la série « Leading Edge » est destinée aux spécialistes dans un domaine pointu. Autrement dit, ce n’est pas un événement particulièrement glamour et, ce mardi, la salle était remplie de cadres intermédiaires plutôt que de CEOs. Quelque 140 personnes en costumes et tailleurs gris avaient fait le déplacement pour écouter des discussions sur « la gestion du risque, la substance et la délégation ». A priori, ces thèmes peuvent paraître ésotériques, mais ils touchent en fait au cœur du modèle d’affaires luxembourgeois, comme viennent de le rappeler les propositions de la Commission européenne (*d’Land* de la semaine dernière).

It’s not a Luxembourg issue Les propositions de la Commission européenne étaient un des principaux sujets de conversation. En introduisant une couche de supervision supplémentaire pour tous les fonds gérés à partir d’un pays tiers (donc bientôt également à partir du Royaume-Uni), la Commission contribuera à l’érosion du pouvoir des superviseurs nationaux au profit d’une « convergence » européenne. Or, alors que la régulation est harmonisée, la supervision reste, avec la fiscalité, la dernière niche de souveraineté du Luxembourg en matière des services financiers. Si de nombreux participants sont inquiets – « Le Luxembourg perd en flexibilité ; on est cadencé de tous les côtés » –, d’autres tentent de « positiver ». La proposition de règlement ne serait « pas encore gravée dans le marbre ». Et, de toute manière, l’entiereté de l’organisation de l’industrie des fonds étant chamboulée, « ce sera la cata’ pour tout le monde. » En 2014, la supervision prudentielle sur 41 banques établies au Luxembourg n’était-elle pas passée de la CSSF à la Banque centrale européenne, sans que cela ne provoque l’implosion de la place bancaire luxembourgeoise ? Alors pourquoi les choses seraient-elles différentes pour l’industrie des fonds aujourd’hui ?

Dans son introduction, la présidente de l’Alfi, Denise Voss, faisait l’éloge du modèle de délégation – selon lequel, les fonds sont domiciliés au Luxembourg alors que les décisions stratégiques se prennent à Londres, New York ou à Hong-Kong – comme « un élément-clé du succès global des Ucits ». Et d’ajouter : « C’est bien pour l’Europe, bien pour les investisseurs, bien pour les revenus fiscaux. » Andrea Camara, en charge du risque chez Aberdeen Global Services Luxembourg, estimait même que « l’industrie des fonds ne survivra pas sans la délégation ». L’Alfi, qui n’avait rien vu venir, pas plus que le poids au sein du Conseil européen. D’autant plus que Dublin, préoccupé par l’impact du Brexit sur ses frontières et son industrie de la pêche, a jusqu’ici été étonnamment discret. L’Alfi tente donc de dénationaliser son argumentaire et de lui conférer une dimension paneuropéenne. « It’s not a Luxembourg-issue », martelait Denise Voss. À la question si le Luxembourg « continuera à être attractif », elle répondait par une autre question : « Est-ce que les fonds européens resteront attractifs ? »

Back-middle-front Joseph Davidson, associé d’une firme de gestion d’actifs de taille moyenne basée à Londres, donnait un aperçu des modalités pratiques des « arrangements de délégation » : le « heavy lifting » serait fait à Londres tandis que la domiciliation et la distribution passeraient par un prestataire de services luxembourgeois. Plusieurs intervenants britanniques expliquaient passer par une ManCo (lire : « management company ») luxembourgeoise dont l’« avantage-clé » serait leur contact direct avec la CSSF. Résumé du modérateur : « Vous vous concentrez donc sur la gestion de l’argent ; et tout le reste, vous le déléguez. »

Dans la division du travail internationale, les comptables, agents de transfert, juristes et administrateurs luxembourgeois occupent une position subalterne, tant sur le plan symbolique (prestige) que pécuniaire (faibles marges). Les rapports entre le « back-office » luxembourgeois et le « front office » new-yorkais, londonien ou singapourien passent par la médiation du *middle-management*. Un participant luxembour-

« Mir hunn – dat gëtt eis vill gesot, dass dat ganz wäertvoll ass – vill Stärerestauranten. Och dat kucke verschidde Chefs d’entreprise. » Pierre Gramegna, le 4 juillet au Parlement

geois espérait ainsi que ses discussions avec les *risk managers* anglais pouvaient éventuellement le mettre en relation avec un *asset manager*. Interrogé sur la raison de sa présence à la conférence, un professionnel de la City expliquait que s’il arrivait à mieux anticiper les positions des administrateurs luxembourgeois, il pourrait minimiser les frictions avec ses supérieurs, ce qui pourrait lui être bénéfique.

La domiciliation et la distribution des fonds sont indispensables au bon fonctionnement du système financier. Grâce à ses 81 conventions de non double imposition (l’Irlande en compte 68, Guernesey treize), grâce aussi à une autorité de supervision *business-friendly*, le Luxembourg s’est établi comme pipeline privilégié pour distribuer les fonds au-delà des frontières. Mais on peut également faire une lecture plus sardonique du rôle du Luxembourg. Ce février, lors d’une audition organisée par le Sénat français « sur la compétitivité des places financières », Louis Laurens, représentant des gérants d’actifs français, estimait que le Luxembourg et l’Irlande « ont des administrateurs mais pas de gérants ». Et d’ajouter, sèchement : « Je suis en outre persuadé que le modèle du Luxembourg et de Dublin sera remis en cause par les nouvelles technologies qui vont remplacer les métiers de ‘processing’ : contrôles, formulaires, prospectus à traduire, etc. » D’un point de vue parisien, les petits concierges luxembourgeois de la finance seront tôt ou tard menacés d’obsolescence.

Ces dernières années, la place financière luxembourgeoise a connu une promotion, passant de la caste du « back office » à celle du « middle office ». Ce mardi, Ravi Beegun, associé chez KPMG, exhibait fièrement une *slide* de sa présentation Powerpoint. Alors qu’il y a cinq ans, 72 pour cent des activités de « risk management » des fonds domiciliés au Luxembourg étaient entièrement faites en dehors du Grand-Duché, cette part ne serait plus que de six pour cent aujourd’hui. Du point de vue des *asset managers*, les *risk managers* sont perçus comme prudents, procéduriers et pédants. À renfort de *slides* surchargés, les concernés tentaient de se démarquer de « ces clichés et fausses perceptions », ceux d’être des *geeks* perdus dans leurs modèles et équations. Or, si les confrenciers voulaient offrir une « vision holistique » de leur travail, ils se perdaient souvent dans les énumérations des formes diverses et variées que pouvait prendre le risque : risque légal, risque fiscal, risque opérationnel, risque digital, le tout culminant dans le « risque réputationnel ». À la fin de la première session, une auditrice demandait la parole : Quelle approche pour évaluer les risques liés au changement climatique ? Sur scène, personne n’avait de réponse.

Soft factors Paradoxalement, la consolidation de la place financière est un résultat du « tsunami ré-



L’annonce que l’autorité de la CSSF pourrait bientôt s’éroder aura peu réjoui l’Alfi

glementaire », par ailleurs vilipendé par l’ABBL et l’Alfi. Ainsi, la directive AIFMD régulant les *hedge funds* et le *private equity*, transposée en 2013, interdisait-elle de déléguer à la fois la gestion du portefeuille et celle du risque. L’écrasante majorité des gestionnaires d’actifs préféraient envoyer leurs *risk managers* au Luxembourg plutôt que de s’y installer eux-mêmes. Interrogé quand il comptait déménager au Luxembourg, Joseph Davidson rigolait, puis changeait de sujet. Si le « middle-office » est donc en train de prendre de l’épaisseur, le « front office » reste réticent à l’idée de s’expatrier au Luxembourg. En février, lors d’une réunion de la commission des Finances du Sénat français, Albéric de Montgolfier (Les Républicains) y voyait une chance pour la place de Paris : « Le Luxembourg [...] n’envisage pas d’accueillir les gestionnaires d’actifs eux-mêmes. Ils habitaient Londres et leurs épouses n’ont pas envie d’aller s’installer au Luxembourg demain. Paris a-t-il une carte à jouer pour les accueillir ? »

En 2013, le ministre des Finances, Luc Frieden (CSV), avait pourtant tenté d’attirer les gestionnaires de fonds alternatifs avec des bonbons fiscaux. S’ils déménagent au Luxembourg jusqu’en 2018, ils pourront profiter durant dix ans d’une fiscalité réduite de trois-quarts sur l’intérêt des plus-values. Avant le Luxembourg, certains cantons suisses avaient tenté la même expérience. Or, après quelques années, les *golden boys* avaient de nouveau quitté Zug, Pfäffikon ou Genève, lassés par l’aspect petit-bourgeois (ou « bündli ») de la province suisse. « Bored and frustrated traders are homesick for grimy, high-tax London », se réjouissait *The Economist* en 2011. En juillet, lors d’un débat d’orientation sur le Brexit, le ministre des Finances expliquait aux députés (hilares) : « Mir hunn – dat gëtt eis vill gesot, dass dat ganz wäertvoll ass – vill Stärerestauranten. Och dat kucke verschidde Chefs d’entreprise. »

Hard factors Lors de ce débat, Pierre Gramegna insistait beaucoup sur la rigueur avec laquelle les dossiers étaient analysés à la CSSF : Il n’y aurait pas d’« Extrafaveuren ». « Le mot magique, c’est la substance ». On ne voudrait plus de sociétés boîtes-aux-lettres, mais une « croissance qualitative ». Un mois plus tôt, dans une vidéo de promotion mise en ligne par l’étude d’avocats Elvinger-Hoss, son prédécesseur Luc Frieden insistait

sur le « partenariat étroit » qui liait Luxembourg et Londres : « We are not trying to copy London, we are not trying to become a mini-London or a London Bis. » Le montage que l’avocat d’affaires Frieden proposait à ses futurs clients anglais « is for companies to set up a subsidiary here, having some substance, but delegating and outsourcing quite a number of activities back to London where there is a tremendous know-how. »

Ce genre de déclaration avait éveillé les suspensions à Paris et à Bruxelles où on craint une subversion anglaise du marché commun via des sociétés boîtes-aux-lettres luxembourgeoises. Durant l’été, l’Autorité européenne des marchés financiers (mieux connue sous son acronyme anglais Esma) a édicté de nouvelles règles pour contrecarrer « les risques d’arbitrage de supervision » et éviter « une course au moins-disant réglementaire ». L’Esma exige ainsi que tous les dossiers de relocalisation liés au Brexit soient soumis – sous forme anonyme – à un « réseau de coordination de la supervision ». Dans une opinion publiée fin mai, l’autorité européenne insistait sur le fait que les « fonctions clés » devront être présentes au sein de l’UE. Et de citer le contrôle interne, les infrastructures informatiques ou encore la gestion du risque. Les « senior managers » devraient être employés dans l’État membre et y travailler, de préférence à temps plein. Dès lors, l’estimation avancée en juillet par Pierre Gramegna, selon laquelle l’effet du Brexit se comptera « plutôt en centaines d’emplois », paraît hautement improbable.

Car la pression européenne a donné un nouveau coup d’accélérateur au rush vers plus de « substance ». Le marché du travail luxembourgeois est sous tension. Les débauches seraient fréquentes, relate un participant luxembourgeois à la conférence de l’Alfi à Londres : « Pour des raisons de substance, les gérants anglais doivent trouver des gens avec une certaine *seniority* et une réputation sur le marché. Des gens qui soient capables de valider des décisions. Or ils ne peuvent pas simplement catapulter quelqu’un de l’étranger. Ils ont besoin de quelqu’un qui connaît les *kuerz Weeër*, qui sait à quelle porte frapper et qui il faut rappeler. » Le Brexit augmente donc le pouvoir de négociation salariale des juristes et comptables luxembourgeois.



Ce mardi, lors de la « Leading Edge Conference » au centre de Londres

Freunde und Verwandte



François Pauly, hier in seinem Büro als CEO der Bil



Pit Hentgen (Mitte) in den Räumlichkeiten der LaLux



Paul Peckels als Post-Vorstandsmitglied

Michèle Sinner

Vor zwei Wochen, als der Verwaltungsrat des *Luxemburger Wort* den Chefredakteur Jean-Lou Siweck entließ, war die Bestürzung in der Branche so groß, dass Journalisten sich gegenseitig fragten, was denn ihre erste Reaktion war. In etwa so, wie man sich nach dem 11. September fragte, wo man war, als die Flugzeuge ins World Trade Center einschlugen. Schnell war auch wegen seines wenig feinfühligem Auftretens in der Redaktion, ein Schuldiger für diese Katastrophe ausgemacht: Luc Frieden, der ehemalige CSV-Finanzminister und ehemalige Mitarbeiter der Deutschen Bank, Geschäftsanwalt und Partner der Kanzlei Elvinger, Hoss, Prussen, der nun die Verwaltungsräte von Saint Paul und der Banque Internationale à Luxembourg (Bil) präsidiert.

Dabei ist Frieden nur ein Mitglied einer Gruppe, der er infolge des Regierungsverlustes der CSV 2013 sozusagen als letzter beigetreten ist, und die sich in verschiedenen Konstellationen in mehreren Verwaltungsgremien wiederfindet, in denen sie die Geschäftsinteressen der katholischen Kirche in Luxemburg vertritt. Denn Luc Friedens Vorgesetzter beim *Luxemburger Wort* ist der Verwaltungsratspräsident der Beteiligungsgesellschaft des Bistums Lafayette S.A., Pit Hentgen, ehemaliger Direktor von LaLux Assurances und Schwager von Wort-Direktor Paul Peckels. Peckels wechselte von der Post zum Wort, nachdem sein Umbau der Postzustellungsparke zu viel Streit mit den Gewerkschaften, nicht aber zu den gewünschten Ergebnissen geführt hatte. Pit Hentgen ist nicht nur Verwaltungsratspräsident von Lafayette, sondern außerdem Präsident der anderen Bistumsgesellschaft Maria

Rheinsheim und verwaltet damit einen beträchtlichen Teil des erzbischöflichen Immobilienparks.

Dem Wort-Verwaltungsrat gehören – neben dem ehemaligen Post-Generaldirektor Marcel Gross – auch Frank Wagener und, seit vergangem April, François Pauly an, beide ehemalige Generaldirektoren, beziehungsweise ehemalige CEOs, beziehungsweise ehemalige Verwaltungsratspräsidenten der Bil. Pauly galt vor der Finanzkrise als Goldjunge unter den luxemburger Finanziers. Er hatte Karriere bei der ehrwürdigen Privatbank Sal Oppenheim gemacht, leitete die luxemburger Filiale. Als die Bank ihren Sitz nach Luxemburg verlegte, wurde das in der Branche als großer Erfolg gefeiert. Doch als wenig später die Deutsche Bank Sal Oppenheim durch Übernahme rettete, trübten sich die Karriereaussichten für Pauly. Er sammelte Verwaltungsratsposten, bei der BIP, bei Cargolux, ..., bis er im Juli 2011 wieder Bankdirektor wurde, bei der Bil. Dort hatte inzwischen die katarische Herrscherfamilie die Mehrheit übernommen, dabei soll Pauly keine unwesentliche Rolle gespielt haben. Minderheitsaktionär war der luxemburger Staat mit seinem Finanzminister Luc Frieden. Pauly löste auf dem Posten des Bil-CEOs Frank Wagener ab, der Vorsitzender des Verwaltungsrats wurde. Bis Pauly als CEO ausgewechselt wurde und Wagener auch dort ablöste. Als sich abzeichnete, dass Luc Friedens Fantasie-Posten des Chairmain of the Supervisory Board bei der Deutschen Bank nicht erneuert würde, machte Pauly bei der Bil Platz für Frieden.

Vor François Pauly und Frank Wagener war ein gewisser Marc Hoffmann Generaldirektor der Bil.

Vom Wort bis hin zum Giganonnespidol helfen vor allem die Cousins Pit Hentgen und François Pauly der Kirche, ihren Besitz zu verwalten

Auch er ein Goldjunge der luxemburger Finanzwelt und so mutig und unabhängig, dass er aus Mangel an Entscheidungsfreiheit im Dexia-Konzern 2006 seine eigene Bank, die Compagnie de Banque Privée gründete, um sich aufs Wealth Management unter Einsatz von Derivaten zu spezialisieren. Dann machte die Finanzkrise einen Strich durch die Derivate-Rechnung und die Compagnie de Banque Privée fusionierte mit der Quilvest-Gruppe unter dem Namen Quilvest Wealth Management. François Pauly ist nicht nur dort Verwaltungsratsmitglied, sondern auch bei der Bank Edmond de Rothschild, die sich ebenfalls auf sehr wohlhabende Kunden spezialisiert und kürzlich von der CSSF wegen Verstößen gegen die Geldwäsche-Bestimmungen zu einer Millionenstrafe verdonnert wurde. So dass Luc Frieden nicht das einzige Saint-Paul-Verwaltungsratsmitglied sein dürfte, das eventuell bedauert, dass die Berichterstattung im Wort, wenn es ums Bankgeheimnis, Luxleaks, Panama Papiere oder andere Finanzskandale geht, nicht mehr mehr ganz so deckungsgleich mit der offiziellen Staatslinie ist wie früher vielleicht.

François Pauly und Pit Hentgen sind Cousins und Erben der Versicherungsgruppe La Luxembourgeoise. Pit Hentgen dirigierte die Versicherungsgruppe, bis er die Geschäftsleitung dem ehemaligen Bil-Vorstandsmitglied Christian Strasser übergab, um sich selbst auf die Leitung der Dachgesellschaft Compagnie Financière La Luxembourgeoise zu konzentrieren. Die Compagnie Financière La Luxembourgeoise ist ein gefülltes Sparschwein, denn unter ihrem Präsidenten François Pauly hat sie in den vergangenen

ette, Maria Rheinsheim und der Compagnie Financière La Luxembourgeoise kontrolliert.

2015 wurde François Pauly als Mitglied im Verwaltungsrat der Fondation des Hôpitaux Robert Schuman aka *Giganonnespidol*, kooptiert und gleichzeitig anstelle von Dr. Phillippe Turk zu deren Direktor genannt. Jean-Louis Schiltz ersetzte dort wenig später Frank Wagener als Verwaltungsratsvorsitzender und Michel Wurth, Vorsitzender der UEL, der Handelskammer und ehemaliges Vorstandsmitglied von Arcelor-Mittal, rückte zum Vizepräsidenten anstelle von Jean-Louis Schiltz auf. François Pauly und Jean-Louis Schiltz sind außerdem Präsident und Vizepräsident von Hôpitaux Robert Schuman SA.

Jean-Louis Schiltz macht als Anwalt viel von sich Reden, weil er nach seinem Rückzug aus der Politik früh auf die digitale Karte gesetzt hat, Firmen aus dem Bereich Fintech oder Bitcoin bei Behörden-gängen berät und juristisch begleitet. Aber auch, weil er kürzlich zusammen mit Wirtschaftsminister Etienne Schneider (LSAP) das Rahmengesetz vorstellte, das Privatgesellschaften den Abbau von Rohstoffen im Weltall ermöglichen soll. Die Kanzlei Schiltz & Schiltz der neben Jean-Louis und Franz Schiltz zwei weitere Partner angehören, vertritt aber auch die irdischen Interessen der katholischen Kirche. Beispielsweise wenn es um ihren Immobilienpark geht. Im Rahmen der Reform des Generalbebauungsplans (PAG) der Stadt Luxemburg erhoben Schiltz & Schiltz Einspruch für Maria Rheinsheim, dabei ging es unter anderem um die Reklassierung des Parks um den Bischofspalast. Für das Grand Séminaire verlangten sie ebenfalls eine Reklassierung einer Liegenschaft, um den Bau eines Studentenwohnheims zu erlauben. Oder für das Bistum direkt, im Zusammenhang mit dem Individualbebauungsplan Wunnen am Klouschtergaart. Für Lafayette verlangten sie eine Umänderung der Klassierung ihrer Liegenschaften im Bahnhofsviertel. Beim Wort selbst gibt es ebenfalls Pläne für eine neue Immobilie. Bis 2021 soll der Verlag in ein neues Bürogebäude in der Rue des Bruyères in Howald umziehen, das von Lafayette gemietet wird.



Jean-Louis Schiltz (oben) als Kommunikationsminister und Luc Frieden als Finanzminister

Damit die Kirche im Dorf bleibt und das Geld beieinander, wahren in unterschiedlichen Konstellationen die immer gleichen Vertreter die Interessen des Erzbistums. Nicht nur im *Luxemburger Wort*

Un rapport de l’ONU analyse l’impact des automates

Sociétés à robotisation limitée



Dans les économies développées, seulement neuf pour cent des emplois seraient menacés de la robotisation, estime une étude de l’OCDE

Georges Canto

Scène étonnante le 12 septembre dernier à Pise, où se tenait un Festival international de robotique. Pour la soirée de clôture au théâtre Verdi, le robot YuMi, conçu par la société helvético-suédoise ABB, a dirigé l’orchestre philharmonique de Lucques, accompagné de la soprano Maria Luigia Borsi et du ténor Andrea Bocelli. Pour être spectaculaire, la performance n’était pas une première. Il y a presque dix ans, en mai 2008, Asimo, un robot construit par Honda, avait dirigé l’orchestre de Detroit pour interpréter un extrait de la comédie musicale *L’homme de la Mancha*.

À Pise, certains spectateurs avaient peut-être en mémoire une étude publiée en 2013 : deux chercheurs de la Oxford Martin School, Carl Benedikt Frey et Michael Osborne, avaient alors fait sensation en estimant que 47 pour cent du total des emplois aux États-Unis et même 54 pour cent dans l’UE présentaient de grands risques d’être automatisés, « peut-être à une échéance d’une décennie ou deux ». Un emploi sur deux menacé par les progrès de la robotique et de l’intelligence artificielle : le chiffre est devenu emblématique des conséquences possibles de la « Quatrième révolution industrielle » (thème du Forum de Davos en janvier 2016).

Cela dit, des travaux plus récents ont apporté un sérieux bémol aux inquiétantes prévisions de Frey et Osborne, en montrant que la portée de la robotisation était bien moindre qu’attendue. Ainsi en mai 2016, une étude de l’OCDE évaluait à seulement neuf pour cent la proportion des emplois automatisables dans les 21 pays membres qui ont été observés (le Luxembourg n’en faisait pas partie).

La différence, considérable, avec les résultats de Frey et Osborne, tient à la méthode employée. Pour les chercheurs britanniques, des professions entières seraient concernées, ce qui suppose que tous les emplois qui les composent et les tâches à effectuer seraient identiques. Or, deux travailleurs exerçant la même profession (qu’il s’agisse d’un journaliste, d’un mécanicien ou d’un conseiller bancaire) ne réalisent pas forcément les mêmes tâches et seule une partie d’entre elles sont automatisables. Au final ce sont les professions où au moins 70 pour cent des tâches sont automatisables qui sont réellement les plus menacées, mais cela ne représente que neuf pour cent de l’emploi total, avec naturellement des différences géographiques : à peine six pour cent des emplois sont concernés en Finlande, Estonie ou Corée du sud, contre neuf pour cent en France et douze pour cent en Autriche, Allemagne et Espagne.

L’étude de l’OCDE concernait pourtant des économies développées, a priori les plus susceptibles de se doter de robots industriels. Logiquement, des pays moins riches et moins industrialisés sont encore moins touchés. C’est ce qu’a confir-

Les pays en développement ont profité de la délocalisation d’un grand nombre de productions industrielles. Or, la robotisation rend ce mouvement moins nécessaire – on perçoit ainsi une tendance à la relocalisation (*reshoring*)

mé une étude publiée début septembre par la CNUCED (Conférence des Nations-Unies pour le commerce et le développement), intitulée « Rapport sur le commerce et le développement 2017 : au-delà de l’austérité – Vers une nouvelle donne mondiale ».

Selon l’institution genevoise, malgré une augmentation de leur nombre de 54 pour cent en cinq ans, il n’existe à ce jour que 1,63 million de robots industriels en service dans le monde, principalement dans l’automobile (quarante pour cent du total), l’industrie électronique (quinze pour cent), celle des composants électriques (dix pour cent) et de la chimie et des plastiques. Ils sont concentrés dans un petit nombre de pays développés ou considérés comme tels. Cinq d’entre eux (Allemagne, Japon, États-Unis, Corée du sud et Chine) représentent près de 72 pour cent du parc. En revanche, les robots sont peu présents en Amérique latine, en Afrique et en Asie du sud-est, des zones qui ne pèsent que 6,2 pour cent du total.

En valeur relative on aboutit à des résultats identiques : parmi les 21 pays où la densité de robots est supérieure à cinquante unités pour 10 000 travailleurs on ne compte aucune économie en

développement ou émergente, au sens courant du terme.

La conclusion est claire : la robotisation touche en priorité des pays développés, surtout ceux où l’industrie manufacturière est puissante, raison pour laquelle il y a 5,5 fois plus de robots en Allemagne qu’en France. Mais elle n’a que peu d’effets dans la plupart des pays en développement, où c’est toujours la mécanisation « classique » qui domine. Les secteurs d’activité les plus consommateurs de robots y sont peu représentés. De plus, la main d’œuvre y est souvent abondante et bon marché alors que les robots exigent des investissements coûteux. Comme l’écrivent les auteurs du rapport, « les choses possibles techniquement ne sont pas toujours rentables économiquement ». L’exemple du secteur textile-habillement-cuir est révélateur : cette industrie, bien représentée dans les pays en développement, dotée de nombreux emplois peu qualifiés et mal payés, connaît un faible déploiement de robots alors qu’elle se situe en deuxième position pour la faisabilité technique d’automatisation des tâches de routine. Preuve que les facteurs économiques sont prééminents.

La menace existe pourtant bel et bien, mais de manière plutôt indirecte. Selon le rapport, comme l’accroissement du nombre de robots (ils devraient être 2,5 millions d’ici deux ans) profitera surtout aux pays développés aux « capacités industrielles bien établies », le différentiel de productivité et de compétitivité avec « des pays en développement dont l’activité manufacturière ne progresse plus ou qui sont déjà entrés dans une phase de désindustrialisation précoce » va s’accroître et « assombrir leurs perspectives de croissance ».

D’autre part, on peut prévoir un « mouvement de concentration l’activité manufacturière sur les sites existants », c’est-à-dire ceux où sont installés les robots. Depuis plus de trente ans, les pays en développement ont profité, quoique sans doute de manière insuffisante, de la délocalisation d’un grand nombre de productions industrielles. Or, la robotisation rend ce mouvement moins nécessaire : de fait, non seulement il s’est notablement ralenti mais on perçoit une tendance, encore modérée, à la relocalisation (*reshoring*). Autant d’emplois qui devraient échapper aux pays en développement, mais les plus peuplés gardent néanmoins l’espoir que les multinationales, n’étant plus intéressées par les faibles coûts salariaux, privilégient désormais le potentiel du marché local et maintiennent leurs implantations industrielles pour le desservir, une situation connue dans plusieurs pays d’Asie du sud-est.

La question se pose finalement de savoir si l’industrialisation demeure une stratégie de développement pertinente. Les pays les moins dotés en robots font face à un dilemme : soit ils se focalisent sur des industries peu touchées par le phé-

Chronique Internet

Tous les comptes de Yahoo ont été compromis

Jean Lasar

En décembre dernier, Yahoo avait annoncé qu’un milliard de comptes d’utilisateurs avaient été compromis suite à une attaque informatique qui avait affecté ses serveurs en 2013 : un incident majeur. À présent, quatre ans après les faits, la société vient de confesser que c’est en réalité la totalité de ses comptes, au nombre d’environ trois milliards, dont les données d’identification étaient tombées entre les mains des hackers. Si l’envergure de l’incident avait été jugée énorme lors de la première annonce, qu’en dire maintenant ?

À la décharge de Yahoo, on peut certes rappeler que l’entreprise, dont l’essentiel de l’activité a été repris entre juillet 2016 et juin 2017 par l’opérateur de télécoms Verizon, avait invité tous ses utilisateurs à modifier leurs mots de passe et questions de sécurité en décembre. N’empêche : après cette ultime confession, les points d’interrogation et d’exclamation ne cessent de s’accumuler.

C’est le cœur du patrimoine de Yahoo qui a été dilapidé

Comme dans le cas d’Equifax, l’entreprise de rapports de crédit qui a reconnu que les données relatives à quelque 145 millions de comptes de ses clients ont été semées à tous vents cette année, c’est le cœur du patrimoine de Yahoo qui a été ainsi dilapidé et la confiance de ses utilisateurs ébranlée. Cela reste le hack le plus important jamais enregistré, le second revenant aussi à Yahoo dont 500 millions de comptes avaient (à nouveau !) été compromis fin 2014, d’après une communication en date de septembre 2016. Pour faire mieux, il faudrait que Google, Facebook, Apple, Amazon ou, côté institutionnel, le fisc américain soient piratés et des parts significatives de leurs bases de données subtilisées.

« Suite à l’acquisition de Yahoo par Verizon, et durant l’intégration, l’entreprise a récemment obtenu de nouvelles informations et pense désormais, suite à une investigation assistée par des experts légaux externes, que tous les comptes d’utilisateurs Yahoo ont été affectés par le vol d’août 2013 », écrit Yahoo dans un communiqué dont on sent que chaque mot a été pesé au trébuchet en prévision de futures actions en justice. Il est difficile de croire qu’une fois le pot aux roses découvert, il ait fallu tout ce temps pour se persuader que les pirates avaient eu accès à l’ensemble des comptes gérés par l’entreprise.

Pour chaque utilisateur, ce sont son nom, ses adresses mail, ses numéros de téléphone, sa date de naissance et des hashes MD5 de leurs mots de passe, jugés faciles à craquer, qui ont été dérobés, ainsi que des questions de sécurité, partiellement cryptées, et les réponses correspondantes.

La marque Yahoo, malmenée depuis des années, va-t-elle se relever d’un tel fiasco ? Créé par deux étudiants de Stanford en janvier 1994, ce qui était à l’origine un index hiérarchisé de sites web était devenu au fil des ans un des points névralgiques du Net, séduisant les internautes par de nouveaux services, dont les révolutionnaires comptes email gratuits utilisables depuis un navigateur. À la fin des années 90, Yahoo était même le moteur de recherche favori des internautes. Victime de l’explosion de la bulle Internet au début des années 2000, l’action de Yahoo s’était écroulée en 2001. L’entreprise ne s’en est jamais vraiment relevée, abandonnant la fonctionnalité de recherche à Google, cédant des parts de marché, changeant à plusieurs reprises de CEO, procédant à des restructurations et faisant l’objet à intervalles réguliers de rumeurs de reprise.

Saura-t-on un jour qui sont les hackers ayant opéré le plus grand hold-up informatique de l’histoire ? En mars 2017, on apprenait que les autorités américaines avaient accusé deux membres des services de renseignements russes, Dmitri Dokoutchaev et Igor Souchtchine, et deux autres personnes, un hacker russe et un Kazakh établi au Canada (le seul arrêté dans cette affaire), d’avoir organisé le piratage de 2014 portant sur un demi-milliard de comptes, avec force détails sur l’utilisation qui avait été faite des données récupérées, notamment pour espionner des officiels américains et russes. Rien n’a en revanche filtré sur les auteurs du hack historique de 2013.

nomène, ce qui serait favorable à l’emploi local mais les maintiendrait, selon le rapport dans un état de « stagnation de la productivité et du revenu par tête », soit ils tentent de jouer le jeu mondial, comme le Mexique, qui concentre soixante pour cent du parc des robots en Amérique centrale et du sud, mais l’extension des domaines d’utilisation des automates et leur impact sur la productivité contrarient les espoirs de créations d’emplois.

De plus cette évolution technologique se produit, selon la CNUCED, « dans un contexte macroéconomique morose », car elle « coïncide avec une période d’austérité et de concurrence excessive, entraînant une course à l’abîme sur les marchés du travail ». Elle est donc surtout perçue comme une menace par des populations qui ont du mal à en discerner les effets positifs sur le

long terme, ce qui fait craindre que des mesures (comme des taxes) destinées à entraver la robotisation soient prises.

En septembre 2015, lors du Sommet des Nations Unies sur le développement durable, les 193 États membres ont adopté à l’unanimité un programme qui s’étale sur quinze années. Il comporte 17 objectifs relatifs par exemple à l’éradication de la pauvreté, la réduction des inégalités et à la lutte contre le changement climatique. Mais à peine deux ans plus tard, la CNUCED fait le constat que « la robotisation pourrait rendre plus difficile la poursuite du développement économique sur la base de stratégies traditionnelles d’industrialisation et compromettre la réalisation de l’Agenda 2030 pour le Développement Durable ».

Wohnpolitik

Wenn Eigentum verhindert



Die Place de l'Étoile in Luxemburg-Stadt ist vermutlich der Inbegriff brachliegenden Baulands

Franz Fayot

Erschwinglicher Wohnraum als politisches Ziel ist seit Jahren ein Thema in jedem Wahlkampf. So auch bei diesen Kommunalwahlen. Wir wissen seit langem, dass das Wohnungsproblem das Krebsgeschwür der Luxemburger Wirtschaft ist. Weniger die Entwicklungen der Löhne, sondern vor allem die immer weiter steigenden Immobilienpreise sind verantwortlich für das wachsende ökonomische Gefälle in unserer Gesellschaft: Wer noch kein Eigenheim hat, wird sich durch seinen normalen Lohn schwerlich eins leisten können – und schon gar nicht in Luxemburg-Stadt.

Die Ungleichheit in Luxemburg hat also besonders stark mit der Erschwinglichkeit von Wohnungen zu tun. Das Einkommen in Luxemburg leidet generell unter dem überdurchschnittlichen Ressourcenverzehr und der Verschuldung durch das Wohnen, was viele makroökonomisch negative Folgen nach sich zieht. Das Problem scheint bekannt, doch in der Diskussion um die Wohnungsproblematik in Luxemburg wird ein bizarres – weil zentrales – Thema recht wenig besprochen: die weit verbreitete Spekulation mit Immobilien und Land. Wo Spekulation durch Derivatprodukte auf Nahrungsmitteln wie Reis und Weizen auch hierzulande auf Empörung stößt, genießt die Spekulation auf ein anderes Grundbedürfnis des Menschen, dem Wohnen, erstaunlicherweise eine sehr breite Akzeptanz – ja, sie wurde sogar in manchen Kreisen zu einer Art Nationalsport.

Die öffentlichen Initiativen von Gemeinden und Staat setzen fast immer auf der Nachfrageseite an: Mietsubventionen, steuerliche Anreize zum Ankauf des ersten Eigenheims, Bausparverträge, Begünstigungen für Denkmalschutz und energetisch effizientes Bauen. Diese Vorteile und Anreize werden jedoch von den Anbietern in die Verkaufs-, beziehungsweise die Mietpreise eingerechnet, sodass sie im Endeffekt, und paradoxer Weise, das Gegenteil bewirken und somit lediglich dazu beitragen, den überhitzten Immobilienmarkt noch weiter anzuheizen.

Die Luxemburger Politik scheint außer Acht zu lassen, dass Luxemburg viel weniger ein Problem der Nachfrage als des Angebots hat. Dass die Preise der Wohnungen so hoch sind, hat in der Hauptsache damit zu tun, dass nicht genug Immobilien auf den Markt kommen. Dies hat eine Reihe von Ursachen, nicht zuletzt bürokratische Hindernisse und die Länge und Komplexität der öffentlichen Prozeduren.

Ein sehr wichtiger Grund ist allerdings auch, dass manche Eigentümer von Immobilien diese nicht zum Verkauf oder zur Vermietung freigeben, diese Objekte also leer stehen oder nicht bebaut werden. Dass eine Stadt wie Luxemburg in den letzten Jahrzehnten nicht dynamischer gewachsen ist, ist eigentlich unverständlich, dass sie immer noch mit einem aufgemotzten Bebauungsplan aus den 1980-er

Jahren arbeitet, ebenso. Dass diese wenig dicht besiedelte ehemalige Kleinstadt im Jahr 2017 auf dem Weg zu einer 500 000-Einwohner-Stadt mit einem viel breiteren Radius sein sollte, ja müsste, ist urbanistisch eine Evidenz, politisch jedoch eine Utopie.

Dass dem so ist, hat viel mit den Eigentumsverhältnissen in Luxemburg zu tun. Einige wenige große Promotoren (ungefähr fünf an der Zahl) und viele kleinere Besitzer haben über die Jahre in Immobilien und Ländereien investiert. Sie haben, aus Kalkül oder weil ihr Vermögen es ihnen erlaubt, Land und Immobilien aufgekauft, die sie nicht zum Verkauf oder zur Vermietung freigeben und auch nicht (im Fall von Land) bebauen wollen. Dabei wird weiterhin auf Werterhöhung gesetzt und eine künstliche Knappheit auf dem Immobilienmarkt geschürt. Pure Spekulation also.

Das wirtschaftliche und politische Kalkül dahinter hat Robert Shiller, Wirtschaftsnobelpreisträger, in einem rezenten Artikel¹ beschrieben. Auf die Frage, warum die Einwohner in manchen Städten es mit so hohen Preisen zu tun haben, antwortet er wie folgt: „Die Hindernisse können allerdings auch politischer Natur sein. Umfangreicher Wohnungsbau für Menschen mit moderatem Einkommen hätte enorme Auswirkungen auf die Erschwinglichkeit. Doch die Eigentümer teurer Immobilien haben wenig Anreiz, derartige Bauprojekte zu unterstützen, weil sie den Wert ihrer eigenen Anlagen mindern würden. Aus diesem Grund weigern sich Stadtverwaltungen oft, neue Bauprojekte zu genehmigen.“

Bei dieser Spekulation, die Immobilienpreise immer weiter in die Höhe treibt, machen Eigentümer ohne allzu große Weitsicht mit, aber eben auch meist konservative oder liberale Regierungen und Stadtverwaltungen: Das Preis-Einkommen-Verhältnis muss stimmen, auch wenn dadurch auf kürzere oder längere Zeit die Stadt zu einer sub-urbanen, uninteressanten Enklave für reiche Expats und einige vermögende, meist ältere Luxemburger, verkommt.

Der hinter diesem Phänomen steckende „Proprietarismus“, der bei uns weit verbreitet ist, hat auch einen politischen Hintergrund. Der französische Ökonom Philippe Askenazy beschreibt ihn wie folgt: „La rente foncière et immobilière bénéficie non seulement de mécanismes économiques mais aussi dans de nombreux pays de dispositifs fiscaux qui la favorisent. Ces derniers renforcent une forme du propriétaireisme, la volonté d'accession à la propriété, qui prospère avec l'allongement de l'espérance de vie. La jouissance de la propriété est de fait plus longue. Et la propriété constitue une forme d'assurance pour la retraite et éventuellement la dépendance. Un cercle économique-fisco-politique est créé. La propriété foncière dispose d'une assise croissante à mesure que les citoyens deviennent propriétaires de leur logement principal.“²

Diese Analyse gilt auch für Luxemburg: Das Eigenheim wird bei uns seit jeher steuerlich begünstigt. Doch auch über das Eigenheim hinaus ist das Investieren in Immobilien bei uns sehr interessant. Die Rendite ist attraktiver als bei einem finanziellen Investment, die Besteuerung ist schwach – keine Vermögenssteuer für Privatpersonen, keine Erbschaftsteuer in direkter Linie – die Grundsteuer ist niedrig, ja sogar die Steuer auf Immobilienspekulation ist nicht wirklich dissuasiv.

Weil der Besitz von Immobilien und Ländereien als oberstes gesellschaftliches Ziel gilt und unter der Luxemburger Wählerschaft so weit verbreitet ist, ist es kein Wunder dass die Luxemburger und auch sämtliche Parteien, die um die Wählergunst buhlen, in diesem Bereich äußerst zurückhaltend sind – dies schließt meine Partei, die LSAP, nicht aus. Daraus folgt jedoch auch, dass das Problem der Unerschwinglichkeit von Wohnraum nicht gelöst werden kann.

Wollen wir die Wohnproblematik wirklich in den Griff bekommen, so müssen wir anfangen, uns

Der Kampf gegen leerstehende Immobilien und Ländereien muss endlich ernst genommen werden, wenn es sein muss, durch dissuasive Besteuerung, die es wirtschaftlich unattraktiv macht, Objekte weiter leer stehen zu lassen

mit dem Proprietarismus und der Spekulation auf Immobilien und Ländereien auseinanderzusetzen. Die Gemeinden in Partnerschaft mit dem Staat müssen im Dialog mit Eigentümern und Promotoren schneller und effizienter Wohnraum schaffen. Ein Instrument hierzu könnte ein reformierter *Pacte logement* sein, der auch wirklich ernst genommen wird. Doch Staat und Gemeinden müssen auch vermehrt Vorkaufsrechte nutzen und gegebenenfalls Enteignungen vornehmen können, wenn private Eigentümer sich bei öffentlichen Bauprojekten, beispielsweise von Sozialwohnungen, mitzumachen weigern. Der Kampf gegen leerstehende Immobilien und Ländereien muss auch endlich ernst genommen werden, wenn es sein muss, durch dissuasive Besteuerung, die es wirtschaftlich unattraktiv macht, Objekte weiter leer stehen zu lassen. Die Gemeinden müssen endlich das Problem der Zweckentfremdung ernstnehmen und Büros aus Wohnhäusern vertreiben. Der Staat und die Gemeinden müssen vermehrt in den eigenen sozialen Wohnungsbau investieren.

Lassen wir das Phänomen der Immobilienspekulation weiter grassieren, bekommen wir außerdem ein Ungleichheitsproblem. Unsere Städte werden uninteressanter, normale Leute werden vertrieben; im Fall von Luxemburg schaffen wir tatsächlich ein Monaco des Nordens. Die Zeitschrift *Monocle*, die jedes Jahr ein Ranking der attraktivsten Städte erstellt, identifiziert erschwinglichen Wohn- und Arbeitsraum in Städten als einen der Hauptfaktoren für deren Attraktivität. Städte wie Wien, wo seit einem Jahrhundert sozialdemokratische Bürgermeister resolut in sozialen Wohnungsbau investiert haben, stehen ganz oben auf dieser Liste.

Eigentum verpflichtet eben auch. Man hat eine Wahl, was man mit seiner Immobilie oder seiner Länderei anstellen wird. Auch dieses Recht, wie alle anderen, ist nicht absolut, nein, es hat eine soziale Funktion. Auch und insbesondere in der Wohnungspolitik!

Ob die Luxemburger Politik die Courage hat, dieses Problem wirklich anzugehen, ist sehr zweifelhaft. Sogar eine LSAP hat viele kleine Eigentümer in ihrem Reihen, die DP und die CSV manche größere. Die wenigsten mögen eine jegliche Einschränkung ihres absoluten Proprietätsverständnis³. Das ist wahrscheinlich das größte Hindernis für eine couragierte Wohnungspolitik.

Solange in der Luxemburger Politik die Bürgermeister und Gemeindepolitiker das Sagen haben, wird die Wohnproblematik nicht zu lösen sein. Das Problem ist systemisch: Bürgermeister und Parlament fürchten sich vor grundlegenden Lösungen, die das Problem an der Wurzel packen könnten. Seit Jahren kann die Politik ja auch keine Reform der Grundsteuer durchsetzen, obwohl alle Wahlprogramme diese forderten. Doch wie warnt Robert Shiller: „Ungleichheit wird in der Regel durch den Vergleich der Haushaltseinkommen innerhalb eines Landes gemessen. Doch es besteht noch eine andere Art der Ungleichheit, und die hat mit der Erschwinglichkeit von Wohnungen zu tun. Die Auswirkungen dieser Form von Ungleichheit sind um nichts weniger beunruhigend als die der anderen.“

Franz Fayot ist Abgeordneter der LSAP und Präsident der *Stater Sozialisten*.

¹ Robert J. Shiller: „Wenn Wohnen zu teuer wird“, *Süddeutsche Zeitung*, 26.07.2017. Robert J. Shiller, 71, ist Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Yale. 2013 wurde er mit dem Wirtschaftsnobelpreis ausgezeichnet.

² Philippe Askenazy: *Tous rentiers !: Pour une autre répartition des richesses*. Odile Jacob économie, 2016, loc 890.

Compétitivité

WEF – WTF ?!

Juliette Ming

Les classements internationaux sont un peu comme l'hiver, ils reviennent sans cesse. Quoi de plus normal dans cette société où l'on passe son temps à regarder la taille de la voiture des voisins, où on met sur internet les photos de ses repas pour que d'autres les voient, où l'on vit en prenant les autres comme *benchmark* de notre ipséité ; pauvre de nous ! Forcément parce que l'État c'est nous, les États s'y mettent aussi, bien aidés en cela par des consultants qui leur « vendent » des *best practices*. Trivialement, nous sommes biberonnés aux comparaisons internationales qui sont du pain béni pour les commentateurs et analystes pressés, totalement indifférents au fait que ces classements manquent de justifications théoriques et empiriques.

Le *Global Competitiveness Report* du World economic forum (WEF) est sans doute le nec plus ultra en matière de hit-parade de compétitivité des pays, et chaque cru de ce rapport publié depuis 1979 est un énorme succès dans la presse internationale, toujours friande de comparaison, même s'il s'agit de comparer des poires et des carottes. On ne le dira jamais assez, mais la notion de « compétitivité des pays » est une idée fallacieuse sans valeur ajoutée

quand elle est assimilée aux fondamentaux de la productivité intérieure. Ainsi, quand le WEF définit la compétitivité des pays comme « l'ensemble des institutions, politiques et facteurs qui déterminent le niveau de productivité d'un pays », il dit une lapalissade dans le genre « la compétitivité c'est être compétitif » qui n'apporte rien de nouveau dans ce que nous savons déjà sur le niveau de développement des économies ; autrement dit, il s'agit de marketing à son meilleur niveau de néant !

La meilleure façon de se rendre compte de la vacuité de ce rapport est d'ailleurs tout simplement de s'y plonger sérieusement, chose pas très évidente car il fait plus de 300 pages. Et quand on s'y plonge, on y trouve des choses pour le moins surprenantes comme par exemple que seulement un tiers des plus de cent indicateurs qui permettent de faire le classement sont des données statistiques, que les deux tiers restants proviennent d'enquêtes d'opinion menées auprès de chefs d'entreprise invités à noter leur pays entre 1 et 7 sur un certain nombre de critères. Ce classement est donc un simple sondage avec toute la subjectivité que cela suppose. Un sondage pas forcément significatif d'ailleurs puisque ne sont concernées que 12 000

Une lapalissade dans le genre « la compétitivité c'est être compétitif » n'apporte rien de nouveau

entreprises dans 133 pays, soit une moyenne de 90 entreprises par pays. Quelle idée de croire que l'on puisse apprécier sérieusement la compétitivité d'une économie aussi complexe que la Chine en sondant les chefs d'entreprises de 396 entreprises ? C'est pourtant le pays avec le plus de répondants dans l'étude WEF. Pour le Luxembourg ont été retenues 43 entreprises !

De fait, le classement du WEF offre des repères, rien de plus, et ne mérite, sans doute pas, toute l'attention médiatico-politique qu'il reçoit.

Karl Marx und Luxemburg (2)

Karl Marx’ Luxemburger Kommilitonen in Bonn

Romain Hilgert

Nach seiner Kindheit und Jugend in Trier (*d’Land*, 8.4.2016) wurde Karl Marx von dem um den sozialen Aufstieg seines Sohnes besorgten Heinrich Marx an die Universität Bonn geschickt, damit er, wie sein Vater, Recht studierte.

Im Oktober 1835 war der Siebzehnjährige mit der Postkutsche oder dem Schiff nach Bonn gereist. Bonn war zu der Zeit etwa so groß wie Trier. Die sehr junge Bonner Universität war in Marx’ Geburtsjahr 1818 gegründet worden, nachdem das Rheinland 1814 preußisch geworden war. „Hochangesehene Wissenschaftler lehrten bald an der neuen Universität: der Jurist Karl Theodor Welcker, der Philosoph und Dichter Ernst Moritz Arndt oder August Wilhelm Schlegel und Barthold Georg Niebuhr, angesehene Theologen beider Konfessionen. Es wurde attraktiv, an dieser Universität zu studieren, und – es war angenehm, in dieser kleinen Stadt am Rhein zu leben.“¹

Laut *Amtlichem Verzeichnis* ließ Karl Marx sich am 17. Oktober 1835 mit Namen, Studienfach, Geburtsort, Immatrikulationsdatum und Wohnort einschreiben: „Marx, Carl | Jura | Trier | 17. Oct. 1835 | 764 Josephstr.“² Er belegte, zuerst sehr fleißig und aufmerksam, so die Abgangszeugnisse, im Wintersemester 1835-1836 Vorlesungen über Enzyklopädie des Rechts, Institutionen, römisches Recht, Mythologie, homerische Fragen und neue Kunstgeschichte sowie, weniger fleißig, im Sommersemester 1836 Naturrecht, deutsche Rechtsgeschichte, europäisches Völkerrecht und Properz.³



David Levy-Elkan, *Trierer Studenten vor dem „Weißen Roß“ in Godesberg. Der sechste Student von rechts in der hinteren Reihe mit schwarzen Locken ist möglicherweise der 18-jährige Karl Marx*

Das erste Studentenzimmer von Karl Marx in Bonn war in der Josephstraße auf Nummer 764. Das ursprüngliche Haus ist 1944 zerstört worden. Heute befinden sich dort die Apartmenthäuser 29-31.⁴ Im Sommersemester 1836 wohnte er dann „I Stockenstr.“⁵, „womit er mitten im Stadtzentrum wohnte – ganz nahe am Bonner Markt und an der Universität und nur wenige Schritte zur Gastwirtschaft ‘Ruland’“⁶ Auch dieses Gebäude wurde im Zweiten Weltkrieg zerstört. Heute befindet sich dort das Bio-Restaurant „Zucchini“, an dessen Fassade 1989 eine Gedenktafel angebracht wurde.

Unter den rund 200 Kommilitonen von Karl Marx an der juristischen Fakultät waren auch vier Studenten aus Luxemburg. Einer von ihnen, Pierre Lieger, studierte damals laut *Amtlichem Verzeichnis* schon seit zwei Jahren in Bonn: „Lieger, Peter | Jura, | Luxemburg, | 24. Oct.1833 |, 1109 Brüdergasse“⁷ Im Sommersemester 1836 lautete seine Adresse „1152 Sternthor“.⁸ Peter Lieger (1811-1868) war 1833 mit einem Empfehlungsschreiben seines Deutschlehrers am Luxemburger Athenäum, des liberalen Reformpädagogen Heinrich Stammer, nach Bonn gekommen. Stammer hatte am 18. Oktober 1833 den gleichgesinnten Gutsbesitzer und Politiker Karl Stedmann gebeten: „Der Überbringer dieses ist mein ehemaliger Schüler, Peter Lieger von hier, der durch die gütige Unterstützung des H[errn] Professors Bettmann-Holweg in Bonn in Stand gesetzt ist, die dortige Hochschule zu besuchen. Vielleicht bedarf er ja zuweilen Ihres Rathes. In diesem Falle

versagen Sie ihm denselben nicht.“⁹ Nach seinem Studium wurde Peter Li[e]ger laut *Memorial* 1843 Untersuchungsrichter in Diekirch, 1845 Untersuchungsrichter in Luxemburg und 1853 Staatsanwalt in Diekirch.¹⁰ Er starb 1868 als Obergerichtsrat.¹¹

Drei Wochen nach Karl Marx schrieben sich drei weitere Luxemburger in Bonn ein. Es waren Söhne von Großgrundbesitzern. Universitätsstudien waren ein Privileg für Kinder reicher Eltern. Aber es sollte noch Jahre dauern, bis Marx die politische Ökonomie entdeckte. Seine Eltern waren weniger wohlhabend. Am 19. März 1836 ermahnte ihn Vater Heinrich, weil er „etwas über die Schnur gehauen“ hatte, sparsamer zu sein. Auch wenn er „alles recht gerne thue, daß ich aber als Vater von vielen Kindern – und Du weist recht gut, ich bin nicht reich – nicht mehr thun will, als zu Deinem Wohl und Fortkommen nothwendig ist“.¹²

Offenbar kannten sich die angehenden Studenten aus Luxemburg. Sie waren möglicherweise gemeinsam nach Bonn gereist, denn sie schrieben sich zeitgleich ein und wohnten an derselben Adresse, 14 am Markt. Dazu gehörte „Schintgen, Jean Pierre Alexander | Jura | Krauthon b. Luxemburg | 7. Nov.1835 | 14 am Markt“.¹³ Im Sommersemester 1836 wurde sein Geburtsort richtiger „Krauthem“ geschrieben. Seine Adresse in Bonn war nun „1152 Sternthor“.¹⁴ Alexander Schintgen sollte später Anwalt und *Propriétaire-Rentier* in Crauthem werden. Er war von 1876 bis 1886 Bürgermeister des Dorfes, in dem noch heute eine Straße nach ihm benannt ist. Zu den Kammer-

*burger Landes*¹⁷ hatte Charles Arend das Leben des Gutsbesitzers aus Bettendorfer Adelsgeschlecht und Sohns des orangistischen Politikers Karl-Anton-Augustin d’Olimart zusammengefasst: „Johann-Heinrich-Adolf d’Olimart erblickte das Licht der Welt am 14. Februar 1815 auf Schloß Bettendorf, als Sohn von Karl-Anton-Augustin d’Olimart und dessen Gattin Maria-Klara-Desiderata-Hyazintha de Neunheuser. Nach Absolvierung seiner Humaniora am Athenäum zu Luxemburg und seiner Universitätsstudien zu Lüttich, Bonn und Heidelberg, ernannte ihn die Regierung zum Großherzoglichen Oberförster [...] Er war Mitbegründer und langjähriger Präsident (1855-1870) der Großherzoglichen Ackerbau-Gesellschaft. Vom 25. April bis zum 28. Juli 1848 vertrat A. d’Olimart den Kanton Diekirch in der Ständekammer.“

Mit ihm in Bonn studierte auch der ein Jahr jüngere „d’Olimart, Joseph Ernst Louis | Jura | Luxemburg | 7. Nov.1835 | 14 am Markt“. Im Sommersemester 1836 wurde seine Adresse mit „1105 Brüdergasse“ angegeben. Nach dem Studium wurde der 1816 geborene d’Olimart „zum Substituten des Staats-Anwalts beim Bezirks-Gerichte zu Luxemburg, und als solcher zur Verfügung des General Staats-Anwaltes, wird ernannt der Herr Joseph Ernst Ludwig d’Olimart, jetzt Advokat bei dem Obergericht und dem Bezirksgericht von Luxemburg“.¹⁸ Später wurde „zum Staatsanwalt bei demselben Gerichte Bezirksgericht Luxemburg: der Hr. Joseph Ernst Ludwig d’Olimart Substitut“.¹⁹ Schließlich wurde „Der Herr Joseph d’Olimart, Staatsanwalt beim Bezirksgerichte zu Luxemburg, [...] zum General-Advokaten beim Ober-Gerichtshof ernannt.“²⁰

Es gibt keine Hinweise über Kontakte zwischen dem jungen Marx und den vier Luxemburgern, die zusammen mit ihm Jura studierten. Denn über seine Studienzeit in Bonn existieren kaum verlässliche Informationen. Etwa über seine mögliche Zugehörigkeit zu einer der oft verbotenen Studentenvereinigungen: „Die in diesem Brief vom Vater erwähnte ‘Kneipe’ könnte ein Hinweis auf die Teilnahme Karls an der studentischen ‘Trierer Tischgesellschaft’ sein, die sich erst nach Karl Marx’ Weggang aus Bonn zum Corps Palatia konstituierte. Für die Mitgliedschaft von Karl Marx zur Trierer Tischgesellschaft oder gar für die oft behauptete Funktion als einer ihrer Vorsitzenden gibt es keine zeitgenössischen Belege. Eine Mitgliedschaft in dieser seit 1832/33 existierenden ‘Kamelklique’, die älteste der ‘losen Stammtischgesellschaften’ in Bonn, deren ‘Aufblühen’ im Zusammenhang mit der verschärften politischen Überwachung studentischer Verbindungen stand, liegt aber schon herkunftsbedingt nahe, da ehemalige Mitabiturienten von Marx aus Trier, die teilweise auch bei Schlegel in der Vorlesung saßen, definitive dazugehörten.“²¹

Von der Trierer Tischgesellschaft ist ein Kneipenbild erhalten, eine auf 1836 datierte Lithografie von David Levy Elkan (1806-1865). Es zeigt 32 Studenten vor dem Ausflugslokal „Zum Weißen Roß“ in Godesberg. „Es waren zu 50% angehende Juristen [...] Nur wenige stammten zu diesem Zeitpunkt aus Trier selbst. Viele verschiedene Städte tauchen hier auf: Aachen, Saarbrücken, Saarlouis, Koblenz und andere Städte am Mittelrhein, Eifel- und Hunsrückorte. Drei Ostfriesen sind hier auch bereits zu finden.“²² Einer von ihnen ist möglicherweise Karl Marx. Von den angehenden Luxemburger Juristen scheint keiner zur Trierer Tischgesellschaft gehört zu haben und auf dem Souvenirbild abgebildet worden zu sein.

Das Bild galt bis heute als das einzige Jugendporträt von Marx. Bis eine Zeichnung auftauchte, die sein Trierer Kommilitone, der spätere Arzt, Botaniker



Die Universität Bonn, wenige Schritte von der Stockenstraße entfernt



Heinrich Rosbachs bisher unbekanntes Porträt des 17- oder 18-jährigen Karl Marx als Student in Bonn wird nächstes Jahr in der Trierer Marx-Ausstellung erstmals öffentlich ausgestellt

Vier junge Luxemburger studierten zusammen mit dem 17-jährigen Karl Marx an der Bonner Universität Recht

und Maler Heinrich Rosbach (1814-1879), anfertigte. Constantin Knyrim schenkte vergangenes Jahr die 4 x 7 cm große Bleistiftzeichnung aus dem Familienbesitz dem Trierer Stadtmuseum Simeonstift, sie soll ab Mai nächsten Jahres in der großen Marx-Ausstellung erstmals ausgestellt werden. Heinrich Rosbach aus Trier war im Wintersemester 1835-1836 als Medizinstudent eingeschrieben und wohnte auf 1103 Brüdergasse, war also ein Nachbar der Luxemburger.

Im Februar oder Anfang März erwähnte Vater Heinrich Marx in einem Brief an Karl Marx dessen Zugehörigkeit zu einem literarischen Zirkel: „Dein Kränzchen spricht mich, Du glaubst es, besser an, als die Kneipe.“²³ Es ist unbekannt, um welchen Dichterkreis es sich handelte. Eine mußische Veranlagung der Luxemburger Studienkollegen ist nicht bekannt.

Laut dem im Archiv der Bonner Universität aufbewahrten Karzerbuch musste Marx am 16. Juni 1836 eine eintägige Karzerstrafe „wegen nächtlichen Lärmens auf der Straße absitzen“, im Abgangszeugnis heißt das „Trunkenheit“. Im Mai oder Juni 1836 fragte der Vater: „Und ist denn das Duellieren so sehr mit der Philosophie verwebt?“²⁴ Laut Abgangszeugnis sei Marx angezeigt worden, weil er „verbotene Waffen in Köln getragen habe“.²⁵

Also unterschrieb Heinrich Marx am 1. Juli 1836 die Anweisung: „Ich ertheile meinem Sohn Carl Marx nicht allein die Erlaubniß, sondern es ist mein Wille, daß er das nächste Semester die Universität zu Berlin beziehe, um daselbst seine zu Bonn angefangenen Studien der Rechts- und Ka-

meral Wissenschaft fortzusetzen.“²⁶ Im Oktober 1836 nahm der achtzehnjährige Karl Marx sein Studium in Berlin auf. Auch von seinen Luxemburger Kommilitonen studierte im Wintersemester 1836-1837 keiner mehr in Bonn.²⁷

¹ Palatia. 150 Jahre Corps Palatia Bonn 1838-1988, Bonn, Altherrenverband des Corps Palatia, 1988, S. 5

² Amtliches Verzeichnis des Personals und der Studierenden auf der Königlichen Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn für das Winter-Halbjahr 1835-36. Aufgestellt von Krüger, erstem Pedell der Königlichen Universität.

³ Eberhard Gockel, *Karl Marx in Bonn*, Bonn, Bonner Künstlerhaus, 1989, S. 13

⁴ Gockel, S. 34

⁵ Amtliches Verzeichnis, Sommer-Halbjahr 1836

⁶ Ingrid Bodsch, „Karl Marx und Bonn. 1835/1836 und 1841/1842“, in: *Dr. Karl Marx. Vom Studium zur Promotion – Bonn Berlin, Jena, Bonn*, Stadtmuseum, 2012, S. 17

⁷ Amtliches Verzeichnis, Winter-Halbjahr 1835-36

⁸ Amtliches Verzeichnis, Sommer-Halbjahr 1836

⁹ Gast Mannes, Roger Muller, *Heinrich Stammer und der Bund Polyhymnia*, Differdingen, Mersch, Phi, CNL, 2009, S. 173

¹⁰ Memorial, Nr. 13/1843, Nr. 1/1845, Nr. 88/1853

¹¹ Luxemburger Wort, 21. November 1868, S. 4

¹² Mega2, III/1, S. 296

¹³ Amtliches Verzeichnis, Winter-Halbjahr 1835-36

¹⁴ Amtliches Verzeichnis, Sommer-Halbjahr 1836

¹⁵ *Courrier du grand-duché de Luxembourg*, 10. Juni 1866, S. 1

¹⁶ Luxemburger Wort, 16. Dezember 1898, S.3

¹⁷ Charles Arendt, *Porträt-Galerie hervorragender Persönlichkeiten aus der Geschichte des Luxemburger Landes*, Luxemburg, Huss, 1910 S. 46

¹⁸ Memorial, Nr. 13/1843, S. 174

¹⁹ Memorial, Nr. 58/1848, S. 471

²⁰ Memorial, Nr.88/1853, S. 773

²¹ Ingrid Bodsch, S. 19

²² Palatia, S. 9

²³ Mega2, III/1, S. 293

²⁴ Mega2, III/1, S. 297

²⁵ Ingrid Bodsch, S. 21

²⁶ Mega2, III/1, S. 299

²⁷ Amtliches Verzeichnis, Winter-Halbjahr 1836-37

Die kleine Zeitzeugin

Wer hat Angst vor dem Normalen Mann?



Waffen für normale Männer. Gun Show in Houston/Texas

Michèle Thoma

Schon wieder sitzen alle da und sagen Normaler Mann. Sie sitzen bekloppt da und zerkrümeln einen Keks und sagen Normaler Mann. Es war der Normale Mann. Kommentatoren sagen Normaler Mann und der Bruder sagt Normaler Mann und der Nachbar sagt Normaler Mann, nur der Präsident sagt Kranker Mann, der Präsident ist ja auch nicht normal. Die Nachrichtensprecherinnen sagen Normaler Mann und die Kommentatoren und der Waffenhändler. Sie brauchen nicht nach dem normalen Mann zu fahnden. Er ist tot. Aber das beruhigt niemand. Er ist nämlich überall. Nach all dem, was wir hören über den Normalen Mann, kennen wir ihn alle. Ein netter Kerl, eigentlich. Er arbeitet mit uns, er wohnt neben uns, er ist mit uns verheiratet. Keiner weiß, wer er ist.

Extrem unauffällig, lautet die Erstdiagnose. Aber dann doch nicht so extrem extrem unauffällig, dass man ihn als Unauffälligkeitsextremisten hätte einstufen können. So auffällig unauffällig wie der im Trenchcoat mit der Zeitung mit dem Loch in schwarz-weißen Krimis. Solche gibt es sowieso nicht mehr. Die kleinen grauen Männer aus der Kindheit, die alle zur gleichen Zeit das gleiche Haus verlassen, das sie zur gleichen Zeit wieder betreten; schweigend ziehen sie ihren grauen Mantel aus, hängen den grauen Hut hin, setzen sich mit grauem Gesicht zu Tisch, dann verschwinden sie wieder in ihrem grauen Alltag.

Alle haben jetzt Tattoos oder einen Buddha oder einen Tick, den sie im Fernsehen outen, aber auch das ist schon vorbei, wir kennen schon alle Ticks, Menschen die sich freiwillig Gliedmaßen amputieren lassen, weil sie darauf stehen, so hat jeder seinen Vogel. Jeder kann sich selber (er)finden, bitte schön, entwerfen Sie sich selber. Jeder will was sein, das Allerhöchste, zum Beispiel man selber. *Be yourself!* So was stand früher nur den höchsten Ständen zu. Heute hat jede Putzfrau das Recht, Traumpflegerin zu sein, vorausgesetzt natürlich, sie hat die Energie dafür. Wer will noch Otto Normalverbraucher sein, oder Konsument Kevin, wer will ein Massenmensch sein? Massenmordmensch klingt doch gleich viel besser.

All das macht es ja noch komplizierter. Er ist nicht einfach der Perverse, der freundlich grüßt und so auffallend nett zu allen ist, mittelgroß, mittelblond, Mittelschicht. Da hätten die Profilerinnen ja noch Anhaltspunkte, so einen könnte man ja noch melden, besser einmal zu viel als zu wenig. Aber der wirklich Normale, der so normal ist wie unsere Gesellschaft, nämlich gar nicht, wie soll man den erkennen? Er liegt nicht unter unserm Bett, er liegt in unserm Bett. Und er ist nicht mal immer nett.

Einst, in der guten alten Zeit, war das Leben einfach, vergleichsweise. Im *Who is Who* waren die Rollen übersichtlich verteilt, hier die Guten, da die Ausgeburten des Bösen. In dem Moment, in dem der Herr mit dem eckigen Bart, der Pluderhose, dem sperrigen Gepäckstück und der negativen Ausstrahlung die Szene betrat, empfahl es sich, sich zu empfehlen. Unauffällig nahm man die Hasenfüße in die Hand. So einfach blieb es natürlich nicht lange, die Knallköpfe mit den Sprenggürteln unterschieden sich immer weniger von allen anderen Knallköpfen ohne Sprenggürtel, sie waren genauso versoffen, verkifft, verhurt, nicht einmal das schien sie zu heilen, was denn, um Gotteswillen? Vielleicht hatten sie ein bisschen mehr Hautfarbe als die hautfarblose Mehrheit. Die dicken, blonden Konvertiten zog es ja eher ins gehobene Management oder auf den Predigtstuhl. Die unauffälligen Jungs starteten genau so gestresst auf ihren Iphone wie wir gestresst auf sie. Jeder Zweite konnte Er, Der sein. Der Eine schaute immer mehr aus wie jeder Andere.

Quasi wie ein normaler Mann. Als hätte der uns nicht sowieso schon genug genervt in der letzten Zeit, überall gespenstische Bewegungen normaler Männer, die wieder alles normal wollen, sie bewegen sich starr, ruckhaft, rückwärts. In den USA wählen diese normalen Männer einen anormalen Präsidenten.

Mr. X, der normale Mann.

Komisch, ich hab das Gendern ganz vergessen. Ich hab die normale Frau ganz vergessen. Aber da fällt mir nur Merkel ein. Und so viel Angst macht die im Moment niemandem.

Zu Gast

Veränderung beginnt in der Gemeinde

Ali Ruckert

Würde man der Lächerlichkeit einen Preis verleihen, hätte man während der vergangenen Wochen die Qual der Wahl gehabt, denn allenthalben fanden in den Gemeinden alle möglichen und unmöglichen Einweihungen statt. Jeder Pflasterstein, der neu verlegt wurde, war es würdig, zumindest einmal eingeweiht zu werden, und die „presse amie“ sorgte dafür, dass die Untertanen mitbekamen, wie sich die Lokalfürsten mit Spaten oder Schere in der Hand „im Interesse des Gemeinwohls“ in Pose warfen.

Neben den Bändchenschneidern und Spatenträgern war die Spezies der Ankündigungspolitiker tag- und nachtaktive, und der Zahl der kommunalen Fantasy-Projekte, die anschließend nie verwirklicht werden, ist inzwischen keine Grenzen mehr gesetzt.

Gegenwärtig erleben wir eine Phase, in der alles möglich scheint. Was machen die „staatstragenden“ Parteien nicht alles für Versprechen auf kommunaler Ebene, um die Wählerinnen und Wähler dazu zu bewegen, ihre Kreuze „an der richtigen Stelle“ zu machen. Dabei wissen sie selbst, dass sie in vielen Fällen gar nicht in der Lage sind, ihre Versprechen auch nur annähernd zu erfüllen. Sie spekulieren ganz einfach auf die Vergesslichkeit der Menschen und darauf, dass es ihnen dank eines propagandistischen Trommelfeuers, das die ihnen Parteienfinanzierung ermöglicht, immer wieder gelingen wird, bisher uneingelöste Versprechen durch neue zu ersetzen, ohne dass das hinterfragt wird.

Ali Ruckert ist Präsident der Kommunistischen Partei Luxemburgs

Karawanserei

Der Barbier von Kerala

Seinen Namen hat Selmer irgendwo niedergeschrieben. Doch er müsste lange suchen, um ihn wiederzufinden. Er weiß nur noch, dass es ein landestypischer Name war, ein Vorname, wie ihn Friseure in Marokko, Vietnam und in den Ländern Südamerikas nun einmal tragen. So auch in Indien.

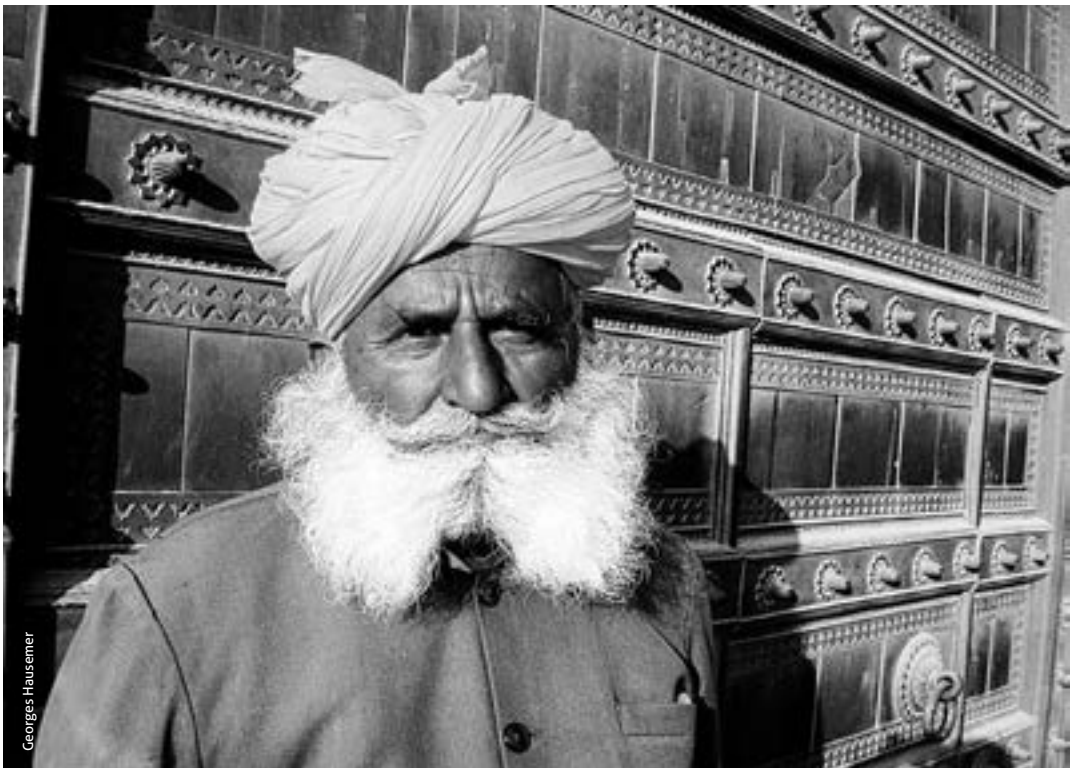
Der einstweilen also namenlose Keralate kam aus Alleppey angereist und hängte Selmer ein zwar altes, aber immer noch blütenweißes Bettlaken um. Von den Schultern bis zu den Zehenspitzen, alles von Selmer war bedeckt. Zunächst verteilte der südindische Barbier eine schmierige Salbe auf Selmers Gesicht. Anschließend trug er nicht mit einem Pinsel, sondern mit den bloßen Händen wohlriechenden Seifenschäum auf seinem Bart auf und begann seine eigentliche Aufgabe zu erledigen. Sogleich kam das gefähr-

lich funkelnde Bartmesser zum Einsatz. Beinahe kontaktlos ließ der Friseur es über die Stoppeln gleiten, die fast unmerklich kürzer und kürzer wurden und am Ende vollständig verschwunden waren. Genüsslich wischte er das Messer mit dem Gemisch aus Seife und winzigen Barthärchen an der Stelle des Betttuchs ab, das straff auf Selmers Schulter lag.

Damit war die Arbeit des Mannes aus Alleppey aber noch lange nicht getan. Eine weitere Portion Schaumseife kam zum Einsatz. Sie wurde flächendeckend auf Selmers Schädel verteilt, Zentimeter um Zentimeter. Selmer vernahm das gleichmäßige Ein- und Ausatmen seines Friseurs so lange, bis sich ihm das Kinn auf die Brust senkte, seine Augenlider unendlich schwer wurden, zufließen und Selmer seinerseits in regelmäßigem Rhythmus zu atmen begann.

Minutenlang bekam er nichts mehr mit von dem, was an ihm und um ihn herum passierte. Umso erschrockener war er, als der emsige Inder ihm das Laken vom Körper riss, so wie ein Torero sein Tuch vor dem anrennenden Stier wegzieht, hinter seinem Rücken einen Spiegel hervorzauberte und seinem ziemlich entsetzten Kunden einen Männerkopff offenkarte, der sich frei von jeglichem Bewuchs präsentierte. Eine Glatze!

Es dauerte ein paar Tage, bis Selmer sich mit der neuen Situation anfreundete. Doch dann war es gut, und schon wenige Wochen später beschloss der nun bereits nicht mehr komplett Barhäuptige, sich Gedanken über seine nächste Indienreise zu machen. Am Ende kam diese dann doch erst sieben Jahre später zustande. Zu einer Zeit, als vielen Reisenden bereits von Natur aus der größte Teil ihrer Kopfbehaarung abhanden gekommen war. Hr.



Hotelportier: Geht wohl nur selten zum Schneiden zum indischen Barbier



Sven Becker

tablo

Elle semble encore dubitative ici, l'artiste Su-Mei Tse, lors du montage de son exposition *Nested*, en début de semaine au Mudam. Sa première grande exposition personnelle au Luxembourg, après la monographie que lui avait consacrée le Casino Luxembourg en 2006 et la grande salle qui lui était réservée dans le cadre de *Atelier Luxembourg – The Venice biennale projects*, en 2013 au Mudam, est très attendue, puisqu'elle permettra de découvrir les œuvres récentes de cette artiste majeure de la scène autochtone, qui avait remporté le Lion d'or à Venise en 2003. Entre musique et arts visuels, Su-Mei Tse va de plus en plus vers la réduction des moyens pour des questions éternelles, comme la contemplation ou notre relation à la nature et au temps. Le vernissage aura lieu ce soir, à partir de 18 heures, en parallèle à *Flatland – Abstraction narratives* et l'annonce de la nouvelle direction. jh

Musiques



Transe en barres

No Metal In This Battle présentera son premier album *Paprika* ce soir aux Rotondes. Ces huit nouvelles plages taillées pour la scène confirment le filon développé par le quartet, à savoir du postrock lorgnant vers un afrobeat aussi tendu et sec que la musculature d'un guerrier masai ! Rythmiques hypnotiques, piano électrique et guitares réverbérées s'accordent pour créer une fièvre dansante et improbable, où seraient conviés l'âpreté de Fugazi, les délires progressifs de 90 Day Men et le groove d'un Tony Allen. Pour bien démarrer la soirée, le trio Tvesla se chargera de mettre le feu aux poudres avec son *noise rock groovy* de derrière les fagots partageant avec No Metal un même amour des plages instrumentales et hypnotiques. da



Le retour des mauvaises graines

Nick Cave & the Bad Seeds se produiront à la Rockhal mardi 11 octobre. Épaulé par sa formation fétiche, l'émblématique Australien avait sorti en 2016 son dernier album, le bien nommé *Skeleton Tree*, placé sous le sceau du deuil de son fils. La tournée actuelle en fait d'ailleurs sa pièce de résistance comme en témoignent les *setlists* ayant fuité des concerts révolus. Cependant, comme Cave le confiait encore récemment au *Guardian*, c'est l'occasion de donner à son audience « un show inspiré et épanouissant, que les gens puissent se sentir mieux qu'à leur arrivée, et non une sorte de contagion empathique traversant la foule et lui mettant le moral à zéro ». da

Théâtre



Émerveillements

Formellement, le nouveau spectacle du Canadien Robert Lepage rappelle singulièrement *Eraritjaritjaka* de Heiner Goebbels, vu il y a quelques années sur la même scène du Grand Théâtre : 887 – *Ex Machina*, qui sera joué ce soir et demain, mêle lui aussi toutes les formes de narration, brouille les échelles, fait des sauts temporels dans la vie de Lepage. Il y raconte les années 1960 au Québec – et sa lutte pour la reconnaissance de son identité francophone – vues à travers les yeux de l'enfant qu'il fut alors. Avec les moyens du texte, de l'image filmée et du jeu d'acteur, il crée de l'émerveillement, autour de la question du souvenir et de la mémoire : Qu'est-ce qu'on retient de son enfance et qu'est-ce qu'on en oublie ? jh



À boire et à... détester

Mais bien sûr, s'est-on dit en découvrant le programme du Kasemattentheater : c'est évident qu'Anne Simon *doit* mettre en scène Sibylle Berg. La metteure en scène luxembourgeoise partage avec l'auteure germano-suisse un talent pour l'observation sans concession de ses concitoyens et de leur méchanceté, exacerbée par les réseaux sociaux. *Viel gut essen*, créé en 2014, c'est en ce moment à Bonnevoie, avec Nickel Bösenberg, Pitt Simon et Marly Marques. jh

Art contemporain



Faire un saut

L'appel à candidatures pour le Luxembourg encouragement for artists prize (Leap), édition 2018, vient d'être lancé. Organisé par les Rotondes et financé par l'étude d'avocats Allen & Overly, le prix est un des mieux dotés au Luxembourg. Il récompense tous les deux ans un/e jeune artiste « s'étant distingué au cours des trois dernières années sur le plan national ou international », sans qu'il ou elle ne doive produire de nouvelle œuvre. Les quatre finalistes seront exposés en mars 2018 à la Rotonde 1 et pourront publier un catalogue. Le lauréat, annoncé lors du vernissage, se verra attribuer 12 500 euros, sans autre condition. Un jury de cinq professionnels internationaux de l'art – sensiblement les mêmes qu'en 2016 – départagera les dossiers de candidatures, à soumettre jusqu'au 10 novembre via rotondes.lu/leap. jh



Nouveaux rituels

Dans son documentaire artistique *To each his own mask*, l'artiste belge Tine Guns se consacre aux niveaux rituels des alter-mondialistes, comme celui de porter un masque, rituel carnavalesque par excellence, pour échapper au contrôle d'État. Kevin Muhlen a programmé le film dans la *Black Box* du Casino Luxembourg, où il est visible depuis cette semaine. jh

Luxemburgensia



Disparition

La Bibliothèque nationale vient d'adapter son site Internet www.bnl.lu à la dernière mode en la matière : illustrations élégantes sur toute la largeur de l'écran, formats ajustables pour la consultation sur le téléphone mobile, menus en forme de jalousies, « coups de cœur de l'équipe », agenda, etc. Le seul élément qui manque sur la page d'accueil et dans les menus est l'accès au catalogue. Et sans catalogue sérieux, une bibliothèque n'existe pas. Il y a, bien sûr, l'offre de profiter du « portail de recherche unifié *a-z.lu* » de 81 bibliothèques luxembourgeoises, mais c'est un service de recherche consultable à l'aide d'un ou de plusieurs mots clefs, façon Google. Et qui vous sort, façon Google, pêle-mêle des dizaines de milliers de réponses, livres, articles, plein texte et images confondus et sans hiérarchie fiable. Tandis qu'un catalogue permet des recherches bibliographiques ciblées sur des auteurs, des titres, des éditeurs, des années et des lieux de publication pour arriver à un but précis, des données, « filtrables » avec un océan de données, « filtrables » avec plus ou moins de chance. Les lecteurs avisés se racontent que les gentils dames et messieurs à la réception de la bibliothèque sont encore prêts à partager *offline* des anciennes adresses comme <http://catalog.bibnet.lu>. rh.



Exposition



Sou ass dat an der Stad

Depuis la fin de la grande époque du photojournalisme dans les magazines sur papier glacé, remplacés par Internet, on appelle parfois un peu rapidement *street photography* cette photographie documentaire du quotidien, qui capte la banalité même de la vie des gens dans la rue, sans qu'il n'y ait de massacre ou de grande liesse populaire, juste les hasards du moment, la poésie des petites choses, la vie comme elle va. *Leit an der Stad*, qui s'est ouverte hier soir, est une grande exposition photographique au Lëtzebuerg City Museum qui montre « les instantanés du quotidien » sur le territoire de la capitale. Avec quelque 200 photos, issues surtout des collections de la Photothèque, de celles du musée et de fonds privés, l'exposition retrace 70 ans de vie quotidienne, avec le travail de gens comme Pol Aschman ou Édouard Kütten, mais aussi de photographes vivants, dont le collectif Street Photography Luxembourg (photos de Véronique Fixmer, en haut, et de Paul Bintner / steetphoto.lu). jh

Export



Demain il pleuvra

Morgen ist Regen, devenu plus tard *Venezuela*, est une des meilleures pièces d'un auteur contemporain luxembourgeois jamais écrites. En l'occurrence par Guy Helming, qui vit et travaille depuis des décennies à Cologne. En 2004 au TNL, Anna-Maria Krassnigg avait créé la pièce qui raconte la vie sans perspective de cinq adolescents, tuant le temps en faisant du *trainsurfing*, soit de s'accrocher aux trains ou métros lancés à toute vitesse. Le Venezuela est pour eux un ailleurs mythique parce que leur ami Fraggel y aurait émigré. En treize ans, la pièce a aussi été montée en *Hörspiel* (pièce radiophonique) à la radio allemande, avant qu'elle ne soit traduite en français par Anne Monfort et créée dans cette version à Paris, au Théâtre 13. Le metteur en scène Patrick Douchet a inventé une véritable chorégraphie dans un décor de fin du monde, où se croisent musique (de Rone), vidéo, danse et jeu d'acteur (images extraites de la bande-annonce). La première de la pièce aura lieu mardi 10 octobre, elle sera jouée jusqu'au 22, et le 17, l'auteur sera sur place pour un échange avec le public et l'équipe artistique (theatre13.com). jh



Theater

Dieses stechende Schnattern unter der Schädeldecke

Claude Reiles

„Bis gestern war der Herbst mild gewesen.“ Es ist dieser erste Satz, mit dem Sprecher Matthias Brandt die Wende einläutet. Robert leidet, sein Hirn ist erfüllt von Erschütterung und Nebelschwaden. Mit Unterstützung seines Freundes Edgar zieht er sich in ein verlassenes Küstenhaus zurück. Körper und Geist rufen nach Ruhe. Die Trauer um seine Gattin Leonore beherrscht sein Wesen gänzlich. Seine schattige Seele spiegelt sich in der Küstenlandschaft, den Wänden, dem Mobiliar. Eines Nachts schlägt ein schwarzer Rabe gegen die Eingangstür. Robert wird aus dem Schlaf gerissen, wagt einen Schritt aus dem Haus, betrachtet den sterbenden Vogel, verweigert dem Tier anfänglich jedoch den Gnadenstoß, möchte diese Verantwortung dem Nachtfrost übertragen.

In der Folge, immer dann, wenn die Flut kommt, ziehen erst Hunderte, dann Abertausende von Sperlingen, Möwen und Raben über die Lande, über das Strandhaus und zischen im Sturzflug gegen Glasscheiben, zermahlen das Mauerwerk, schnattern durch den Kamin, zerren mit Schnabel und Krallen an Kleidung und Haar. Aus einem alten Radio vernimmt Robert die Stimme des Nachrichtensprechers: Der Notstand sei über das gesamte Land ausgerufen worden. Am Ende, ein weiteres Mal im Schlepptau der Flut, spricht der Erzähler krächzend und zuckend: „Es ist zwei Uhr – sie kommen wieder“. Die Spots auf der Bühne erlöschen jäh.

Mit der literarisch-musikalischen Collage *Angst* betreten Grimme-Preisträger Matthias Brandt und der Komponist Jens Thomas ein weiteres Mal die Bühne des Cube 521 in Marnach, nachdem das Duo 2016 bereits mit Robert Blochs *Psycho* überzeugte. Brandts Vortrag beschränkt sich keineswegs auf Daphne du Mauriers *The Birds* aus dem Jahre 1952. Ihre Kurzgeschichte bildet lediglich die klimatische Grundlage für ein vielseitiges Gesamtpaket. Auch eine ins Deutsche übersetzte Ausgabe der Ballade *The Raven* des US-amerikanischen Symbolisten Edgar Allan Poe erweitert *Angst* thematisch, wird in die Rahmenhandlung gebettet.

Der schleichende Horror, die steigende Panik ergeben primär aus den literarischen Quellen. Doch auch Brandts klare, sich in Zurückhaltung übende Stimme vertieft das Grauen. In wohl dosierten Schüben drückt er auf sein Zwerchfell, zuckt zusammen, fuchelt das



Ob Melodie, Gesang oder schiere Geräuschkulisse: Thomas verdichtet Brandts Wort und Schauspielkunst bis zur schließenden Katastrophe

Kopfkino mit den Händen herbei. Der Darsteller unterstreicht die organische und plastische Unmittelbarkeit der Textvorlage immer intensiver. Als Robert die kaputten Fenster-scheiben mit den Vogelkadavern stopft oder die Tiere, auf Feld und Wipfeln ruhend, ihn nicht eine Sekunde aus den Augen lassen, bevor sie sich auf ihn stürzen und die Schnäbel einiger auf den Asphalt geschmetterter Tiere unter der Sohle seines Schuhwerks knacken, bilden sich geschärfte, greifbare Bilder in den Köpfen der Zuhörer.

Jens Thomas erweitert sein teils traditionelles Klavierspiel zu einem experimentellen Zupfen am Saitenspiel. Er klopft am inneren Holz des Flügelkorpus, knackt und gurgelt Schreie aus zuckender Kehle. Ob Melodie, Gesang oder schiere Geräuschkulisse: Thomas verdichtet Brandts Wort und Schauspielkunst bis zur schließenden Katastrophe. Die eingearbeiteten, laut Produzenten improvisierten Einwürfe begrenzen sich aber nicht nur auf reine Klangbilder. Eine Handvoll Lieder erweitern die Geschichte auch textsemantisch. Sie fragen nach dem Grund, warum das Gefieder urplötzlich zum systematischen Angriff bläst („Because of the weather?“). „Listen to your stillness“ verstärkt den Zustand der Einsam-

Matthias Brandt und Jens Thomas erfüllen den Zuschauerraum im Cube 521 mit einer Angst, die Interpretationsspielräume lässt

keit. Mit „Blackbirds singing in the dead of the night“ wird ein befremdlicher Gegensatz zwischen angsterfüllender Prosa und lockerlässigem Beatles-Pop hergestellt.

Die genannte Unfähigkeit der Protagonisten, die unnachgiebigen Angriffe zoologisch rational nachzuvollziehen, lässt an diesem Abend erahnen, dass der Horror nicht von außen kommt. Das widernatürliche Verhalten der Schwärme und die Einbettung von Poes lyrischem Werk in die Erzählung erhärten den Verdacht, dass die Angst, an den Idealismus-Gedanken der Schauerromantik angelehnt, nicht etwa exogen hervorgerufen wird, sondern die seelische Zerrüttung eines vereinsamten, trauernden Ichs lediglich metaphorisch verkörpert. Damit ließe sich der Vortrag aus der Schublade eines handwerklich soliden Horrorthrillers heraus auf die Ebene der Psychoanalyse heben.

Angst von Matthias Brandt und Jens Thomas; nach Vorlagen von Daphne du Maurier, Edgar Allan Poe, Paul McCartney u. v. m.; Klavier und Gesang von Jens Thomas, Vortrag von Matthias Brandt. Keine weiteren Vorstellungen.

Kabarett

Es geht um die Wurst

Anina Valle Thiele

Nach dem 8. Oktober ist es vorbei! Doch vorher werden Luftballons und Gummibärchen verteilt, wird auf Dorffesten mit Bier angestoßen und beherzt in die Grillwurst gebissen. Hauptsache Volksnähe zelebrieren. Die Parteien locken junge Kandidatinnen auf ihre Listen und kopieren fleißig die Wahlprogramme der Anderen, wen kümmert's? Mit *Voll mat dobäi!* reflektiert das Künstlerkollektiv Richtung 22 den kommunalen Wahlkampf satirisch. Das funktioniert in Teilen gut, denn die Laiendarsteller kennen die Gegebenheiten in Luxemburg und sind ausreichend politisch, um den Nagel auf den Kopf zu treffen.

„Et si Wahlen am Duerf“ lockt das gelbe Plakat. Im kleinen Saal des Théâtre du Centaure wird mit *Requiem for a dream* an das Referendum erinnert und das *Nationbranding* auf die Schippe genommen. „Nee, nee, nee!“ ertönt es entschieden, bevor zwei Polizisten auf die kleine Bühne stolpern, die in ihren Uniformen und mit kleinen Lego-Hubschraubern wirken wie Buben. „Bitte beteiligen sie sich an der nationalen Woche!“, wird einer der Beiden ins Publikum rufen und sich fragen, um welches Image es eigentlich geht. Das Neue, für das der Staat über eine Million Euro ausgegeben hat? Ausgestattet mit Taschenlampen suchen sie das verlorene Kind, denn: „Déi Kleng si keng Klenggeket fir eis.“ Ihr Rassismus tritt in ihren Gesprächen offen zu Tage. Wen interessieren denn Ausländer? Doch nur „déi Asië vun der Asti“ oder „déi Crétins vun der Croix Rouge!“

Political Correctness war für Richtung 22 noch nie ein Maßstab, und das tut dem Stück verdammt gut! Wenn die Beamten beim Kaffee nostalgisch in Erinnerungen an ihre erste Asylantenjagd schwelgen, werden Vorurteile verfestigt. Die Künstlergruppe setzt bewusst auf Stereotype und lässt die Staatsgewalt über „Sozialschmarotzer“ herziehen. Bisweilen



Aus dem (echten) Werbeclip der LSAP Wootlz

Mit *Voll mat dobäi!* reflektiert das Künstlerkollektiv Richtung 22 den kommunalen Wahlkampf satirisch

ist das hart an der Grenze zum Slapstick, bisweilen schlicht platt, bald akademisch überheblich: „Jhemp, e Polizist mécht, wat e Polizist muss maachen!“

Da in *Voll mat dobäi* wie in vorangehenden Produktionen von Richtung 22 alle irgendwie ihr Fett abkriegen, lässt man sich darauf ein. Bisweilen gehen der Witz und der Wille, umfassende Kritik in dem Stück unterzubringen, auf Kosten der Regie. So sind es kurze Sketche, die das Kollektiv aneinanderreihet, die zwar als Einzelszenen funktionieren, aber nicht so recht ein geschlossenes Ganzes ergeben wollen. Die teils geistreichen Dialoge plätschern so vor sich hin, die Schauspieler sind laut. Und doch muss man schmunzeln, wenn darüber lamentiert wird, dass keiner der „erwünschten Ausländer“ nach Luxemburg komme. Für wen habe man dann die Hochkultur wie das Mudam erbaut? „Mär bidde *cochon à volonté*, Oberweishäppchen, dee neie Lift!“

Als Riesengaudi ist eine Szene in dem Büro des Außenministers angelegt. Jean Asselborn sitzt da in Denkerpose, reibt sich die Hände und gibt zu bedenken: „Dat do ass eng hoart Noss!“ Laut monologisierend wird er zu dem Schluss kommen, der Maybrit Illner abzusagen, um „mam Andy“ essen zu gehen. Asselborn-Persiflagen sind an sich garantierte Schenkelklopfer, doch das Schauspiel des ihn mimenden Darstellers wirkt allzu selbstgefällig, da er permanent über seine eigene Performance grinst.

Dank Asselborns Sekretärin ist das Migrationsgesetz schnell aus dem Ärmel geschüttelt. Auf den Home-Trainer startet sie das Trainingsprogramm, wird an der politgerechten Terminologie geschrubt. Es muss heißen: „die Leute dürfen heimkehren!“, nicht: „sie werden zurückgeschickt!“, coacht sie ihn. Ein an sich gelungenes Bild: Da radelt sich der Außenminister um Kopf und Kragen. Am Ende wird das

asylfeindliche Gesetz klingen wie eine humanitäre Maßnahme. Verrat an den eigenen Idealen? Ist doch parteiübergreifend Usus! Auch Claude Adam von den Grünen muss den Kopf herhalten.

Und wieder ein abrupter Wechsel: Da wird kistenweise Bier auf die Bühne geschleppt; das ganze Land befindet sich im Volksfest-Modus, in der Gemeindepolitik geht es um die Wurst! Her mit den Wahlsprüchen! Her mit den Kandidaten! „Platz für Fledermäuse und Migranten“, skandiert ein verwirrter Typ. „Usch a Fern“ werden dargestellt von zwei Frauen, die Mut zur Tölpelhaftigkeit haben und die Landeier mimen. Überhaupt überzeugen die Darstellerinnen in dem Stück mehr als die allzu selbstgefälligen jungen Männer.

Einem Mädchen werden mal eben zwei dicke Ordner mit Gemeindefragmenten in die Hände gedrückt, während sich Usch und Fern darüber den Kopf zerbrechen, was sie ins Programm schreiben könnten. So wird schamlos abgekupfert. Der Konsens? Unsere Gemeinde verkommt! Der beste Wahlkampfslogan? „Voll mat dobäi!“ Prost! Die Bierflaschen klirren. Dass Gemeinden in welchen Tagen genug Anlass für Spott bieten, zeigt ein trashiger Werbespot der LSAP aus Wiltz, der eingeblendet wird. Darin laufen die KandidatInnen wie Zuchtbullen auf eine Brücke und posieren dämlich grinsend vor der Kamera. Für Facebook werden hippe Fotos der Kandidaten ausgegraben und gepostet: Lydie Polfer sitzt strahlend auf dem Pferd eines Karussells auf der *Schueberfouer*. Auf dem „Choucroute“-Fest in Suessem wird sich die Kante gegeben, und die Kandidaten sind „voll“, bevor die Presse kommt. So wird die Neue mal eben gebrieft: „Mär si Bierger mat Häerz a Séil!“ Allein die Außenstehende sieht klar. Ihr lakonisches Fazit: „Wir wollten informativ und politisch sein, aber es ist nur Dorftheater dabei herausgekommen.“ *Voll mat dobäi* ist freilich Dorftheater und doch politische Realsatire. Das Stück zeigt, dass es gerade in diesen Tagen eines Künstlerkollektivs wie Richtung 22 bedarf, das den lärmenden lokalpolitischen Gecken den Spiegel vorhält.

Voll mat dobäi! En Duerftheaterstéck iwwert pragmatesch Politik mit: Julia Ariete, Anne Gillen, Tessie Jakobs, Jessica Lagoda, Raphael Lemaire, Yannick Maurice, Lars Schmitz, Rick Schmitz, Selma Weber. Crew: Michelle Kleyr, Tony Krieger, Maurice Sinner, Naema Sinner, Gabrielle Taillefert. Premiere war am 26. September im Théâtre du Centaure. Keine weiteren Spieltermine.

Cinéma

Le prix de l'anti-conformisme

En 2014, le réalisateur Destin Daniel Cretton s'était fait remarquer pour son deuxième long-métrage *Short term 12*, suivant le travail d'éducateurs dans un centre pour jeunes en difficulté. Ayant reçu des nombreuses distinctions autour du globe, y compris une mention spéciale du jury jeune au Luxembourg City Film Festival, le film révéla à la fois un cinéaste pourvu d'une grande sensibilité pour ses personnages et une actrice à l'époque encore peu connue, Brie Larson. Depuis, cette dernière a joué dans de nombreuses productions et s'est vue décerner l'Oscar de la meilleure actrice pour *Room* (Lenny Abrahamson, 2015).

The glass castle fait rentrer Destin Daniel Cretton à son tour dans la cour des grands avec à ses côtés la compagnie de production et de distribution Lionsgate et son actrice fétiche Brie Larson. Elle n'est d'ailleurs pas la seule grosse pointure à l'affiche de ce drame familial, qui comprend également Naomi Watts et Woody Harrelson. Adapté des mémoires de l'ancienne chroniqueuse Jeanette Walls (Brie Larson), devenue autrice à plein temps, le film raconte à travers des flash-backs une enfance difficile marquée par un père alcoolique et une mère irresponsable, ayant tous les deux une idée très particulière de l'éducation de leurs enfants.

The glass castle de Destin Daniel Cretton est loin de laisser indifférent, un fait largement dû aux acteurs

Bon narrateur, cultivé et inventif, Rex Walls (Harrelson) a également un côté colérique, intimidant et cruel, infligeant de nombreux traumatismes à son fils et ses trois filles dont l'une, Jeanette, tente tout, dans la mesure de son âge, pour le raisonner. Mais l'homme, qui promet à Jeanette de lui construire un château en verre un jour, n'arrive jamais à garder un travail, se cachant sans cesse derrière un discours anti-matérialiste qui l'arrange bien. Son épouse Rose Mary (Watts) se rend bien compte des abus quotidiens mais ne trouve pas la force de lui résister. En grandissant, les enfants, qui n'ont jamais été scolarisés et se sont formés à travers les livres que leur mère leur a donnés, se rendent compte qu'ils devront prendre leur destin dans leurs propres mains à la première occasion.

Avec davantage de moyens, l'adaptation d'un bestseller et une certaine obligation de rendement, la pression et les attentes pour le réalisateur n'étaient évidemment plus les mêmes. Le réalisme social de *Short term 12* a fait place à un certain classicisme formel n'allant pas jusqu'au bout dans la laideur des choses. Pour ceux qui arrivent à outrepasser ces teintures de cheveux et ces fausses rides un peu surfaites, *The glass castle* réserve malgré tout une confrontation permanente avec des ambiguïtés morales. Combien de choses peut-on pardonner à ses parents anti-conformistes, dont les intentions et les actes sont souvent diamétralement opposés ? En tant que spectateur on n'adhère pas forcément à l'indulgence finale de Jeanette, qui est pourtant fidèle à la réalité. Mais *The glass castle* est loin de laisser indifférent, un fait largement dû également aux acteurs, qui réussissent à recréer ces allers-retours constants entre espoir et dépression, joie et frayeur, vécus au quotidien par quatre enfants. Et une fois de plus, Destin Daniel Cretton nous révèle une actrice extraordinaire, la jeune Ella Anderson, interprétant Jeanette à l'âge de douze ans. Fränk Grotz

Filmfestival San Sebastián

Und wo waren die Rusty Boys?

Georges Hausemer

Zuerst die Fakten. Zum bald zwanzigsten Mal wird an dieser Stelle, jeweils Anfang Herbst, vom *Zinemaldia* genannten internationalen Filmfestival in San Sebastián berichtet, *Donostia* auf Baskisch. In dieser Zeit hat sich manches geändert, das meiste aber nicht. Geblieben sind die Wetterkapriolen am Golf von Biskaya, die Infrastruktur der Filmfestspiele, die sich trotz der Eröffnung des Kursaal-Filmpalastes im Jahr 1999 kaum verbessert hat, die ewig langen Warteschlangen. Auch der Journalist, der seit jeher Turnschuhe trägt, verlässt die Säle nach wie vor, bevor die Filme eine Viertelstunde alt sind – ein Verrückter unter vielen, deren Festivalartikel man lieber nie lesen möchte. Treu geblieben ist sich schließlich auch der örtliche Fußballverein Real Sociedad, der, wie fast jedes Jahr zur Festivalzeit, eine Niederlage an die andere reiht, wenn auch diesmal unter anderem in der Europa League.

Dann die Kunst. In ihrer Hinsicht lautet eine weitere schlechte Nachricht von der Muschelbucht: Die Qualität der im offiziellen Wettbewerb sowie in diversen Nebenreihen gezeigten Werke nimmt nicht unbedingt zu. Genauso unerklärlich wie immer in den letzten beiden Jahrzehnten bleiben die Auswahlkriterien. Aus angeblich über tausend vorab gesichteten Filmen nominierte das Festivalkomitee 25 für die *sección oficial*. Gleich sieben davon liefen außer Konkurrenz und stritten nicht um Preise. Wozu also dieser Marathon? Und wie zweifelhaft müssen die abgelehnten Kandidaten dann erst gewesen sein?

Nicht wenige Augenzeugen argwöhnen inzwischen, auch außeraineastische Kriterien würden bei der eklektischen Zusammensetzung des Wettbewerbsprogramms eine Rolle spielen: Marketingstrategien der mächtigen Produktionsfirmen, politische Verflechtungen, lokalpatriotische Überlegungen. Diese Momente würden wenigstens zweierlei erklären. Erstens, wieso nur noch ausnahmsweise namhafte Regisseure (wie diesmal etwa Wim Wenders) mit ihren neuesten Werken ins Baskenland kommen. Und zweitens, warum mit unschöner Regelmäßigkeit nicht die besten Produktionen prämiert werden, sondern die, von denen die Veranstalter mei-

Die Filmfestspiele im baskischen Donostia begingen ihr 65. Jubiläum – allerdings ohne Geburtstagskuchen, feierliche Reden oder Feuerwerk. Dazu gab es auch wenig Anlass

nen, sie hätten am dringendsten Unterstützung bei der Vermarktung nötig. So als würde irgendwo auf der Welt eine Verleihfirma sich für einen Film stark machen, nur weil ihm ein *Zinemaldia*-Etikett aufgepappt wurde. Eher das Gegenteil ist der Fall. Von den Concha-Gewinnern der letzten Jahre hat jedenfalls keiner es zu einer Karriere, wie bescheiden sie auch sein mochte, an den Kinokassen geschafft, während manch großer Verlierer es sogar bis zu Oscar-Ehren brachte. Steckt da etwa System dahinter?

Von den 18 übriggebliebenen Wettbewerbern schienen die meisten jedenfalls noch nie davon gehört zu haben, dass es für einen großen Film bloß drei Dinge braucht: eine gute Geschichte, eine gute Geschichte und eine gute Geschichte. Stattdessen suchten etliche Filmemacher nicht nur nach einem – was öfter vorkommen soll – passenden Ende für ihr Werk. Verdächtig oft mangelte es auch an einem irgendwie packenden Anfang (trotzdem Bestes-Drehbuch-Preis für *Una especie de familia* von Diego Lerman). Wenn zwischen Anfang und Ende zudem eine inhaltsleere Lücke klafft (*Premio Horizontes Latinos* für *Los perros* von Marcela Said), die weder mit banalen Dialogen noch mit ausdruckschwachen Bildern zu füllen ist, steht nicht nur der Zuschauer vor einem erheblichen Problem.

Die Zeiten, in denen Filmkünstler zuvor unbeschränkte Wege des Erzählens ergründeten, inhaltlich wie visuell zwingende Experimente wagten (wie etwa der belgische Beitrag *Ni juge, ni soumise*, der wenigstens eine lobende Erwähnung der Jury einheimste), große, wütende, bewegende, gerne auch unangenehme, verstörende und beunruhigende Geschichten erzählten, scheinen jedenfalls endgültig vorbei zu sein. Zumindest bei denen, die nach San Sebastián eingeladen werden. Stattdessen: Klamauf auf Vorabendserien-Niveau (*El autor*, Spanien), längst durchgekaufter Unterschichtenkitsch (*Sollers Point* und *Life And Nothing More*, beide USA), Gewaltverherrlichung (*Love Me Not*, Griechenland) ...

In diesem Zusammenhang muss sich Festivalchef José Luis Rebordinos fragen lassen, was sein Konzept ist, ob er nach sieben Jahren Amtszeit endlich über eine persönliche Handschrift verfügt und diese inzwischen Spuren hinterlassen hat. Kurzum, welchen Anspruch *Zinemaldia* eigentlich erhebt. Wollen die Basken eher politisch sein wie das Festival in Berlin, gesellschaftlich relevant wie Cannes oder eher künstlerisch wie die Filmfestspiele von Venedig? Soll es um Kreativität gehen oder um Thesen? Oder vielleicht nur darum, die touristische Saison dank der Präsenz kurzfristig eingeflogener Hollywood-Stars um knapp zwei Wochen zu verlängern, so wie damals 1953, als *Zinemaldia* ins Leben gerufen wurde?

Schließlich die Ausnahmen. Für einmal vergab die Jury (unter Vorsitz von John Malkovich) die *Concha de Oro* für den besten Wettbewerbsbeitrag an eine US-amerikanische Großproduktion, die sowohl beim Fach- als auch beim normalen Publikum auf uneingeschränkte Zustimmung stieß. *The Disaster Artist* von James Franco schildert die haarsträubende Entstehungsgeschichte eines der angeblich schlech-



Lokalmatador Javier Bardem wurde gleich mit zwei Filmen ausgelacht: *Mother!* von Darren Aranofsky und *Loving Pablo* mit Penélope Cruz, seiner Ehefrau

testen Filme, die je gedreht wurden und trotzdem – oder gerade deshalb – Kultstatus erlangt haben: *The Room* von Tommy Wiseau. Wenn schon Francos meisterhafte Tragikomödie die Goldmuschel zur voraussichtlichen Weltkarriere nicht nötig hat, so wird die Auszeichnung, wie Festivaldirektor Rebordinos nach der Preisvergabe in einem Interview freudig konstatierte, „uns viel Aufmerksamkeit bringen und etliche Türen öffnen“. Was auch dringend nötig ist.

Die Darstellerpreise betreffend, dürften diesbezügliche Hoffnungen eher nicht in Erfüllung gehen. Das argentinische Prostituiertendrama *Alanis* mit Sofia Gala Castiglione als bester Hauptdarstellerin werden nur wenige Kinobesucher außerhalb der spanischsprachigen Welt überhaupt jemals zu Gesicht bekommen. Ebenso wenig den mit dem Spezialpreis der Jury belohnten Historienschinken *Handia* über einen baskischen Riesen. Wichtigere Verleihfirmen wird da eher die rumänische Fami-

lientragödie *Pororoca* finden. Ihr Protagonist, dargestellt von Bogdan Dumitrache, bekam die *Concha de Plata* für den besten Schauspieler zuerkannt.

Und am Ende noch eine – in den vergangenen Jahren schon mehrfach insinuierte – Frage an Guy Daleiden, den Präsidenten des Nationalen Filmfonds: Wieso sind eigentlich nie luxemburgische Filme beim *Zinemaldia* vertreten, außer manchmal multinationale Koproduktionen, die mit Geld aus dem Großherzogtum finanziert wurden, aber ansonsten kaum etwas mit diesem zu tun haben? Fehlendes Interesse luxemburgerseits? Mangelnde Kontakte? Filme wie *Doudege Wénkel*, *Eng nei Zäit* oder vielleicht sogar *Rusty Boys* würden im internationalen Wettstreit durchaus gute Figur machen. Und rauschende Partys mit Ministern samt Anhang lassen sich in der gastronomischen Hochburg San Sebastián mindestens genauso prächtig feiern wie in Berlin oder Cannes.

Théâtre

« Ardant » Navire Night

Lucien Kayser

On se sait combien ils sont toutes les nuits, à Paris, s'ils sont vraiment des centaines d'hommes et de femmes à utiliser l'anonymat de lignes téléphoniques non attribuées qui datent de l'occupation allemande. A priori, des personnages durassiens, à dire, à crier des fois, sans espoir, et l'on pense au vice-consul d'*India Song*, leur amour, plus encore leur désir. Marguerite Duras leur donne la parole, ils parlent avec sa voix à elle, ses phrases à elle, reconnaissables entre mille ; cela fait de l'homme jeune des Gobelins, l'un des protagonistes du *Navire Night*, le cousin, le frère du vice-consul, seul le territoire a changé, Paris à la place de Calcutta.

Le texte du *Navire Night* date de la fin des années 70. Le film éponyme a été réalisé par l'auteure elle-même, il a été porté aussitôt au théâtre par Claude Régy. Passage incessant de l'un à l'autre, comme toujours avec Duras, avec les plus grands comédiens. Mardi soir, le TNL nous a de la sorte offert un spectacle théâtral, et si la comédienne était seule, Fanny Ardant, elle s'était adjoint une violoncelliste, Sonia Wieder-Atherton. Et l'on a, au-delà de leur parfait accord, compris de suite pourquoi les textes de Duras attirent, fascinent, avec quelle force ils captivent. Vers la fin du *Navire Night*, l'homme a cette phrase : « Qu'elle (F., son interlocutrice), de même, de même que lui, n'aurait pas su si elle était celle de l'histoire ou celle, en dehors, qui regardait l'histoire. »

Une voix de comédienne, une autre, de violoncelliste, s'élevant sur la mer d'encre noire : Duras au TNL

L'acteur, et à sa suite le lecteur, le spectateur, on est ensemble dedans et dehors. Récit et drame. Pour l'acteur, et Fanny Ardant a glissé de l'un à l'autre, à la façon des deux voix, l'homme et la femme, qui se cherchent, se trouvent, se séparent. Au TNL, il y avait le même va-et-vient, la même symbiose, avec la voix du violoncelle. Il fallait voir Fanny Ardant regarder l'archet glisser sur les cordes, comme pour y saisir de quoi nourrir l'autre alternance, des voix féminine et masculine. En fait, sans cesse des musiques s'entremêlant.

Duras a eu des décennies d'avance, sur les rencontres des réseaux sociaux. Seulement, chez elle, l'image est absente, ou rare, le jeune homme ne recevant qu'un jour une photographie de F. ; ils ne se rencontrent pas vraiment, peut-être qu'ils se sont entrapercus un jour, ça suffit. Pour exacerber le désir. « Dès lors, elle ne peut plus oublier cet homme qu'elle a vu, qui attendait cette femme, elle. » Tout Duras est dans cette phrase, ce qu'elle nous dit, d'un amour fou, d'une passion condamnée, et puis l'agencement des mots, le rythme, cette deuxième relative, et le pronom à la fin. Avec la chaleur de l'interprétation de Fanny Ardant, l'écho ou le climat du violoncelle de Sonia Wieder-Atherton, et quel autre instrument aurait pu donner mieux ces lambeaux arrachés à la nuit.

Fanny Ardant a réduit quelque peu le texte, à l'histoire d'amour justement, coupant tels passage, la figure de la mère de F. a disparu, le contexte social voire politique quasi de même. Elle a procédé comme on le ferait pour un livret d'opéra, et de fait, la soirée avait cet air, cette allure : une soirée d'opéra, de poche il est vrai, version concertante. Avec une conclusion qui correspond, tranchante comme un couperet : mariage de la jeune femme avec le chirurgien qui la soigne depuis dix ans, et ce futur mari, tout en exigeant que cessent leurs relations (téléphoniques), qui confirme la mort prochaine de F. « Le mariage a eu lieu un jour d'été, en 1975. Il n'est pas à Paris. »

opderschmelz

**TOUCH OF NOIR**

17.10 ~ 27.10

MA 17.10.17 ~ 19H30

VARIATIONS AUTOUR D'UN MEURTRE

IAN DE TOFFOLI & TULLIO FORGIARINI

Littérature

ME 18.10.17 ~ 20H00

JAKOB BRO TRIO

Jazz

JE 19.10.17 ~ 20H00

JAMES TAYLOR 4TET + HORNS

Acid Jazz

SA 21.10.17 ~ 20H00

REMBRANDT'S « CHIAROSCURO »

Jazz - Nouvelle musique

DI 22.10.17 ~ 17H00

WOU GINN ELTEREN NUETS HIN,

EN LAUSCHTERSTECK BY OPENSREEN

Art de la scène - Jeunes publics

LU 23.10.17 ~ 19H00

THE SNOWMAN 2017 • BRITISH THRILLER

DRAMA AFTER A NOVEL BY JO NESBO

En collaboration avec le CNA

Cinéma

ME 25.10.17 ~ 20H00

PEREZ, PATITUCCI, BLADE

CHILDREN OF THE LIGHT

Jazz

VE 27.10.17 ~ 20H00

LAMBCHOP

Singer songwriter

CENTRE CULTUREL REGIONAL DUDELANGE
1A, RUE DU CENTENAIRE,
L-3475 DUDELANGE
www.opderschmelz.lu

FESTIVAL PASS

45€

ACCES A TOUTES LES MANIFESTATIONS (FRAS/WWZ/BBB/BBN)

**DIDDELENG**
VILLE DE DUDELANGE

RECRUTEMENTS AUPRÈS DE L'ÉTAT

L'ADMINISTRATION DU PERSONNEL DE L'ÉTAT ORGANISERA AU COURS DU MOIS DE DÉCEMBRE 2017 DES **EXAMENS-CONCOURS** DANS LES GROUPES DE TRAITEMENT **A1, A2, B1, C1, D1, D2 ET D3.**

Les détails relatifs aux examens-concours peuvent être consultés sur le site internet GovJobs

www.govjobs.lu

OUVERTURE POUR L'ENVOI DES CANDIDATURES:
Vendredi, le **6 octobre 2017**

DERNIER DÉLAI POUR L'ENVOI DES CANDIDATURES:
Vendredi, le **20 octobre 2017**

Renseignements: 247 83094; 247 83279
E-mail: recrutement@ape.etat.lu

(Communiqué par l'Administration du personnel de l'Etat)



Poste vacant

Le Ministre de la Défense

cherche à s'adjoindre pour le compte de l'Armée les compétences d'un

Officier-Médecin (m/f),

à temps plein et à durée indéterminée,

pour exercer la fonction de chef du Service de santé au Centre militaire à Diekirch.

Profil :

- être de nationalité luxembourgeoise ;
- jouir des droits civils et politiques ;
- offrir les garanties de moralité requises ;
- être reconnu apte pour le service militaire par le Médecin de l'Armée ou son délégué ;
- être agréé par le ministre de la Défense sur le vu d'un extrait récent du casier judiciaire et du curriculum vitae, le Chef d'État-Major et le Psychologue de l'Armée entendus en leurs avis ;
- être médecin généraliste ou spécialiste jouissant d'une autorisation d'exercer au Luxembourg.

Les missions envisagées et les avantages associés à la fonction peuvent être consultés sur le site Internet de l'Armée luxembourgeoise (www.armee.lu), sous la rubrique « Recrutements ».

Les intéressé(e)s sont prié(e)s de présenter leur candidature pour le 27 octobre 2017 au plus tard à la Direction de la Défense
6, rue de l'Ancien Athénée
à L-1144 Luxembourg.

Des renseignements supplémentaires peuvent être demandés auprès du bureau du personnel de l'Armée (tél : 26 848-216).

Fonds du Logement

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 20.11.2017
Heure : 10.00 heures

Description succincte du marché :
Soumission 2179 – Immeuble résidentiel 23 Logements « Bei der Poirt » rue de Luxembourg à Grevenmacher – Travaux de toiture.

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Le cahier spécial des charges peut être retiré via le Portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Réception des offres :
Les offres portant l'inscription « Soumission pour... » sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant la date et heure fixées pour l'ouverture.

La version intégrale de l'avis n° 1701428 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Fonds du Logement

Avis de marché

Procédure : ouverte
Type de marché : Travaux

Ouverture le 27.10.2017 à 10.00 heures

Description :
2112 – Rénovation des balcons de la résidence Neipperg – Travaux de construction métallique

Modalités visite des lieux/réunion d'information :

La visite des lieux est obligatoire et aura lieu le mercredi 11 octobre 2017 à 14.00 heures à l'adresse suivante :
rue du Chemin de Fer
à L-2230 Luxembourg-Ville
(en limite du parking Neipperg).

Conditions d'obtention du dossier de soumission :
Le cahier spécial des charges peut être retiré via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Réception des offres :
Les offres portant l'inscription « Soumission pour... » sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant la date et heure fixées pour l'ouverture.

La version intégrale de l'avis n° 1701453 peut être consultée sur www.marches-publics.lu



Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 14.11.2017
Heure : 10.00 heures

Lieu :
Le Fonds Belval
1, avenue du Rock'n'Roll
L-4361 Esch-sur-Alzette
Tél. : +352 26840 1
Email : soumission@fonds-belval.lu

Section II : Objet du marché

Description succincte du marché :
Soumission relative aux travaux de fourniture et pose de mobilier – postes collaboratifs et isolés dans l'intérêt des équipements de la Maison du Livre à Belval.

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Téléchargement gratuit du dossier de soumission sur le Portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Réception des offres :
La remise électronique des offres sur le Portail des marchés publics est autorisée pour cette soumission. Les offres portant l'inscription « Soumission pour... » sont à remettre à l'adresse

prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture.

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
29.09.2017

La version intégrale de l'avis n° 1701418 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Postes vacants

Ministère de la Sécurité sociale
Contrôle médical de la sécurité sociale

Le Contrôle médical de la sécurité sociale se propose d'engager dans le cadre de sa restructuration des

médecins-conseils (m/f) à temps plein.

Profil souhaité :

- médecin disposant de, respectivement pouvant obtenir une autorisation d'exercer au Grand-Duché de Luxembourg (toutes spécialités confondues) ;
- capacité à établir un diagnostic et une évaluation médico-sociale ;

- capacité à travailler en équipe et à s'inscrire dans une démarche institutionnelle ;
- sens de l'organisation et esprit de synthèse.

Missions :

- examen clinique des assurés dans le cadre de l'assurance maladie, de l'assurance pension et de l'assurance accident ;
- orientation des assurés dans le cadre des procédures de reclassement ou de reconversion professionnelle ;
- évaluation des douleurs physiques endurées et du préjudice physiologique, esthétique et d'agrément subi par les victimes d'un accident de travail ;
- examens de contrôle périodiques en relation avec l'incapacité de travail ;

- autorisation de la prise en charge des traitements médicaux et paramédicaux ;
- La connaissance des langues française et allemande constitue un atout.

Des renseignements complémentaires peuvent être obtenus auprès du responsable RH (00352 261913-1 ou cmss@secu.lu).

Les candidatures écrites accompagnées d'un curriculum vitae détaillé sont à adresser à

Monsieur le Médecin-Directeur
du Contrôle médical de la sécurité sociale
B.P. 1342
L-1013 Luxembourg

Avis officiel

Administration de l'enregistrement et des domaines

Déménagement du bureau de la Recette centrale à partir du 9 octobre 2017

Nouvelle adresse pour vos opérations guichet :
5, rue du Plébiscite
L-2341 Luxembourg

d'Lëtzebuurger Land

Fondé en 1954 par Carlo Hemmer, édité par Leo Kinsch de 1958 à 1983

Hebdomadaire politique, économique et culturel indépendant paraissant le vendredi. Publié par les Éditions d'Letzeburger Land s.à r.l., R.C. B 19029, N° TVA LU 12 12 40 22. La reproduction des articles et illustrations est interdite sans l'accord écrit de l'éditeur. **Gérant, rédacteur en chef** Romain Hilgert (48 57 57-22; rhilgert@land.lu), **Rédaction** Peter Feist (48 57 57-24; pfeist@land.lu), Josée Hansen (48 57 57-26; jhansen@land.lu), Ines Kurschat (48 57 57-28; ikurschat@land.lu), Michèle Sinner (48 57 57-20; msinner@land.lu), Bernard Thomas (48 57 57-30; bthomas@land.lu) **Photos** Sven Becker (sbecker@land.lu) **Administration** Zoubida Belgacem (48 57 57-32; zbelgacem@land.lu) **Mise-en-page** Pierre Greiveldinger **Édition et rédaction** 59, rue Glesener L-1631 Luxembourg **Courrier** boîte postale 2083, L-1020 Luxembourg **Téléphone** 48 57 57-1 **Fax** 49 63 09 **E-mail** land@land.lu **Internet** www.land.lu **Publicité** Maison Moderne Media Sales 10, rue des Gaulois Luxembourg; boîte postale 728, L-2017 Luxembourg (27 17 27 27-32; francis.gasparotto@maisonmoderne.lu) ; **Impression offset** Imprimerie Saint-Paul **Prix par numéro** 3,50 € **Abonnement annuel** 120,00 € **Abonnement étudiant/e** 65,00 € **Comptes en banque** CCPLULL : IBAN LU59 1111 0000 5656 0000, BILLULL : IBAN LU29 0027 1003 6990 0000, BGLULL : IBAN LU32 0030 0431 7039 0000, BCEELULL : IBAN LU30 0019 1000 2939 1000, CELLULL : IBAN LU71 0141 7162 5000 0000, BLUXLULL : IBAN LU59 0080 0484 9600 1003



Actualité discographique

La touche Krier

José Voss

Faisant pendant féminin à Jean Muller, avec lequel elle partage la même flatteuse réputation internationale, notre Cathy Krier n'est pas, tout comme du reste son homologue masculin, du genre à se reposer sur les lauriers glanés au fil des ans au gré d'une carrière exemplaire. À preuve, le haut fait discographique que l'artiste passionnée, active sur tous les fronts de la littérature pianistique, vient de signer en gravant deux opus majeurs de deux grands compositeurs, écrits à seulement dix ans d'intervalle et relevant d'une seule et même esthétique impressionniste. Deux pages chef-d'œuvrales dans lesquelles – disons le tout de go – la jeune femme native de Schuttrange s'investit corps et âme.

Cette nouvelle gravure, qui fait suite à un bel album consacré au piano de Leos Janacek en 2013, ainsi qu'à un surprenant et superbe disque Rameau-Ligeti en 2014 mariant baroque et avant-garde des années 1950, tous deux unanimement encensés par la critique internationale, confirme le goût prononcé de la pianiste (élue « Rising Star » de l'European Concert Hall Organisation pour la saison 2015/2016 et qui se produit actuellement dans les plus prestigieuses salles d'Europe et d'ailleurs) pour des rapprochements originaux – goût pour le « grand écart » auquel ne déroge pas non plus les CD qu'elle consacra à Scarlatti, Haydn, Chopin, Dutilleux et Müllenbach en 2008 et à Berg, Schönberg, Zimmermann et Liszt en 2015.

Dans la carrière d'un(e) pianiste, l'œuvre de Debussy est un parcours obligé. À la faveur des deux *Livres d'images*, c'est avec une lucide volupté qu'en véritable chimiste de l'harmonie Cathy Krier explore les voies inédites frayées par l'écriture debussyste : des *Reflets dans l'eau* frémissants de sensualité, aux frétillements et étincelants *Poissons d'or*, en passant par les automnales *Cloches à travers les feuilles* et les dissolutions harmoniques dans *Et la lune descend sur le temple qui fut*, ces tableaux constituant, sous les doigts impérieux de notre fée du clavier qui en distille les fragrances capiteuses en en faisant ressortir le caractère étrange et intrigant, autant de petites merveilles de poésie onirique qui vous décolle du sol. Une lecture qui s'avère travaillée et musicale, intense et sciement dosée, « très pensée » (trop peut-être ?), mais exempte des péchés de jeunesse (précipitation ou, à rebours, insistance excessive sur des détails) qui obé-



Cathy Krier

raient telles interprétations de la Krier du temps où elle n'était encore qu'un talent en herbe.

L'on saura gré à l'éminente musicienne de chez nous d'avoir ensuite jeté son dévolu sur *Masques*, l'une des partitions pour piano les plus développées de Debussy et qui compte au nombre de ses chefs-d'œuvre pourtant les plus mal connus. Pièce d'une beauté âpre, convulsive, toute en clair-obscur inquiétant, tantôt sinistre, tantôt amère, marquée de stries de révolte, « expression tragique de l'existence » pour le dire avec les mots de son auteur. De cette fantasmagorie cauchemardesque, Krier donne une version de haute tenue, même séduisante, mais où un rien de raideur révèle une approche un brin didactique.

Des *Masques* du père français de l'impressionnisme on passe, sans coup férir, à ceux de l'« impressionniste polonais », comme on a souvent surnommé Karol Szymanowski, célébré aujourd'hui comme le plus grand compositeur de son pays après Chopin. Là encore, là aussi, on ne saurait assez se féliciter qu'une musicienne de la jeune génération apporte sa pierre à la diffusion d'un créateur certes génial, mais dont le nom continue de susciter la méfiance de tant de mélomanes ...huit décennies après sa mort ! Aussi seule une avocate enthousiaste et convaincue comme Cathy Krier peut-elle permettre à Szymanowski

Le nouvel album de Cathy Krier fait rimer judicieusement Debussy avec Szymanowski

de trouver toute la place qui lui revient. Forte d'un toucher subtil et d'une intelligence aiguë du style szzymanowskien, c'est avec un bel aplomb et en nous gratifiant d'instantanés de pure magie sonore qu'elle exalte toute la modernité de ce fascinant triptyque de poèmes pour piano mêlant extase et sensualité, douceur et violence, passion et colère, tendresse et désespoir, et dont la difficulté extrême, au niveau tant du déchiffrage que de l'exécution, exige une technique transcendante. Remarquable.

Enregistrement réalisé en novembre 2016 dans la Salle de musique de chambre de la Philharmonie de Luxembourg. Minutage : 55'33. Prise de son : Kevin Todd. Image sonore ample et tonique. Notice bilingue allemand-anglais de la plume de Clemens Matuschek. Référence : 8553379. Pour plus d'info consulter www.avi-music.de ou www.cathykrier.com.

Luxemburgensia

„Muss weiterschreiben, weitermachen“

Charlotte Wirth

„Wie verändert die Krankheit den Blick auf sich selbst? Und den der anderen? Und den auf die anderen?“, fragt Georges Hausemer, fast nebensächlich, in einem kurzen Eintrag seines Blogs *Ich und mein Tumor*. Dabei steht diese Frage nicht nur im Zentrum von Hausemers ganz persönlichen und intimen Aufzeichnungen – Auszüge und Eindrücke seines Lebens nach der Diagnose Krebs –, sondern charakterisiert vielmehr das Genre des Krankheitserzählungen (*illness narratives*) im Allgemeinen. Ob Paul Kalanithis Auseinandersetzung mit der eigenen Sterblichkeit im Bestseller *When breath becomes air* oder Nancys philosophische Abhandlung seiner Herztransplantation, *L'Intrus*: All jene Werke, die sich mit der eigenen Krankheit oder Sterblichkeit befassen, erzählen vom Suchen (und Finden?) der eigenen Identität, die durch die Krankheit radikal in Frage gestellt wird. Wer bin ich, wenn meine Krankheit das verinnahmt, was mich ausmacht? Ist die Krankheit ein Teil von mir oder ein Eindringling?

Auch in George Hausemers Tumblog werden diese Fragen immer wieder, mal direkter, mal indirekter, gestellt. Zwar macht der Schriftsteller wiederholt deutlich, sein Tumor möge zwar ein Teil seines Lebens sein, dieses sei jedoch nicht auf den Tumor reduzierbar, doch lässt sich die Krankheit nicht ausklammern. Arztbesuche, Blutabnahmen und regelmäßige Spritzen werden zur Routine und Hausemer ein alter Bekannter in der radiologischen Abteilung (dem „Bunker“, wie Hausemer ihn nennt), der nach und nach herausfindet, wie der Krankenhaushase läuft.

Vor allem aber das Sammeln und Aufzeichnen von schier endlosen Werten scheint den Schriftsteller nicht loszulassen: Blutdruck, Kreislauf, Temperatur ... immer wieder wird der Text von solchen Zahlen durchbrochen. Zahlen, die auf die Kluft zwischen Person und Patient hindeuten. Im Krankenhaus zählen weder Persönlichkeit, Lebenserfahrung, noch Interessen. Hier ist man nicht Schriftsteller oder Reisender, hier ist man Patient. Man wird untersucht, gemessen und gibt die Kontrolle über seinen Körper ab.

In seinem Blog *Ich und mein Tumor* liefert Georges Hausemer Auszüge und Eindrücke seines Lebens nach der Diagnose Krebs

An Ärzte und Schwestern, von denen Symptome und Diagnosen in unverständlichem Kauderwelsch diskutiert werden.

Hausemer selbst versucht sich unterdessen fortwährend von seinem Tumor zu distanzieren. Die Kluft zwischen Georges Hausemer, dem Menschen, dem Schriftsteller, und Georges Hausemer, dem Krebspatienten, besteht demnach nicht nur in der Sphäre des Krankenhauses, sondern zerreißt auch den Autor. So schreibt er von sich in der dritten Person, sobald es um den Krebs geht („der Patient“), wiederholt wie in Trance die zungenverdrehenden Namen von Medikamenten und Diagnosen und zählt lieber auf, was um ihn herum passiert, als in ihm. Oft hat der Leser den Eindruck, dass Hausemer sich auf alles konzentriert, mit Ausnahme seiner Krankheit. Und doch, so weit er auch reist, so sehr er ihr auch zu entkommen versucht, sie holt ihn immer wieder ein. Eine Erkältung wird zum Alarmzeichen, Muskelkater zum düsteren Vorboten. „Kein Tag ohne bange Fragen, sogar die unkomplizierten, die leichteren.“

Inmitten dieser Erfahrungen muss die Frage nach dem eigenen Ich neu gestellt werden. Bei Georges Hausemer geschieht dies auf eine sehr subtile Weise. Sein Weg mit der Krankheit umzugehen ist die der stillen Rebellion, die sich ganz um seine Existenz als Reisender und Schriftsteller, oder reisender Schriftsteller, dreht. „Du kannst mir das Leben schwer machen, doch du kannst mir die Freuden, die mich ausmachen, nicht vermiesen“, scheint er seinem Tumor trotzig entgegenzurufen. In der Tat sind Lesestoff und Notizbuch immer griffbereit – auch im Bunker. Für „ein paar flüchtige Notizen“ ist immer Zeit, zwischen Blutabnahme, CT oder Radiotherapie. „Muss weiterscheiben, weitermachen“, notiert Hausemer. Das Schreiben ist wie ein Anker inmitten der fragmentierten Existenz und es scheint nebensächlich, worüber Hausemer schreibt. Sein Blog ist kein Tagebuch, eher eine Aneinanderreihung flüchtiger Eindrücke. Literaturtipps und -kritiken wechseln sich mit Beschreibungen flüchtiger Begegnungen im Klinikaufzug oder Eindrücken von Hausemers letzten Reisen ab. Denn auch das Reisen lässt sich der Autor nicht nehmen. Genauso wenig wie das Verschlingen, Genießen und Zitieren aus literarischen Werken. Schreiben. Reisen. Menschsein. Das Leben ist zwar ein Leben mit Tumor, besteht aber nicht aus dem Tumor, geht klar aus *Ich und mein Tumor* hervor. „War in der Oper, las in der Sonne, lag am Strand, habe mich von Kamelen anhauchen lassen, neues Handy bekommen.“ Zwar verändert ihn die Krankheit, und Hausemer zeigt sich erstaunt darüber, wie viele Dinge ihn nicht mehr interessieren, doch das Wesentliche verändert sich nicht. Dem Tumor entgegensehen, „... während ich schreibe – und lese, lebe“, ist Hausemers Credo.

Theatersaison 2017-18

Gut vernetzt und kreativ

Mit der Vorstellung der kommenden Spielzeit 2017/2018 des französischsprachigen Théâtre du Centaure wird unsere Reihe der Produktionstheater abgerundet. Präsident Pierre Rauchs und die künstlerische Leiterin Myriam Muller legen ein Programm mit einem vollen Dutzend neuer Eigenproduktionen und zwei Gastspielen vor. Nach einer Tourneevorstellung der Erfolgsproduktion von Guy Helmingers *Performance* in Esch/Alzette legt das Haus in der Grand Rue mit der neuen Produktion *Mission* von David van Reybrouck los. Der flämische Autor dramatisiert in diesem Text Père Grégoires jahrzehntelangen missionarischen Erfahrungen und das zeitweilige Ringen mit dem eigenen Glauben in den afrikanischen Kongo. Marja-Leena Junker inszeniert diese Arbeit in den Monaten Oktober und November mit Francesco Mormino in der Hauptrolle.

Zum Programm des Théâtre du Centaure in der anstehenden Saison

Neben der bereits erwähnten Koproduktion *Fake*, einer dreisprachigen Lesung im Kasematentheater, und dem Literaturbrunch zum Thema *Afrika* in der Banannefabrik spielt Leila Schaus die Hauptrolle in Sophie Langevins Inszenierung des Dramas *Révolte* von Alice Birch. Dieser Versuch, die unterschiedlichsten Mechanismen der Unterwerfung in den Bereichen Politik, Sex und Arbeitswelt zu entschlüsseln, steht im Januar und Februar auf dem Plan. Mit dem Gastspiel *Des femmes qui dansent sous les bombes* nach Céline Lapertot lenkt das Centaure die Aufmerksamkeit mit der wehrhaften Séraphine in Zeiten männlich dominierter Kriegswirren „irgendwo in Afrika“ ein weiteres Mal auf ein bewegendes Frauenthema.

Im März wird Valéry Plancke die Bühne in Ian de Toffolis *Tiamat* betreten. Das Selbstporträt eines Mannes, der in einem verlassenen Bistrot über sich und ein dubioses Schwarzmarktgeschäft für Kunstartikel erzählt, verspricht im rätselhaften Programmtext Spannung und Lust auf mehr. Eine vielversprechende Lesung zu diesem Beitrag gab es bereits 2016. Regie führt Jean Boillot. Mit dem Gastspiel von Dominique Simonnots *Comparution immédiate* des Centre dramatique national Nancy und des Théâtre de la Manufacture kommt Regisseur Michel Didym im März ins Dierfgen. Der Autor und *Canard-Enchaîné*-Journalist Simonnot stellt mit diesem Text Praxis und Legitimität der Titel tragenden juristischen Schnellverfahren in Frage. Die französische Kritik reagierte begeistert. Mit der Koproduktion von Shakespeares *Mesure pour mesure* inszeniert Myriam Muller ein weiteres Justizdrama über die Exzesse einer unmenschlichen Rechtsprechung. Jules Werner wird im April und Mai die Hauptrolle übernehmen. Der Vorhang 2017/2018 fällt im Théâtre du Centaure schließlich mit der Wiederaufnahme von Mullers letztjähriger Regiearbeit *Love and money* mit Larisa Faber. Ohne genauere Daten nennen zu können, steht sowohl ein Auftritt im Hause als auch eine Gastvorstellung beim Festival d'Avignon 2018 auf dem Plan. Claude Reiles

www.theatrecentaure.lu



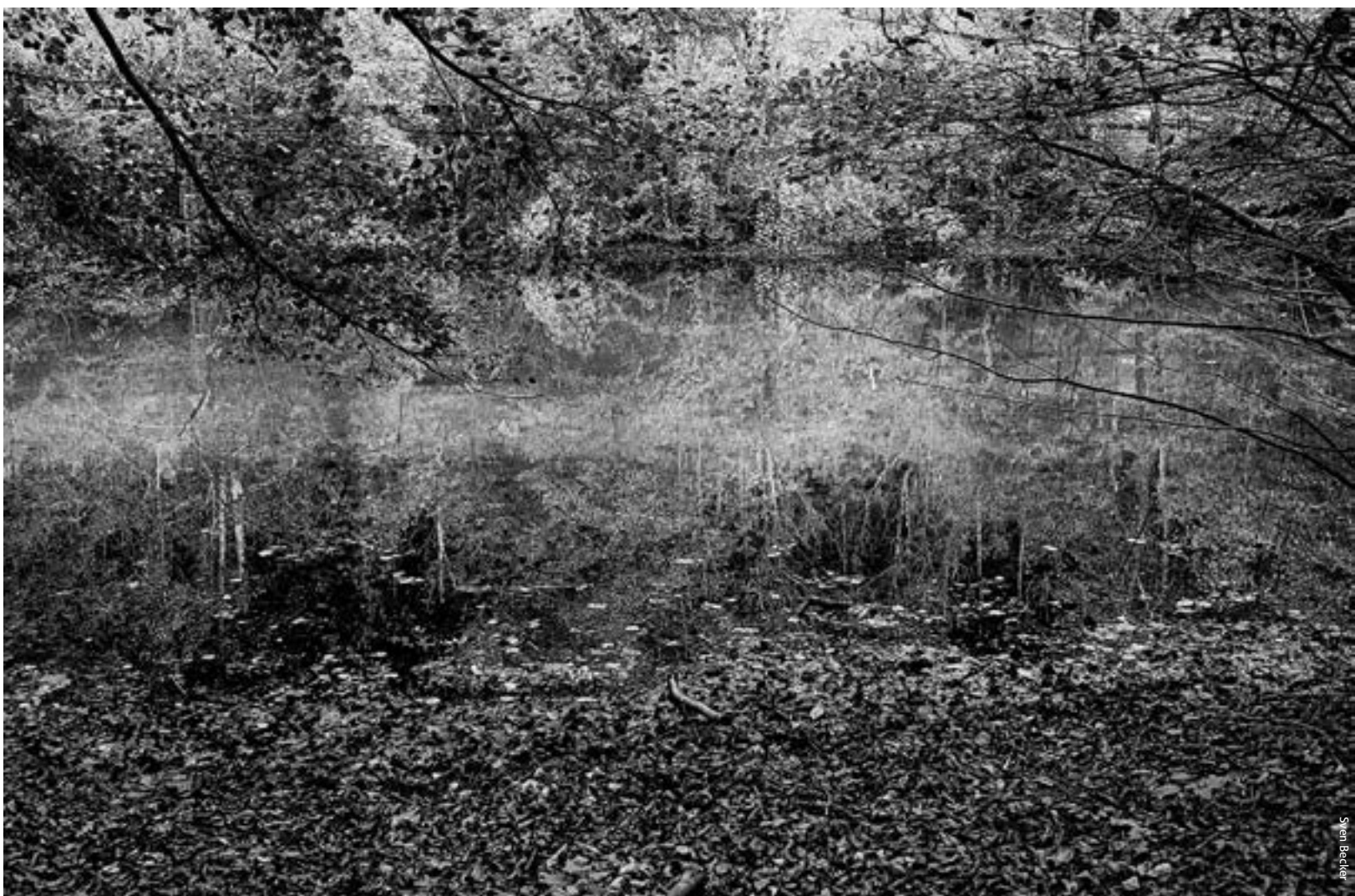
Nach und nach findet Georges Hausemer heraus, wie der Krankenhaushase läuft

Es drängt sich die Frage auf, für wen, dieser Blog? Wenn es eine Schreibübung zur Verarbeitung der Diagnose ist, wieso dann in Blogform? Wieso öffentlich? Klar ist, diese Art des Schreibens kommt dem Autor zugute, ist die Aufzeichnung von Impressionen und Eindrücken doch eine Stärke des Schriftstellers. Das Schreiben über die eigene Krankheit ist indes ein mutiger Schritt, insbesondere in einer Gesellschaft, in der Krankheit und Sterben marginalisiert und wenig thematisiert werden. Die eigenen Erfahrungen zu teilen, kann nicht nur anderen Mut machen, sondern zeigt auch, dass man damit nicht allein ist. Wichtig ist in diesem Kontext, dass Hausemer kein „triumph narrative“ vorlegt. Es geht nicht darum zu zeigen, wie man die Krankheit besiegt, genauso wenig, wie es darum geht, sich selbst zu bemitleiden. Es geht vielmehr darum, zu vermitteln, dass das Kranksein zum Leben dazugehört. Ich und mein Tumor, ich mit meinem Tumor, Ich trotz meines Tumors, so die Nachricht an die Leser.

Georges Hausemer: *Ich und mein Tumor*: <http://ghausemer.blogspot.lu/>

STIL

Le mois le plus long



On tente de garder le moral en observant tomber inéluctablement, dans un même élan, les températures, la pluie, les feuilles mortes et la pression atmosphérique

Cyril B.

Grâce au passage à l'heure d'hiver, en vigueur depuis environ un siècle, octobre est le mois le plus long de l'année. On aurait pu choisir mai, juin ou juillet pour rajouter une heure de plus mais non, il a fallu que ça tombe sur octobre. Le premier des huit mois de l'année où l'on compte plus de jours de pluie que de soleil. Le premier des huit mois de l'année où le gel va faire sentir sa morsure aux travailleurs matinaux, et leur faire regretter d'avoir garé leur voiture devant le garage et pas dedans. Examinons ce que nous promet ce nouvel octobre, et voyons s'il va, une fois encore, se révéler comme le mois le plus propice au spleen, le mois où l'on tente de garder le moral en observant tomber inéluctablement, dans un même élan, les températures, la pluie, les feuilles mortes et la pression atmosphérique.

Plutôt qu'un week-end en amoureux, pour bien commencer le mois, vous risquez déjà de passer dimanche prochain à tenter de trouver une lueur d'humanité dans les regards enamorés des candidats aux élections communales, qui vous promettent leur cœur, leur âme, et sans doute un peu plus, en échange de vos voix. Les tracts des différents partis font miroiter des logements, des places en crèches, de nouveaux parcs, une mobilité accrue mais vous savez ce que cela va vraiment signifier pendant les cinq prochaines années : des travaux publics, des embouteillages, des échafaudages, des grues et des camions-bennes. Le pre-

mier qui se plaindra d'être obligé de sortir voter sous la pluie pour choisir la couleur des pelleteuses pourra partager sa révolte sur les réseaux sociaux avec ses connaissances catalanes, qui sont sorties dimanche dernier sous les coups des policiers pour un scrutin sans valeur légale.

Une fois votre devoir civique accompli, il vous reste l'embarras du choix pour occuper vos loisirs, en supposant que vous n'occupez pas tout votre temps libre à cueillir des champignons ou chasser le chevreuil. Côté musique, l'heure n'est plus aux rythmes latinos. *Finito despacito*. Ce mois-ci, les dépressifs se presseront dans les salles de concert pour broyer du noir tous ensemble. Ils profiteront, dès mardi prochain, des refrains mélancoliques du ténébreux Nick Cave, à côté desquels l'évocation d'un dimanche après-midi dans un cachot sombre et humide paraîtrait digne de figurer sur le programme des activités d'un camping-club sur la côte d'Azur. Ceux qui auront résisté à l'envie de se pendre pourront en remettre une petite couche cinq jours plus tard, avec la pop sous Tranxène d'Angus et Julia Stone.

Sinon, la pluie, c'est toujours un bon prétexte pour une sortie cinéma. Effectivement, cette année encore, le CinEast, festival du film d'Europe centrale et orientale, va vous proposer, du 5 au 22 octobre, des petites pépites venues du froid, dont la seule lecture du scénario ferait passer

les frères Dardenne pour les frères Farelly : que diriez-vous d'un film slovaquo-tchèque (de mon temps on disait tchécoslovaque) où il serait question de viol, ou bien d'un film serbe sur le suicide présenté comme « une étude réfléchie sur la lutte personnelle avec le deuil et la dépression, dans un environnement sinistre, au milieu des difficultés de la transition sociale et économique » ? Si vous hésitez encore à acheter le pass à 25 euros, sachez que le programme officiel annonce aussi des histoires de mères célibataires albanaises menacées d'expulsion ou des drames sociaux sur les conséquences de la guerre au Kosovo. Bref, de quoi vous faire apprécier votre petite vie à sa juste valeur.

Même les musées de la ville semblent redoubler d'efforts pour vous inciter à venir leur rendre visite au pire moment de la semaine. À savoir : un samedi soir. C'est toujours bon à savoir, si vous n'avez rien de prévu le quatorze octobre, vous êtes invités à passer votre soirée au milieu de chats sauvages et de chouettes empaillées au Natur Musée. Si vous ne trouvez pas la taxidermie assez anxiogène, optez pour une séance de méditation sur la vanité de la vie dans la chapelle de Wim Delvoye au Mudam, dont les radios d'intestins et les squelettes sont toujours là pour réveiller votre côté dépressif.

En somme, cette année encore, octobre s'annonce éprouvant. Surtout quand on sait que novembre sera encore pire.

L'endroit



Si, depuis deux mois, Rik et Sylvie Ruebens ont pignon sur rue avec leur magasin d'immobilier contemporain **RR Intérieur** au beau milieu de la route d'Arlon à Strassen, ce n'est pas vraiment un hasard. On comprend de suite le comment du pourquoi lorsqu'on sait que le couple spécialisé dans le design italien compte trois points de vente à Knokke, station estivale belge autant prisée par la gente nantie de Luxembourg que celle de Bruxelles. Depuis un certain temps déjà, les camions de livraisons RR effectuaient régulièrement des livraisons au Grand-Duché, et la décision de s'établir chez nous s'est imposée d'elle-même avec le temps et l'évolution des relations commerciales. Dans son nouveau *show room*, RR a décidé de miser dans un premier temps sur l'opulence et les grands espaces. Canapés, tables et autres meubles sont tous conçus pour des intérieurs très spacieux (photo : RR). On y montre ainsi que les limites de l'installation ne s'arrêtent pas au studio ou petit loft mais que tout sera fait pour flirter aussi avec l'institutionnel. Selon les patrons de la boîte, les partenaires italiens sont prêts à adapter tout leur matériel de vente aux tailles nécessitées. Par ailleurs, RR Intérieur peut prendre en charge l'entité de l'aspect déco d'une maison, à l'aide d'une gamme infinie d'objets qui vont jusqu'à l'œuvre d'art sculptée par des artistes belges. GD

L'endroit



On était un peu surpris lorsqu'on a appris que l'hôtel **Pléss** renouvelait l'intérieur de sa brasserie au look plutôt joli et intemporel. Était-ce un réel besoin marketing et/ou le changement de direction qui en décidèrent, la question ne se pose plus dès qu'on entre dans le nouveau décor, plus dépouillé et très réussi. Les chaises ont été recouvertes de tissus à motifs de carreaux, la banquette recouverte de tissu jaune, des panneaux muraux restent blancs écrus, et des tapis de différentes couleurs recouvrent le sol boisé, seul petit détail qui peut déranger aussi bien dans les chambres d'hôtel que dans des zones gastronomiques, compte tenu du fait qu'ils sont des réceptacles de poussière et d'odeurs (photo : GD). À part cela, le Chef de la Cristallerie a installé une formule bien sympathique qui se distingue tout à fait du restaurant gastronomique. Une pâtisserie y a été installée qui fait honneur à du poulet bien croustillant et autres viandes et poissons passés au grill. Une formule menu à 56 euros pour trois plats, voire 44 euros pour deux plats, y est même servie en soirée, chose assez rare au Grand-Duché. Quatre entrées et plats sont proposés au choix. Même chose pour les accompagnements, en partie originaux. Une formule qui semble déjà couronnée de succès car lors de notre passage, la brasserie affichait déjà complet. GD

L'endroit

C'est ce qu'on pourrait appeler l'antithèse des restaurants en vogue. Au contraire des locaux au design liché dont la carte uniforme propose des burgers dans toutes les variantes à des prix souvent irraisonnés, **An der Schmëdd** au lieu dit Ellergreenn à Esch est installé dans les vieux ateliers des minières Terre rouge, en pleine réserve naturelle, avec une terrasse énorme et une plaine de jeux spacieuse pour les petits. L'intérieur est composé de meubles de récup, dont chaque table raconte l'histoire d'un retraité qui l'a mise gratuitement à disposition (photo : GD). Côté carte, on trouve surtout du classique, des cuisses de grenouille, de la bouchée à la reine et de la *Wäinzossiss*. Un menu du jour à moins de treize euros avec fromage et dessert, et le week-end une autre suggestion de menu comprenant un buffet d'entrées bien fourni pour moins de 30 euros. Le tout servi avec grande générosité, le cordon bleu que nous y avons testé ayant été aussi haut que large. Des pinards sont en vente pour moins de vingt euros la bouteille, et, en prime, on peut y apprendre à forger son propre bougeoir. Ou acheter du miel après avoir visité la ruche dans un autre coin du local. On louera par ailleurs l'initiative de la maison d'inviter des orphelins pour un repas de Noël. Vos dons seront appréciés. À condition qu'ils soient en nature, car on n'y accepte pas d'argent. GD



Das Ereignis

Am heutigen Freitag, den 6. Oktober, ist ab 18 Uhr in der Galerie Orfeo in der Rue des Capucins Vernissage der Ausstellung *not easy to please* des Schmuckkünstlers Claude Schmitz. *Not easy to please* ist seine sechste Solo-Ausstellung in der Galerie, die dieses Jahr ihr 25-jähriges Bestehen feiert. Der Titel der Ausstellung ist eine Anspielung auf das Verhältnis des Künstlers zu seinem Publikum, beziehungsweise auf die Erwartungen des Künstlers an sich selbst. Die Brosche mit dem gleichen Namen (Foto : Patrick Muller) ist aus weißer Koralle und 18-karätigem Gold gefertigt. Wie bei Schmitz üblich, ein Einzelstück, das sowohl schlicht und schön als auch mit handwerklichem Fachwissen und Sorgfalt hergestellt und deshalb wahrscheinlich nicht ganz günstig ist. So ist *not easy to please* auch Gegenmodell zum lauten, schrillen oder einfach nur billigen Modeschmuck, den es in der *Groussgaass* und bei Modediscountern zu kaufen gibt. Die Galerie Orfeo zeigt gleichzeitig Arbeiten der Malerin Edith Wiesen und des Bildhauers Kurt Spurey. (Galerie Orfeo, 28, rue des Capucins; bis zum 12. November) ms

